

Paul Klahre

Youth, Peace and Security

Die Einbeziehung der Jugend in die
Sicherheitsagenda der Vereinten Nationen

Beiträge des UNESCO-Lehrstuhls für Internationale
Beziehungen

18/2022

Paul Klahre war von Oktober 2018 bis September 2019 studentischer Mitarbeiter am Lehrstuhl für Völkerrecht, Recht der EU und internationale Beziehungen sowie UNESCO-Lehrstuhl für Internationale Beziehungen. Die vorliegende Arbeit wurde im Mai 2021 als Bachelorarbeit im Studiengang Internationale Beziehungen an der TU Dresden von Frau Professorin Dr. Dr. Sabine Freifrau von Schorlemer betreut und für die Veröffentlichung überarbeitet.

Paul Klahre war deutscher Jugenddelegierter zur 75. UN-Generalversammlung und ist seit April 2021 Mitglied des Jungen Forums der Deutschen UNESCO-Kommission. Er arbeitete von September 2021 bis Juli 2022 u. a. als Carlo-Schmid-Stipendiat bei der UNESCO in Paris. Als Jugendvertreter der Weltorganisation der Pfadfinder:innenbewegung (WOSM) ist er Teil der Globalen Koalition für Jugend, Frieden und Sicherheit und leitete die Arbeit zu Jugend, Frieden und Sicherheit beim Jugendbeteiligungsprozess der G7 2022 (Youth7). Derzeit studiert er im Master International and Development Studies am Graduate Institute in Genf.

Die Beiträge des UNESCO-Lehrstuhls für Internationale Beziehungen widmen sich aktuellen Themen aus den Bereichen UNESCO-Recht und UNESCO-Politik, insbesondere mit Blick auf den Schutz des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt. Darüber hinaus werden aktuelle Fragestellungen aufgeworfen, die Debatten anregen und als Grundlage für weitere Forschung dienen sollen.

Die Beiträge sind kostenlos einsehbar und abrufbar auf der Website des UNESCO-Lehrstuhls:
<https://tu-dresden.de/jura/unesco-beitraege>

Sabine von Schorlemer (Hrsg.), Beiträge des UNESCO-Lehrstuhls für Internationale Beziehungen, Heft 18, 2022.

ISSN: 2198-0136 (elektr.)

Zitierfähiger Link: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:14-qucosa2-826684>

Mitteilungen und Manuskripte bisher unveröffentlichter Beiträge richten Sie bitte per E-Mail an:
unesco.jura@tu-dresden.de

UNESCO-Lehrstuhl für Internationale Beziehungen
Prof. Dr. Dr. Sabine von Schorlemer
Technische Universität Dresden
Bergstraße 53
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 37331

Fax: +49 351 463 37871

E-Mail: unesco.jura@tu-dresden.de

Web: <https://tu-dresden.de/gsw/phil/irget/unesco-portal>

Haftungsausschluss

Die Verfasser sind für die Auswahl und Darstellung der Ansichten in den Beiträgen des UNESCO-Lehrstuhls für Internationale Beziehungen verantwortlich sowie für die darin ausgedrückten Meinungen, welche nicht notwendigerweise denen der UNESCO entsprechen und die Organisation nicht binden.

„[T]he defences of peace must be built in the minds of
women and men – *young* women and men.“

Irina Bokova, ehemalige UNESCO-Generaldirektorin*

* Zur Eröffnung des Globalen Forums zu Jugend, Frieden und Sicherheit in Jordanien im Jahr 2015 stellte die ehemalige UNESCO-Generaldirektorin durch die Referenz zur Präambel der Organisation einen Bezug zwischen dem Friedensauftrag der Organisation und dem für seine Umsetzung unerlässliche Fokus auf jungen Menschen her. UNESCO, Address by Irina Bokova, Director-General of UNESCO on the occasion of the opening of the Global Forum on Youth, Peace and Security, UNESCO-Dok. DG/2015/141 (21. August 2015), S. 2.

Inhaltsverzeichnis

<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	v
A. Einleitung	1
B. Die Agenda Jugend, Frieden und Sicherheit	2
I. Entstehung der YPS-Agenda	2
II. Resolutionen des UN-Sicherheitsrats	5
1. Resolution 2250 (2015)	5
a) Partizipation	6
b) Schutz	7
c) Prävention.....	7
d) Partnerschaften	8
e) Reintegration.....	9
f) UN-interne Umsetzung	9
2. Folgeresolution 2419 (2018).....	10
3. Folgeresolution 2535 (2020).....	11
a) Inhaltliche Weiterentwicklung.....	12
b) Fortschritte für die Umsetzung.....	13
4. Zwischenfazit.....	14
C. Rechtliche Würdigung der YPS-Agenda	14
I. Junge Menschen als Friedensakteur:innen mit Schutzanspruch	15
1. Vom Täter zur Chance – neues Narrativ der Jugend	15
2. Schutzanspruch junger Menschen.....	18
II. Das UN-Sicherheitsratsverständnis von Jugendpartizipation im Kontext des Rechts auf politische Partizipation	21
1. Das Recht auf politische Partizipation junger Menschen	21
2. Prüfung der Weiterentwicklung des Rechts auf politische Partizipation durch die YPS-Agenda.....	24
a) Fehlender rechtlicher Zweck der Partizipation	24
b) Situationen der Partizipation	25
c) Formen der Partizipation.....	26
d) Qualität der Partizipation	28
e) Gesonderter Partizipationsanspruch junger Menschen	30
3. Zwischenfazit.....	31
III. Chancen und Grenzen der YPS-Agenda.....	31
1. Inhaltliche Kritik	32
2. Beteiligung und Empowerment für nachhaltigen Frieden	33
3. Institutionalisierung der YPS-Agenda	35

D. Auswirkungen der YPS-Agenda auf die Praxis der Vereinten Nationen	36
I. Rezeption durch den UN-Sicherheitsrat.....	36
1. Direkte Referenz der YPS-Agenda	37
2. Seltener exklusiver Fokus auf Jugend	38
3. Youth Mainstreaming	38
4. Jugendpartizipation als Kernthema	40
II. Rezeption durch die UN-Generalversammlung und den UN-Generalsekretär	40
III. Auswirkungen der YPS-Agenda auf die Friedenskonsolidierung.....	43
IV. Auswirkungen auf das UN-System und regionale Impulse	46
V. Beispiel UNESCO.....	48
VI. Zwischenfazit.....	50
E. Schlussteil	50
<i>Literaturverzeichnis</i>	54
<i>Internetquellen</i>	58
<i>Dokumentenverzeichnis</i>	64

Abkürzungsverzeichnis

AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AU	Afrikanische Union
COP	Conference of the Parties
DPPA	UN-Abteilung für politische Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung
GYPI	Gender and Youth Promotion Initiative
IANYD	Inter-Agency Network on Youth Development
IGH	Internationaler Gerichtshof
IPbpR	Internationaler Pakt über politische und bürgerlich Rechte
ITU	Internationale Fernmeldeunion/International Telecommunication Union
OHCHR	UN-Hochkommissariat für Menschenrechte
PBC	Peacebuilding Commission
PBF	Peacebuilding Fund
PBSO	Peacebuilding Support Office
UN	Vereinte Nationen/United Nations
UN-KRK	UN-Kinderrechtskonvention
UNAMI	Unterstützungsmission der Vereinten Nationen im Irak
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
UNFPA	Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
UNGA	UN-Generalversammlung
UNHCR	Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge
UNICEF	UN-Kinderhilfswerk
UNMIK	Mission der Vereinten Nationen zur Übergangsverwaltung des Kosovo
UNOAU	Büro der Vereinten Nationen zur Afrikanischen Union
UNOCA	Regionalbüro der Vereinten Nationen für Zentralafrika
UNOCT	Büro der Vereinten Nationen für Terrorismusbekämpfung
UNOWAS	Büro der Vereinten Nationen für Westafrika und die Sahelzone
UNOY	United Network of Young Peacebuilder
UNREC	Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Afrika
UNSC	UN-Sicherheitsrat
UNSMIL	Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen
UNSOM	Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Somalia
WHO	Weltgesundheitsorganisation/World Health Organization
WOSM	Weltorganisation der Pfadfinder:innenbewegung
WPS	Frauen, Frieden und Sicherheit/Women, Peace and Security
YPI	Youth Promotion Initiative
YPS	Jugend, Frieden und Sicherheit/Youth, Peace and Security

A. Einleitung

Die Jugend stellt eine Gruppe von weltweit 1,85 Milliarden¹ Menschen zwischen 18 und 29 Jahren dar,² die bisher in der Völkerrechtswissenschaft wenig Beachtung findet.³ Anders als bei Kindern⁴ bietet kein völkerrechtlicher Vertrag Anlass für eine Auseinandersetzung dezidiert mit jungen Menschen⁵ – obschon bereits die Altersgrenze von 18 Jahren Anlass zur Diskussion gäbe.⁶ Während die UNESCO bereits 1999 den

„Frieden in den Köpfen junger Menschen“ als ihr wichtigstes Ziel bezeichnete,⁷ unterschätzte die Weltgemeinschaft lange die Notwendigkeit und die Chance besonderer Aufmerksamkeit für die Jugend als „einzigartige demografische Dividende“⁸ für Frieden. Mit der „historischen“⁹ Resolution 2250 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UN) betraten junge Menschen erstmals 2015 die Arena der UN-Friedenspolitik;¹⁰ als Teil der Lösung und nicht des Problems.¹¹

¹ Vgl. UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Youth, Peace and Security, UN-Dok. S/2020/167 (2. März 2020), Ziff. 4 [YPS-Bericht (2020)]. Diese Zahl bezieht sich auf 10–24-Jährige, ist aber *prima facie* für die Jugend gemäß der Definition des UN-Sicherheitsrats (UNSC) nicht kleiner.

² Diese Arbeit folgt der Altersdefinition des UNSC, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), UN-Dok. S/RES/2250 (9. Dezember 2015), Präambel, Absatz 4. Diese Definition ist insbesondere in Abgrenzung zur Definition aller Menschen unter 18 Jahren als Kinder gemäß Art. 1 UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) zu verstehen, beansprucht aber keine Allgemeingültigkeit: Der UNSC erkennt die „variations of definition of the term that may exist on the national and international levels“ an, *ebd.* Die Altersspanne der Jugenddefinition in UN-Mitgliedstaaten reicht von 12–35 Jahren, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Youth and human rights, UN-Dok. A/HRC/39/33 (28. Juni 2018), Ziff. 14. Selbst innerhalb des UN-Systems variieren die Altersdefinitionen, anders als der UNSC definiert bspw. die UN-Generalversammlung (UNGA) Jugend als Altersphase zwischen 15–24 Jahren, vgl. UNGA, Resolution 50/81, World Programme of Action for Youth to the Year 2000 and Beyond, UN-Dok. A/RES/50/81 (13. März 1996), Annex, Ziff. 9 [Jugend-Weltaktionsprogramm].

³ Das verdeutlicht u. a. die einzige Sammlung von Völkerrechtsquellen mit Relevanz für die Jugend, vgl. *Angel et al.*, The International Law of Youth Rights, S. XV-XXVI; vgl. *Weckner/Fischer*, Völkerrechtsblog, 16.04.2020. Diese Arbeit stützt sich deshalb vorrangig auf Primärquellen des UN-Systems und z. T. politikwissenschaftliche Literatur.

⁴ Die UN-KRK von 1989 definiert in Art. 1 Kinder als Menschen unter 18 Jahren, United Nations Treaty Collection, Convention on the Rights of the Child (20. November 1989), UNTS Vol. 1577, S. 3.

⁵ Die Begriffe „Jugend“, „Jugendliche“ und „junge Menschen“ werden in dieser Arbeit synonym verwendet, so wie der UNSC, der UN-Generalsekretär und die Hochkommissarin für Menschenrechte den Ausdruck „young people“, „young persons“ und „young women/men“ gleichermaßen für „youth“ verwendet, vgl. z. B. UN-Menschenrechtsrat, Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Youth and human rights, UN-Dok. A/HRC/39/33 (28. Juni 2018), Ziff. 4; YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1; UNSC, Resolution 2250 (2015), UN-Dok. S/RES/2250 (9. Dezember 2015).

⁶ Anlass gibt dabei die Schwierigkeit einer *chronologischen* Abgrenzung, die laut UN-Hochkommissariat für Menschenrechte deshalb schwierig ist, weil es sich um eine kontextabhängige Übergangsphase handelt, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Youth and human rights, UN-Dok. A/HRC/39/33 (28. Juni 2018), Ziff. 15. Typischerweise lässt sich diese Phase der Adoleszenz laut UN-Kinderrechtsausschuss nicht abschließend eingrenzen, vgl. UN-Kinderrechtsausschuss, General Comment No. 20 (2016) on the implementation of the rights of the child during adolescence, UN-Dok. CRC/C/GC/20 (6. Dezember 2016), Ziff. 5. Das Jugendstrafrecht verdeutlicht diese Problematik sowie Möglichkeiten einer flexiblen Anwendung starrer Altersgrenzen. Für eine Diskussion zur Komplexität der Altersgrenze im Jugendstrafrecht, s. *McDiarmid*, Youth Justice 2013, 145.

⁷ UNESCO, Exekutivrat, Evaluation of UNESCO's Youth Activities 1994–1997 and Proposals for a new UNESCO Strategy on Youth, UNESCO-Dok. 156 EX/45 (1. April 1999), Ziff. 23 (Hervorhebung durch Autor). Selbst wenn dieser Gedanke dem Mandat der UNESCO inhärent zu sein scheint, hebt diese Interpretation die Bedeutung der Organisation für junge Menschen deutlich hervor und formuliert implizit das, worin die YPS-Agenda so großes Potenzial sieht: der besonderen Rolle junger Menschen für Frieden in der Welt. Für Ausführungen zum Verhältnis der UNESCO zur YPS-Agenda, s. Abschnitt D. V.

⁸ UNSC, Resolution 2250 (2015), UN-Dok. S/RES/2250 (9. Dezember 2015), Präambel, Absatz 9; UNSC, Resolution 2535 (2020), UN-Dok. S/RES/2535 (14. Juli 2020), Präambel, Absatz 12 [eigene Übersetzung]. Mit der Wortwahl dieses ursprünglich ökonomischen Begriffs verdeutlicht der UN-Sicherheitsrat seine Absicht, das Potenzial junger Menschen für Frieden ausschöpfen zu wollen.

⁹ So die Direktorin des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) zu Resolution 2250 (2015), United Nations, Press Release, Adopting Resolution 2250 (2015), Security Council Urges Member States to Engage Youth in Promoting Peace, Countering Extremism, UN-Dok. PI/2146 (9. Dezember 2015), abrufbar unter: <https://www.un.org/press/en/2015/pi2146.doc.htm> [letzter Zugriff: 15. Mai 2021].

¹⁰ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), UN-Dok. S/RES/2250 (9. Dezember 2015) [im Folgenden: UNSC, Resolution 2250 (2015)].

¹¹ Vgl. *Kurtenbach*, GIGA Focus Global 2018, S. 3.

Die normativen Grundlagen für die Agenda Jugend, Frieden und Sicherheit (YPS¹²) heben die Bedeutung junger Menschen „für den Erhalt des internationalen Friedens und [der] Sicherheit“¹³ hervor. Dies wirft die Frage auf, welche Stellung junge Menschen für Frieden und Sicherheit im Völkerrecht genießen.¹⁴

Diese Arbeit untersucht, was die wesentlichen Inhalte der YPS-Agenda sind, welche Fortschritte sie insbesondere für die Eigenschaften junger Menschen als Friedensakteur:innen¹⁵ sowie für ihr Recht auf politische Partizipation birgt und welche Auswirkungen sie auf die UN-Praxis hat.

Hierfür werden zunächst die Inhalte und Weiterentwicklungen der UN-Sicherheitsratsresolutionen 2250 (2015)¹⁶, 2419 (2018)¹⁷ und 2535 (2020)¹⁸ als normative Grundlage der Agenda zusammengefasst. Die YPS-Agenda wird anschließend rechtlich gewürdigt, indem zunächst ihr Beitrag zur Positionierung junger Menschen als Friedensakteur:innen und ihrem völkerrechtlichen Schutzanspruch analysiert werden. Sodann werden die Ansätze von Jugendpartizipation der YPS-Agenda systematisiert und im Kontext des menschenrechtlichen Rechts auf politische Partizipation bewertet. Des Weiteren werden die Chancen und Grenzen der Resolutionen diskutiert, sowie Mechanismen zur Institutionalisierung der Agenda aufgezeigt. Schließlich werden die Auswirkungen der YPS-Agenda

auf die Praxis des UN-Sicherheitsrats und das weitere UN-System, insbesondere die Friedenskonsolidierung, untersucht.

B. Die Agenda Jugend, Frieden und Sicherheit

Die UN-Aktivitäten im Bereich Frieden und Sicherheit, d.h. insbesondere des UN-Sicherheitsrats, ließen eine intensive Auseinandersetzung mit der Jugend lange missen. Dies änderte sich mit der Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolutionen 2250 (2015) und den Folgeresolutionen 2419 (2018) und 2535 (2020), die die normative Grundlage der YPS-Agenda legen. Deren wichtigste Inhalte und jeweiligen Fortschritte werden nach einem Abriss ihrer Entstehung in diesem Kapitel zusammengefasst.

I. Entstehung der YPS-Agenda

Die Jugend war bereits länger Teil der allgemeinen Agenda der UN: Nach vereinzelt Resolutionen der UN-Generalversammlung in den 1980ern¹⁹ und dem internationalen Jugendjahr

¹² In dieser Arbeit wird das etablierte, englische Akronym „YPS“ anstelle vom deutschen, nicht verbreiteten, „JFS“ verwendet, so wie auch für die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS) üblich.

¹³ So erkennt es Resolution 2250 (2015) explizit, mit impliziter Referenz zu Art. 24 (1) UN-Charta, an, s. UNSC, Resolution 2250 (2015), Präambel, Absatz 7.

¹⁴ Vgl. *Wattenberg et al.*, Völkerrechtsblog, 14.04.2020; vgl. *Hettihewa*, Völkerrechtsblog, 17.08.2020.

¹⁵ Dies umfasst neben dem Schutz junger Menschen als Völkerrechtssubjekte insbesondere die Wahrnehmung junger Menschen als Akteur:innen mit eigener *agency*. Sie ist spezifiziert als „the space to manoeuvre available to young people in developing conscious or unconscious strategies that either support or hinder peacebuilding in relation to the broader cultural political economy context“, *Rouhshahbaz*, *Journal of Youth, Peace & Security* 2021, S. 24.

¹⁶ UNSC, Resolution 2250 (2015).

¹⁷ UNSC, Resolution 2419 (2018), UN-Dok. S/RES/2419

(6. Juni 2018) [im Folgenden: UNSC, Resolution 2419 (2018)].

¹⁸ UNSC, Resolution 2535 (2020), UN-Dok. S/RES/2535 (14. Juli 2020) [im Folgenden: UNSC, Resolution 2535 (2020)].

¹⁹ Tatsächlich gab es vereinzelt Aktivitäten der UNGA bereits in den 1960-er Jahren mit einer Resolution und einer Erklärung zur Friedensförderung, vgl. UNGA, Resolution 1572 (XV), *Measures designed to promote among youth the ideals of peace, mutual respect and understanding between peoples*, UN-Dok. A/RES/1572(XV) (18. Dezember 1960); UNGA, *Declaration on the Promotion among Youth of the Ideals of Peace, Mutual Respect and Understanding between Peoples*, UN-Dok. A/RES/2037(XX) (7. Dezember 1965). Es folgten weitere Resolutionen und Aktionen zum Thema Jugend, u. a. mit der Empfehlung an Mitgliedstaaten im Jahr 1981, Jugenddelegierte in ihre Delegationen aufzunehmen, vgl. UNGA, Resolution 36/17, *Channels of communication between the United Nations and youth*

„Partizipation, Entwicklung und Frieden“,²⁰ legte das *World Programme of Action for Youth* (Jugend-Weltaktionsprogramm) von 1995²¹ und 2007²² die Grundlage für die Auseinandersetzungen mit dem Thema Jugend innerhalb der UN. Abgesehen von Forderungen der UN-Generalversammlung nach besserem Schutz junger Menschen,²³ bereiteten insbesondere zwei thematisch relevante Entwicklungen den Weg dafür, dass die Jugend mit Resolution 2250 (2015) auch Teil der UN-Sicherheitsagenda wurde.

Erstens wurde außerhalb des UN-Sicherheitsrats zunehmend die Rolle junger Menschen für Frieden hervorgehoben. Etwa konstatierte die UN-Menschenrechtskommission 1987, 1989 und 1991, dass „die Jugend der Förderung des internationalen Friedens eine entscheidende Bedeutung beizumessen [...]“²⁴ und erkannte 1993 „die wichtige Rolle der Jugend“ für die Friedensförderung an.²⁵ Die UN-Generalver-

sammlung unterstrich die wichtige Rolle junger Menschen für den Frieden in der Ergänzung zum Jugend-Weltaktionsprogramm von 2007 und bekräftigte mit der Erklärung des Jahres 2010 zum Internationalen Jahr der Jugend laut UNESCO den Beitrag junger Menschen zum Frieden.²⁶ Die mittelfristige Strategie der UNESCO für 2008–2013 benannte das „Potenzial junger Menschen als ‚Changemaker‘ für Frieden“.²⁷ Auch der UN-Generalsekretär erkannte in einem Bericht 2012 das Potenzial der Einbeziehung junger Menschen in Postkonflikt-situationen an.²⁸

Zweitens erhielt die aktive Beteiligung junger Menschen in Friedensprozessen zunehmend Aufmerksamkeit. Etwa befürworteten in der *Lisbon Declaration on Youth Policies and Programmes* (1998) 147 Staaten erstmals die Stärkung der Rolle junger Menschen für Friedenskonsolidierung, Konfliktprävention und -lösung.²⁹ Die

and youth organizations, UN-Dok. A/Res/36/17 (9. November 1981), Annex, Ziff. 2. Für eine ausführlichere Auseinandersetzung mit der früheren Geschichte der Jugend in den UN, s. z. B. *Apel/Munz*, Vereinte Nationen 2008, 73 ff.

²⁰ Das Internationale Jahr der Jugend 1985 und dessen Thema wurden 1979 durch die UNGA proklamiert, s. UN-Generalversammlung, Resolution 34/151, International Youth Year: Participation, Development, Peace, UN-Dok. A/RES/34/151 (17. Dezember 1979), Ziff. 1. Für eine ausführliche und kritische Analyse der Aktivitäten rund um das Internationale Jahr der Jugend 1985, s. *Messner*, Vereinte Nationen 1986, 177 ff.

²¹ Das Jugend-Weltaktionsprogramm ist ein langfristiges Strategiepapier der globalen Jugendpolitik, s. UNGA, Resolution 50/81, *World Programme of Action for Youth to the Year 2000 and Beyond*, UN-Dok. A/RES/50/81 (13. März 1996).

²² Das Jugend-Weltaktionsprogramm wurde 2007 durch die UN-Generalversammlung ergänzt, vgl. UNGA, Resolution 62/126, *Policies and programmes involving youth*, UN-Dok. A/RES/62/126 (5. Februar 2008), Annex.

²³ Die UN-Mitgliedstaaten wurden mehrfach zwischen 2011 und 2014 durch die UNGA aufgefordert, „to take effective measures in conformity with international law to protect young people affected or exploited by terrorism and incitement“, s. UNGA, Resolution 65/312, *Outcome document of the High-level Meeting of the General Assembly on Youth: Dialogue and Mutual Understanding*, UN-Dok. A/RES/65/312 (25. August 2011), Ziff. 28 (h); UNGA, Resolution 66/121, *Policies and programmes involving youth*, UN-Dok. A/RES/66/121 (2. Februar 2012), Ziff. 17; UNGA, Resolution 68/130, *Policies and programmes involving youth*, UN-Dok. A/RES/68/130 (17. Januar 2014), Ziff. 15.

²⁴ UN-Menschenrechtskommission, Resolution 1987/44, *Report of the Forty-third Session, Economic and Social*

Council, Official Records 1987, Supplement No. 5, UN-Dok. E/CN.4/1987/60 (10. März 1987), S. 104 ff., Ziff. 2; UN-Menschenrechtskommission, Resolution 1989/58, *Report of the Forty-fifth Session, Economic and Social Council, Official Records 1989, Supplement No. 2, UN-Dok. E/CN.4/1989/58* (8. März 1989), S. 138, Ziff. 2; UN-Menschenrechtskommission, Resolution 1991/74, *Report of the Forty-seventh Session, Economic and Social Council, Official Records 1991, Supplement No. 2, UN-Dok. E/CN.4/1991/91* (6. März 1991), S. 152, Ziff. 2. Streng genommen wurde erstmals bereits 1970 die Bedeutung der Jugendpartizipation in einem Seminar der damaligen UN-Menschenrechtsabteilung hervorgehoben, vgl. *Angel et al.*, *The International Law of Youth Rights*, S. 331 ff.

²⁵ UN-Menschenrechtskommission, Resolution 1993/84, *Report of the Forty-ninth Session, Economic and Social Council, Official Records 1993, Supplement No. 3, UN-Dok. E/CN.4/1993/122* (10. März 1993), S. 249, Präambel, Absatz 7.

²⁶ Vgl. Ergänzung zum Jugend-Weltaktionsprogramm (2007), *supra* Fn. 22, Annex, Ziff. 50; vgl. UNESCO, Exekutivrat, *UNESCO SHS Strategy on African Youth (2009–2013)*, UNESCO-Dok. 184 EX/INF.11 (7. April 2010), Ziff. 17.

²⁷ UNESCO, Generalkonferenz, *Medium-Term Strategy 2008–2013*, UNESCO-Dok. 37 C/4 (2014), Ziff. 17.

²⁸ Vgl. UNSC, *Report of the Secretary-General, Peacebuilding in the aftermath of conflict*, UN-Dok. A/67/499–S/2012/746 (8. Oktober 2012), Ziff. 36.

²⁹ Vgl. *Lisbon Declaration on Youth Policies and Programmes* (12. August 1998), Ziff. 30, abrufbar unter: https://www.lisboa21.gov.pt/up/ficheiros-bin2_ficheiro_en_0896372001555936871-46.pdf; UN, *Press Release, World Conference of Ministers of Youth concludes*, UN-Dok. SOC/4478 (12. August 1998), abrufbar unter:

UN-Generalversammlung forderte zwischen 2003 und 2013 mehrfach Jugendbeteiligung bei der Friedenskonsolidierung.³⁰ Die UNESCO Jugendstrategie 2014–2021 beinhaltet das Ziel „sicherzustellen, dass junge Frauen und Männer Verantwortung für friedensfördernde Aktionen übernehmen“ und sah vor, „Jugendbeteiligung zu stärken, um gegenseitige Verständigung zu fördern, Konflikten vorzubeugen und in Friedensprozessen zu partizipieren“.³¹ Auch bereits die Strategie der UNESCO für junge Afrikaner:innen (2009–2013) formulierte das Ziel, „junge Menschen als Agent:innen für Frieden zu stärken“.³² Eine Unterarbeitsgruppe zu Jugend und Friedenskonsolidierung des UN *Inter-Agency Network on Youth Development* (IANYD)³³ stellte 2014 Leitprinzipien für Jugendbeteiligung in Friedensprozessen vor.³⁴ Nicht zuletzt empfahl

der UN-Sicherheitsrat selbst seit 2012 in länderspezifischen Resolutionen die Einbeziehung junger Menschen in verschiedenen Aktivitäten von UN-Missionen.³⁵

Im Jahr 2015 waren sodann drei Anlässe ausschlaggebend für die Annahme von Resolution 2250 (2015): Erstens hielt der UN-Sicherheitsrat im April 2015 eine offene Debatte zur Rolle junger Menschen für Extremismusbekämpfung und langfristigen Frieden.³⁶ Zweitens erkannte ein viel zitierter Bericht zur UN-Friedensarchitektur von Juni 2015 junge Menschen als Friedensakteur:innen an,³⁷ empfahl die Nutzung der Erfahrungen und Expertise junger

<https://www.un.org/press/en/1998/19980812.soc4472.html> [letzter Zugriff auf beide: 13. Mai 2021]. Die Erklärung wurde durch den UN-Menschenrechtsrat begrüßt, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Resolution 41/13, Youth and Human Rights, UN-Dok. A/HRC/RES/41/13 (19. Juli 2019), Ziff. 2.
³⁰ Vgl. UNGA, Resolution 57/190, Rights of the child, UN-Dok. A/RES/57/190 (19. Februar 2003), Ziff. 26; UNGA, Resolution 61/146, Rights of the child, UN-Dok. A/RES/61/146 (23. Januar 2007), Ziff. 36 (d); UNGA, Resolution 62/141, Rights of the child, UN-Dok. A/RES/62/141 (22. Februar 2008), Ziff. 41 (d); UNGA, Resolution 63/241, Rights of the child, UN-Dok. A/RES/63/241 (13. März 2009), Ziff. 55 (f); vgl. Ergänzung zum Jugend-Weltaktionsprogramm (2007), *supra* Fn. 22, Ziff. 13.

³¹ UNESCO, Generalkonferenz, Operational Strategy on Youth (2014–2021), UNESCO-Dok. 37 C/INF.19 (8. November 2013), Ziff. 6–7 und 20 (iii) [eigene Übersetzung].

³² UNESCO, Exekutivrat, UNESCO SHS Strategy on African Youth (2009–2013), UNESCO-Dok. 184 EX/INF.11 (7. April 2010), Ziff. 3.

³³ Das IANYD umfasst 54 UN-Entitäten, s. United Nations, Department of Economic and Social Affairs, UN IANYD, Website, abrufbar unter: <https://www.un.org/development/desa/youth/what-we-do/un-inter-agency-network-on-youth-development/ianyd-members.html> [letzter Zugriff: 24. April 2021].

³⁴ Sie wurden unter geteiltem Vorsitz des Peacebuilding Support Office (PBSO) und Search for Common Ground entwickelt, s. UN-IANYD, Guiding Principles on Young Peoples' Participation in Peacebuilding (2014), abrufbar unter: https://www.youth4peace.info/system/files/2016-10/Guiding%20Principles%20on%20Young%20People's%20Participation%20in%20Peacebuilding_1.pdf [letzter Zugriff: 13. Mai 2021].

³⁵ Erstmals erhielt sogar schon 2006 eine UN-Mission in Ost-Timor das Mandat „[to] mainstream gender perspectives and those of children and youth throughout the Mission's policies, programmes and activities,“ UN-Resolution 1704 (2006), UN-Dok. S/RES/1704, (25. August 2006),

Ziff. 4 (k). Erst ab 2012 wurde systematischer die wichtige Rolle der Jugend hervorgehoben und verhalten auch deren Einbeziehung empfohlen. Zu Libyen, vgl. UNSC, Resolution 2040 (2012), UN-Dok. S/RES/2040 (12. März 2012), Präambel; Resolution 2095 (2013), UN-Dok. S/RES/2095 (14. März 2013), Präambel; UNSC, Resolution 2144 (2014), UN-Dok. S/RES/2144 (14. März 2014), Präambel und Ziff. 6 (a). Zu Somalia vgl. UNSC, Resolution 2182 (2014), UN-Dok. S/RES/2182 (24. Oktober 2014), Präambel; UNSC, Resolution 2232 (2015), UN-Dok. S/RES/2232 (28. Juli 2015), Ziff. 33. Zu Sierra Leone, vgl. UNSC, Resolution 2065 (2012), UN-Dok. S/RES/2065 (12. September 2012), Präambel; UNSC, Resolution 2097 (2013), UN-Dok. S/RES/2097 (26. März 2013), Präambel. Zu Jemen, vgl. UNSC, Resolution 2051 (2012), UN-Dok. S/RES/2051 (12. Juni 2012), Ziff. 5; UNSC, Resolution 2140 (2014), UN-Dok. S/RES/2140 (16. Februar 2014), Ziff. 3. Zum Südsudan, vgl. UNSC, Resolution 2155 (2014), UN-Dok. S/RES/2155 (27. Mai 2014), Ziff. 2; UNSC, Resolution 2187 (2014), UN-Dok. S/RES/2187 (25. November 2014), Ziff. 2; UNSC, Resolution 2223 (2015), UN-Dok. S/RES/2223 (28. Mai 2015), Ziff. 2; UNSC, Resolution 2241 (2015), UN-Dok. S/RES/2241 (9. Oktober 2015), Ziff. 2. Zu Mali vgl. UNSC, Resolution 2227 (2015), UN-Dok. S/RES/2227 (29. Juni 2015), Ziff. 14 (c). Bei Resolution 2250 (2015) kann es sich folglich zumindest in Teilen um bereits *agreed language* des UNSC gehandelt haben, vgl. *UNOY, Agreed Language* 2014, S. 29.

³⁶ Für das Konzept der durch Jordanien initiierten Debatte „The role of youth in countering violent extremism and promoting peace“, s. UNSC, Letter dated 27 March 2015 from the Permanent Representative of Jordan to the United Nations addressed to the Secretary-General, The role of youth in countering violent extremism and promoting peace, Concept paper, UN-Dok. S/2015/231 (2. April 2015).

³⁷ Vgl. UNGA/UNSC, Report of the High-level Independent Panel on Peace Operations on uniting our strengths for peace: politics, partnerships and people, UN-Dok. A/70/95-S/2015/446 (17. Juni 2015), Ziff. 38 (d).

Menschen zur Konfliktprävention³⁸ und fordernde UN-Missionen zur Zusammenarbeit mit jungen Menschen auf.³⁹ Ähnlich empfahl auch die Expert:innengruppe zur Überprüfung der UN-Friedenskonsolidierung die Beteiligung junger Menschen in Friedensprozessen.⁴⁰ Drittens leistete schließlich das *Global Forum on Youth, Peace and Security*⁴¹ in Jordanien im August 2015 die „Vorarbeit“⁴² für die YPS-Agenda: Die mehrfach im Rahmen der UN zitierte⁴³ *Amman Youth Declaration*⁴⁴ forderte den UN-Sicherheitsrat auf, eine thematische Resolution zu Jugend, Frieden und Sicherheit zu verabschieden.⁴⁵

II. Resolutionen des UN-Sicherheitsrats

In der Folge dieser Entwicklungen verabschiedete der UN-Sicherheitsrat zwischen 2015 und 2020 drei thematische YPS-Resolutionen und legte damit die Grundlage für die systematische Auseinandersetzung mit der Rolle der Jugend für Frieden und Sicherheit im Rahmen der UN.

1. Resolution 2250 (2015)

Der UN-Sicherheitsrat widmete sich erstmals 2015 umfassend der „wichtigen und positiven Rolle junger Menschen für den Erhalt und die Förderung des Friedens“.⁴⁶ In der Präambel von Resolution 2250 (2015) nimmt er zunächst eine

³⁸ Vgl. *ebd.*, Ziff. 67.

³⁹ Vgl. *ebd.*, Ziff. 79, 153, 255.

⁴⁰ Vgl. UNGA/UNSC, Report of the Advisory Group of Experts on the Review of the Peacebuilding Architecture, Challenge of sustaining peace, UN-Dok. A/69/968-S/2015/490 (30. Juni 2015), Ziff. 44, 180, 183.

⁴¹ Das Forum fand vom 21.–22. August 2015 in Amman, Jordanien statt und wurde vom Büro der Jugendgesandten des UN-Generalsekretärs, UNFPA, PBSO und dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) organisiert, vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Promotion of a culture of peace and interreligious and intercultural dialogue, understanding and cooperation for peace, UN-Dok. A/71/407 (26. September 2016), Ziff. 20; vgl. *infra* Fn. 42, Ziff. 33. Für den Abschlussbericht des YPS-Forums, s. *Global Forum on Youth, Peace and Security, Final Report* (22. August 2015), abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/final_report_-_global_forum_on_youth_peace_security_11.11.2015.pdf [letzter Zugriff: 15. Mai 2021].

⁴² UNGA/UNSC, Report of the Secretary-General, Causes of conflict and the promotion of durable peace and sustainable development in Africa, UN-Dok. A/71/211-S/2016/655 (26. Juli 2016), Ziff. 33.

⁴³ Die UNGA erwähnte die Amman Youth Declaration bspw. in Resolutionen zu religiösen Stereotypen, vgl. UNGA, Resolution 71/195, Combating intolerance, negative stereotyping, stigmatization, discrimination, incitement to violence and violence against persons, based on religion or belief, UN-Dok. A/RES/71/195 (23. Januar 2017); UNGA, Resolution 72/176, Combating intolerance, negative stereotyping, stigmatization, discrimination, incitement to violence and violence against persons, based on religion or belief, UN-Dok. A/RES/72/176 (29. Januar 2018); UNGA, Resolution 73/164, Combating intolerance, negative stereotyping, stigmatization, discrimination, incitement to violence and violence against persons, based on religion or

belief, UN-Dok. A/RES/73/164 (16. Januar 2019); UNGA, Resolution 74/164, Combating intolerance, negative stereotyping, stigmatization, discrimination, incitement to violence and violence against persons, based on religion or belief, UN-Dok. A/RES/74/164 (23. Januar 2020); UNGA, Resolution 75/187, Combating intolerance, negative stereotyping, stigmatization, discrimination, incitement to violence and violence against persons, based on religion or belief, A/RES/75/187 (28. Dezember 2020). Auch der UN-Generalsekretär berief sich auf die Erklärung in Berichten zur Extremismusprävention, vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Plan of Action to Prevent Violent Extremism, UN-Dok. A/70/674 (24. Dezember 2015), Ziff. 52 (a); UNGA, Report of the Secretary-General, A world against violence and violent extremism UN-Dok. A/72/621 (1. Dezember 2017), Ziff. 50.

⁴⁴ Die Amman Youth Declaration on Youth, Peace and Security wurde von 10.000 jungen Menschen entwickelt, vgl. UNGA/UNSC, Report of the Peacebuilding Commission on its ninth session, UN-Dok. A/70/714-S/2016/115 (4. Februar 2016), Ziff. 51.

⁴⁵ Siehe Amman Youth Declaration (22. August 2015), S. 2, abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/amman_youth_declaration.pdf [letzter Zugriff: 4. Mai 2021]. Tatsächlich ist die Idee einer UNSC-Resolution bereits älter: Die Weltkonferenz der Weltorganisation der Pfadfinder:innenbewegung (WOSM) hatte bereits 2011 beschlossen, auf eine UNSC-Resolution zum Thema Jugend, Frieden und Sicherheit hinzuarbeiten, vgl. WOSM, World Scout Conference Resolutions 1920–2017, Resolution 2011–16, S. 161, abrufbar unter: https://www.scout.org/sites/default/files/library_files/1920-2017%20WSCConf%20Resolutions%20and%20Index%20EN.pdf [letzter Zugriff: 10. Mai 2021].

⁴⁶ UNGA, Report of the Secretary-General, Youth development links to sustainable development, UN-Dok. A/72/190 (21. Juli 2017), Ziff. 79 [eigene Übersetzung].

Altersdefinition vor,⁴⁷ stellt die Größe der heutigen Jugendgeneration heraus und erkennt ihre überproportionale Betroffenheit von Konflikten an.⁴⁸ In Anlehnung an Resolution 1325 (2000) zu Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS)⁴⁹ ist die Resolution inhaltlich in fünf Säulen gegliedert: Sie fordert a) Jugendpartizipation, b) den Schutz junger Menschen, c) die Prävention vor Radikalisierung, d) die Zusammenarbeit im UN-System und e) die Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Menschen für Reintegration.

a) Partizipation

Mitgliedstaaten sollen prüfen, wie die inklusive Repräsentation von Jugendlichen in Entscheidungsprozessen und Maßnahmen zur Prävention und Beilegung von Konflikten verstärkt werden kann.⁵⁰ Auch die inhaltlich weitergehende Forderung nach integrierten Mechanismen für

sinnvolle Jugendpartizipation in Friedensprozessen ist eine Verhaltensanforderung,⁵¹ deren Umfang durch den Zusatz „as appropriate“ ins Ermessen der Mitgliedstaaten gelegt wurde.⁵² Insbesondere bei der Verhandlung und Implementierung von Friedensabkommen sollen junge Menschen beteiligt und ihre Sichtweisen berücksichtigt werden – jedoch nur „selon qu'il convient“.⁵³

Hierzu schlägt der UN-Sicherheitsrat u. a. Maßnahmen zur Unterstützung lokaler Friedensinitiativen junger Menschen vor.⁵⁴ Adressaten dieser Aufforderung sind gemäß des weit auszulegenden Wortlauts „alle relevanten Akteur:innen“ neben Mitgliedstaaten und UN-Institutionen⁵⁵ auch beteiligte Internationale Organisationen sowie nichtstaatliche und zivilgesellschaftliche Akteur:innen.⁵⁶ Schließlich betont der UN-Sicherheitsrat die Bedeutung der Berücksichtigung jugendbezogener Erwägungen

⁴⁷ Für die Altersdefinition (18–29 Jahre), vgl. *supra* Fn. 2.

⁴⁸ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Präambel, Absätze 4 f.

⁴⁹ Die Resolution 1325 (2000) habe durch diese Säulen bzw. Handlungsfelder einen „strategischen Rahmen zur Operationalisierung inklusiven Friedens“ geschaffen, *Berents/Mollica*, *Cooperation and Conflict* 2021, S. 10; Vgl. UNSC, Resolution 1325 (200), UN-Dok. S/RES/1325 (31. Oktober 2000).

⁵⁰ Zwar ließe sich die englische Formulierung „to consider ways“ auch als weniger weitreichende Aufforderung interpretieren, lediglich Möglichkeiten „in Betracht zu ziehen“. Die Wortlautinterpretation der authentischen Übersetzung in Französisch („à examiner“) legt allerdings den Prüfungscharakter nahe. Dem folgt auch die nicht authentische Übersetzung des deutschen Übersetzungsdienstes bei den Vereinten Nationen; vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 1.

⁵¹ Während im Englischen erneut die Formulierung „consider establishing“ verwendet wird, ist die französische Übersetzung ambitionierter: Hier werden Mitgliedstaaten aufgefordert „à envisager [...] de mettre en place“. Unter Hinzuziehung der spanischen Übersetzung „que consideran la posibilidad de establecer“ ergibt die Wortlautinterpretation jedoch eine Auslegung zur Prüfung, nicht aber das tatsächliche Anstreben solcher Mechanismen.

⁵² Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 1. Dies lässt sich mit Blick auf die authentische französische („s'il y a lieu“) sowie spanische („según proceda“) Übersetzung auf zwei Arten interpretieren. Einerseits kann gemeint sein, dass integrierte Mechanismen für Jugendpartizipation dann entwickelt werden sollen, wenn dies überhaupt möglich ist und es noch keine integrierten Mechanismen dafür gibt. Gegen eine solche Interpretation spricht die Wortwahl, die hätte für einen solchen Zweck anders lauten können, z. B. „if not yet in place“. Andererseits könnte gemeint sein,

dass integrierte Mechanismen nur dann in Betracht gezogen werden müssen, wenn Mitgliedstaaten dies für „appropriate“ halten. So oder so ist es eine schwache Aufforderung, da sie „notwendigerweise“ dezentral interpretiert wird, *Peters*, in: *Simma/Khan/Nolte/Paulus*, *The Charter of the United Nations: A Commentary*, Art. 25, Rn. 25, 174.

⁵³ Vgl. die authentische französische Übersetzung von UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 2. Die Relativierung durch den Angemessenheitsvorbehalt könnte an dieser Stelle mit der Vielzahl der adressierten Akteur:innen erklärt werden, deren jeweiligen Möglichkeiten zur Berücksichtigung der Perspektiven junger Menschen unterschiedlich sind. Entsprechend soll sie angemessen – d. h. entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten – berücksichtigt werden. Diese Argumentation lässt sich auch anhand der Satzstellung ableiten: Der Zusatz „as appropriate“ steht hier, anders als noch in Ziff. 1, hinter dem Bezugsverb und qualifiziert dieses damit näher.

⁵⁴ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 2 (a) bis (c).

⁵⁵ Dies ist aus der expliziten Nennung dieser Akteur:innen in der Resolution zu schließen: Mitgliedstaaten (Ziff. 1), UN-Friedensmissionen (Ziff. 3), Peacebuilding Commission (Ziff. 15), UN-Generalsekretär (Ziff. 20, 21), dessen Sondergesandten sowie weitere relevante UN-Institutionen (Ziff. 19), vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015).

⁵⁶ Vgl. exemplarisch UNSC, Resolution 2567 (2021), UN-Dok. S/RES/2567 (12. März 2021); UNSC, Resolution 2553 (2020), UN-Dok. S/RES/2553 (3. Dezember 2020); UNSC, Resolution 2480 (2019), UN-Dok. S/RES/2480 (28. Juni 2019); UNSC, Resolution 2461 (2019), UN-Dok. S/RES/2461 (27. März 2019). Für eine differenzierte Darstellung der Akteur:innen in Mali, vgl. UNSC, Resolution 2531 (2020), UN-Dok. S/RES/2531 (29. Juni 2020), Präambel und Ziff. 19, 28 (a) (v), 28 (f), 25, 52, 63.

durch UN-Missionen, z. B. mittels „Konsultationen mit lokalen und internationalen Jugendgruppen“.⁵⁷

b) Schutz

Für den Schutz von Zivilist:innen, „einschließlich der Jugend“,⁵⁸ fordert der UN-Sicherheitsrat die Mitgliedstaaten zur Einhaltung ihrer Pflichten aus dem humanitären Völkerrecht,⁵⁹ dem Völkerstrafrecht,⁶⁰ und dem Menschenrechtskanon⁶¹ auf. Dass es sich bei der Hervorhebung des Internationalen Strafgerichtshofs und von ad-hoc-Tribunalen in ihrer Bedeutung für die Strafverfolgung um eine bemerkenswerte Referenz handelt, lässt sich aus dem Wegfall dieses Teils in den Folgeresolutionen 2419 (2018) und 2535 (2020) schließen.⁶² Außerdem sollen notwendige Maßnahmen zum Schutz vor sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt getroffen werden.⁶³

c) Prävention

Jugendakteur:innen, zu denen neben Jugendlichen selbst auch Jugendorganisationen gehören, sollen anerkannt und bei Aktivitäten zur Gewaltprävention unterstützt werden, indem

Staaten ein „inklusives und förderliches Umfeld“ ermöglichen.⁶⁴ Alle relevanten Akteur:innen sollen zudem Mechanismen zur Förderung einer „Kultur des Friedens“,⁶⁵ der Toleranz, des interkulturellen und interreligiösen Dialogs“ schaffen und junge Menschen von Gewaltanwendung, Terrorismus und Diskriminierung entmutigen.⁶⁶

Der UN-Sicherheitsrat hebt auch die Bedeutung von Friedenspädagogik, friedensfördernder Jugendpolitik und sozio-ökonomischer Entwicklung als „Schlüssel zur Konfliktprävention“⁶⁷ hervor, insbesondere durch die Förderung von Projekten für lokales Wachstum und Beschäftigungsmöglichkeiten, von Bildung und Ausbildung sowie von unternehmerischen Initiativen und politischem Engagement.⁶⁸ Damit unternimmt er einen Schritt, der einer Feststellung des UN-Generalsekretärs in seinem späteren Bericht im Jahr 2020 zuvorkommt, demnach „langfristige Prävention die zugrundeliegenden Konfliktursachen [wie Ungleichheiten, Diskriminierung, Exklusion und andauernde Menschenrechtsverletzungen] adressieren muss“.⁶⁹ Der UN-Sicherheitsrat schlägt entsprechend Präventionsmaßnahmen vor, deren Auswirkungen

⁵⁷ UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 3.

⁵⁸ Lediglich in Ziff. 7 von Resolution 2250 (2015) heißt dieser Zusatz wörtlich „including those who are youth“, woraus sich allerdings weder inhaltliche noch sprachlich nennenswerte Unterschiede zu den anderen Verweisen schließen lassen, vgl. *ebd.*, Ziff. 4–9.

⁵⁹ Vgl. *ebd.*, Ziff. 4, 7, 9.

⁶⁰ Vgl. *ebd.*, Ziff. 6.

⁶¹ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 5 und 8. Dies bezieht sich auf alle positiv-rechtlichen und völkergewohnheitsrechtlichen Menschenrechte, insbesondere sowohl politische und bürgerliche als auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Explizit werden in Ziffer 5 der Resolution die Genfer Flüchtlingskonvention (1951) und deren Zusatzprotokoll (1967), die Frauenrechtskonvention (1979) und deren Zusatzprotokoll (1999) sowie die Behindertenrechtskonvention (2006) genannt. Der Wortlaut des hier verfolgten Menschenrechtsschutzes, dass „States must respect and ensure the human rights of all individuals, including youth“, beinhaltet weder die *duty to promote* noch eine aktive Aufforderung zum Schutz der Menschenrechte junger Menschen.

⁶² Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 6; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 6; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 6.

⁶³ Vgl. *ebd.*, Ziff. 7.

⁶⁴ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 10 [eigene Übersetzung].

⁶⁵ Diese setzt sich gemäß der Erklärung und des Aktionsprogramms für eine Friedenskultur der Vereinten Nationen aus bestimmten Werten, Haltungen, Traditionen, Verhaltens- und Lebensweisen zusammen, UNGA, Resolution 53/243, Declaration and Programme of Action on a Culture of Peace, UN-Dok. A/RES/53/243 (6. Oktober 1999), Art. 1. Ausführlicher zur Friedenskultur s. *infra* Fn. 146.

⁶⁶ UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 13.

⁶⁷ UNSC, Resolution 2250 (2015), Präambel, Absatz 8.

⁶⁸ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 11 f. Auch in Ziffer 17 (a) der Resolution stellt der UNSC in seiner Forderung nach Beschäftigungsmöglichkeiten auf die „interrelated role of education, employment and training in preventing the marginalization of youth“ ab. Der unabhängigen Studie „The Missing Peace“ (2018) zufolge bedarf es über die Eröffnung des Zugangs junger Menschen zu wirtschaftlichen Systemen einer umfassenderen Strategie für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Inklusion junger Menschen, UNGA/UNSC, The missing peace: independent progress study on youth and peace and security, UN-Dok. A/72/761-S/2018/86 (2. März 2018), Ziff. 42 [im Folgenden: YPS-Studie (2018)].

⁶⁹ YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1, Ziff. 37 [eigene Übersetzung].

erst langfristig einen nennenswerten Einfluss auf Frieden haben und nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit Friedensbedrohungen stehen.

Neu ist dabei auch die Umkehrung der Analyse: Statt Jugendarbeitslosigkeit als Treiber für Konflikte zu verurteilen,⁷⁰ wird wirtschaftliche Inklusion als Chance für Konfliktprävention betrachtet.⁷¹

d) Partnerschaften

Als eine solche Chance werden auch Partnerschaften zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren betrachtet. Mitgliedstaaten sollen einerseits ihre vielseitige Unterstützung des UN-Systems nach Ermessen verstärken,⁷² um

junge Menschen in Friedensprozessen besser zu berücksichtigen.⁷³

Andererseits sollen sie die genannten Präventionsmaßnahmen durch die Zusammenarbeit mit lokalen Akteur:innen, nicht aber der Jugend direkt,⁷⁴ verbessern; beispielsweise durch die gemeinsame Entwicklung von Strategien zur Extremismusprävention, die Stärkung inklusiver Gemeinschaften und Maßnahmen zur Rekrutierungsprävention.⁷⁵

Auch die Peacebuilding Commission (PBC) spiele zur Adressierung der Bedingungen und Faktoren für Radikalisierung eine wichtige Rolle: Sie soll „in ihren Ratschlägen und Empfehlungen für friedensfördernde Strategien Wege zur sinnvollen Einbindung von Jugendlichen“ berücksichtigen.⁷⁶

⁷⁰ So zum Beispiel bei den Verlängerungen des Mandats für die UN-Mission in Sierra Leone, vgl. UNSC, Resolution 2005 (2011), UN-Dok. S/RES/2005 (14. September 2011), lit. g. und lit. n., Ziff. 2 (iii). Für weitere Resolutionen, s. *infra* Fn. 154. Der UN-Generalsekretär stellte 2005 in seinem Jugendbericht fest, dass „[p]roviding opportunities for meaningful work for youth decreases the risk of young people being recruited into or voluntarily joining hostile forces“, UN-Generalversammlung/Wirtschafts- und Sozialrat, Report of the Secretary-General, World Youth Report 2005, UN-Dok. A/60/61-E/2005/7 (6. Dezember 2004), Ziff. 33.

⁷¹ Beide Formulierungen bringen zwar die gleiche Überzeugung zum Ausdruck, dass Jugendarbeitslosigkeit Frieden negativ beeinflusst. Dies verdeutlicht auch die Präambel von Resolution 2250 (2015), in der der UNSC seine Sorge ausdrückt, dass die „disruption of youth’s access to education and economic opportunities has a dramatic impact on durable peace and reconciliation“. Allerdings drücken dies die Formulierungen in den Ziffern 11, 12 und 17 der Resolution 2250 (2015) nur implizit aus. Vorrangig wird hier das Narrativ in ein positiveres umgewandelt, wonach junge Menschen bei ausreichender Bildung und Beschäftigung konstruktive Friedensakteur:innen sind. Dass diese eher semantische Trennung von *präventiven* Maßnahmen und *risiko-bekämpfenden* Maßnahmen intendiert war, suggeriert auch die Stellung des Absatzes zur Extremismusbekämpfung – einer eigentlich präventiven Maßnahme – erst hinter dem Kapitel der Resolution zu Prävention, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 16.

⁷² Abermals schwächt hier der Zusatz „as appropriate“ nach dem Verb „to increase“ durch einen Ermessensspielraum für Mitgliedstaaten die Aufforderung ab, vgl. *ebd.*, Ziff. 14. Zwar geht der Wortlaut der authentischen französischen Übersetzung „autant que nécessaire“ von einer zu erfüllenden Notwendigkeit aus. Wenn dies jedoch Sinn und Zweck des Absatzes hätte sein sollen, dann wäre eine Auslassung des „as appropriate“ Zusatzes und stattdessen

eine Betonung des dahinterliegenden Ziels, Jugendbeteiligung zu stärken, oder die Nutzung des Adverbs „appropriately“ treffender gewesen. Auch die spanische Übersetzung „según corresponda“ spricht eher für eine Abschwächung der Aufforderung zugunsten des mitgliedstaatlichen Ermessens des Bedarfs von Unterstützungsleistungen. Folglich fordert die Resolution nicht so viel Unterstützung wie *notwendig*, sondern so viel, wie dies *für nötig gehalten* wird.

⁷³ Dies umfasst die „politische, finanzielle, technische und logistische“ Unterstützung, vgl. *ebd.*, Ziff. 14. Namentlich werden als Unterstützungsempfänger:innen das PBSO, der Friedensförderungsfonds (PBF), UNDP, UN-Habitat, UN-Women, der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), das Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) sowie das UN-Büro für Drogen- und Kriminalitätsbekämpfung genannt, vgl. *ebd.*, Ziff. 14.

⁷⁴ Der UN-Generalsekretär suggeriert in seinem YPS-Bericht (2020), dass „the importance of partnerships between youth-led organizations and Member States [...]“ in der Resolution 2250 (2015) signalisiert wurde, *supra* Fn. 1, Ziff. 41. Ein solches Signal ist allerdings derart nicht aus der Resolution ersichtlich, da sich die Unterstützung von Jugendorganisationen lediglich auf deren Bemühungen „as partners in youth employment and entrepreneurship programs“ im Kapitel zu Reintegration beschränkt, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 17 (c).

⁷⁵ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 16. Als Auslöser für terroristische Handlungen wird hier mitunter das „violent extremism narrative“ genannt, womit es sich um eine nuancierte Darstellung eines komplexen und häufig zuvor simplifizierten Phänomens handelt, vgl. z. B. *Weert/Eijkman*, Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression 2019, 191 ff.

⁷⁶ UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 15. [eigene Übersetzung]. Zwar handelt es sich hierbei im Wortlaut lediglich um eine Betonung der besonderen Rolle der Kommission. Der UNSC bringt jedoch eine normative Grundhaltung zum

e) Reintegration

Die Bedürfnisse konfliktbetroffener Jugendlicher sollen auch im Hinblick auf „Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration“ berücksichtigt werden.⁷⁷ Junge Menschen werden hierbei zunächst als „passive Begünstigte“ und nicht aktive Partner:innen verstanden – obschon der UN-Generalsekretär in seinem späteren YPS-Bericht (2020) die aktive Beteiligung junger Menschen bei der „Gestaltung, Planung und Durchführung von Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprozessen“ fordert.⁷⁸

Die Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Menschen beschränkt sich in der Resolution insbesondere auf wirtschaftliche Aspekte der Integration. So empfiehlt der UN-Sicherheitsrat evidenzbasierte und gendersensitive Beschäftigungsförderung, inklusive Arbeitspolitik, Aktionspläne für Jugendbeschäftigung und Investitionen in die berufliche Ausbildung junger Menschen.⁷⁹ Diese Lösungen sollen zum Teil „in Partnerschaft mit jungen Menschen“ entwickelt

werden,⁸⁰ die nun eine aktivere Rolle einnehmen. Entsprechend wird die Unterstützung von Jugendorganisationen zur Förderung von Jugendbeschäftigung empfohlen.⁸¹

Der UN-Sicherheitsrat erklärt sich zudem bereit, die potenziellen Auswirkungen seiner nach Art. 41 UN-Charta beschlossenen Maßnahmen auf die „Bevölkerung, einschließlich der Jugend“ zu prüfen.⁸²

f) UN-interne Umsetzung

Der UN-Sicherheitsrat fordert die bessere Zusammenarbeit innerhalb des UN-Systems in Bezug auf die Bedürfnisse junger Menschen in und nach Konflikten.⁸³ Außerdem wird der UN-Generalsekretär dazu aufgerufen, eine *progress study* [im Folgenden: YPS-Studie] über die positive Rolle junger Menschen in Friedensprozessen durchzuführen.⁸⁴ Schließlich soll er in seinen zukünftigen Berichten über Fortschritte im Zusammenhang mit der YPS-Agenda informieren.⁸⁵

Ausdruck, die einer präskriptiven Verpflichtung nahe kommt. Obwohl das einleitende Verb des Absatzes keine direkte Aufforderung ist, kann es sich hierbei aufgrund der bis 2015 mangelnden Praxis der PBC zunächst nicht um eine Beschreibung des *status quo* gehandelt haben. Folglich ist hier vielmehr der direkte Auftrag zu verstehen, den Aspekts der Jugendpartizipation in zukünftigen Strategien zur Friedenskonsolidierung der PBC zu berücksichtigen. Diese Empfehlung wurde später durch den UNSC in einer gemeinsamen Resolution mit der UNGA leicht abgeschwächt bestätigt: „[R]equests the Secretary-General and the PBC to include in their recommendations ways to engage youth in peacebuilding“, UNSC, Resolution 2282 (2016), UN-Dok. S/RES/2282 (27. April 2016), Ziff. 23. Die Expert:innengruppe zur Überprüfung der Friedenskonsolidierung hatte dem UNSC in ihrem Bericht bereits im Juni 2015 empfohlen, die PBC in die Verantwortung für die Förderung und stärkere Beteiligung junger Menschen in Friedensprozessen zu ziehen, vgl. *supra* Fn. 40, Ziff. 183.

⁷⁷ UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 17 [eigene Übersetzung].

⁷⁸ Vgl. YPS-Bericht, *supra* Fn. 1, Ziff. 47.

⁷⁹ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 17 (a). Der Bildungsaspekt kommt an dieser Stelle sehr kurz: Während der UNSC die „verknüpfte Rolle von Bildung, Beschäftigung und Training für die Prävention von Marginalisierung“ anerkennt, formuliert er als Zweck zur Förderung junger Menschen, die Anforderungen des Arbeitsmarktes decken zu können, *ebd.*, Ziff. 17 (b) [eigene Übersetzung].

⁸⁰ *Ebd.*, Ziff. 17 (a). Dass es sich hierbei nicht lediglich um „Konsultationen“ (Ziff. 3), die Berücksichtigung von „Ansichten“ (Ziff. 2) oder einfache „Partizipation“ (Ziff. 2, 14) handelt, verdeutlichen die in Teil C. II. 2. c) beschriebenen vielfältigen Formen von Jugendpartizipation, die der Sicherheitsrat im Rahmen der drei YPS-Resolutionen für unterschiedliche Situationen vorsieht. Partnerschaften setzen zumindest die Anerkennung junger Menschen als eigenständige Akteur:innen voraus.

⁸¹ Vgl. *ebd.*, Ziff. 17 (c). Wörtlich umfassen Jugendorganisationen hier „youth-led and peacebuilding organizations“. Diese seien „partners in youth employment and entrepreneurship programs“.

⁸² UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 18 [eigene Übersetzung]. Nichtmilitärische Zwangsmaßnahmen des UNSC umfassen häufig Sanktionen gegen Staaten, Gruppen oder Individuen, aber auch die Einsetzung von Sondertribunalen und Streitbeilegungsmechanismen, vgl. *Krisch*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus, *The Charter of the United Nations: A Commentary*, Art. 41, Rn. 8, 15, 26 und 30.

⁸³ Vgl. *ebd.*, Ziff. 19. Dieser Absatz steht trotz des Kooperationsgedankens nicht im Kapitel zu Partnerschaften, da dieser vermutlich rein auf die Zusammenarbeit innerhalb des UN-Systems abzielt.

⁸⁴ Vgl. *ebd.*, Ziff. 20. Die YPS-Studie wurde dem UNSC und der UNGA 2018 unter dem Titel „The Missing Peace“ vorgelegt, vgl. *supra* Fn. 68.

⁸⁵ UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 21.

2. Folgeresolution 2419 (2018)

Die Folgeresolution 2419 (2018) stellt inhaltlich nur bedingt eine Weiterentwicklung dar und übernimmt Inhalte teils wortgenau aus Resolution 2250 (2015), die folglich als *agreed language* angesehen werden können.⁸⁶ Der UN-Sicherheitsrat zeichnet in der ersten Folgeresolution zunächst ein noch umfassenderes Bild der positiven Rolle junger Menschen für Frieden,⁸⁷ indem er die Vorteile der Einbeziehung junger Menschen und deren Verbände expliziter anerkennt.⁸⁸

Während der UN-Sicherheitsrat keine neuen Forderungen nach Jugendpartizipation artikuliert,⁸⁹ wird der Schutzanspruch junger Menschen, Friedensaktivist:innen und Bildungseinrichtungen⁹⁰ vor Gewalt im Konflikt gestärkt, indem die Resolution ihn auf drei Arten unterstreicht: Erstens fordert sie direkt zum Schutz exklusiv junger Menschen auf, anders als noch zuvor für „Zivilist:innen, inklusive junger Menschen“⁹¹. Zweitens war Resolution 2250 (2015) hinsichtlich der Adressat:innen auf Konfliktparteien und hinsichtlich des Inhalts auf den Schutz

vor geschlechtsspezifischer Gewalt beschränkt,⁹² während in Resolution 2419 (2018) *alle* Mitgliedstaaten durch die stärkere Formulierung „urges“ nachdrücklich aufgefordert werden, junge Menschen vor Gewalt im bewaffneten Konflikt zu schützen.⁹³ Letzteres könnte bspw. auf *erga omnes* Verpflichtungen aller Staaten bei schweren Menschenrechtsverbrechen abzielen. Drittens geht der Schutz vor *jeglicher* Gewalt in der Folgeresolution weiter als in Resolution 2250 (2015), weil er gemäß dem Wortlaut und *argumentum a maiore ad minus* hier geschlechtsspezifische Gewalt wie auch andere Formen der Gewalt umfasst.⁹⁴

Zusätzlich fordert die Resolution den gleichen Zugang zur Justiz und legt den menschenrechtlichen Anspruch junger Menschen durch die Formulierung „respect, promote and protect human rights and fundamental freedoms“ umfassender dar.⁹⁵ Hingegen stellt der Wegfall der Referenz zu völkerstrafrechtlicher Justiziabilität einen Rückschritt im Vergleich zur vorigen Resolution dar.⁹⁶

⁸⁶ Insbesondere stellen die Ziffern 2, 4–7, 13, 19–20 keine inhaltlichen Neuerungen im Vergleich zu Resolution 2250 (2015) dar, da sie deren Formulierungen mitunter wortgleich übernehmen, vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018); UNSC, Resolution 2250 (2015).

⁸⁷ Vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 3, 10. Der UNSC differenziert hier nach Konfliktprävention und -lösung sowie nach Friedenskonsolidierung und langfristigem Frieden. In Resolution 2250 (2015) wurde die Rolle junger Menschen für Konfliktprävention und -lösung lediglich in der Präambel erwähnt.

⁸⁸ Es heißt in der Resolution, der UNSC „recognizes the role of youth in promoting a culture of peace, tolerance, intercultural and interreligious dialogue [...] and reiterates that efforts to counter terrorist narratives can benefit through engagement with a wide range of actors, including youth and youth-led civil society“, *ebd.*, Ziff. 9. Hingegen forderte Resolution 2250 (2015), dass alle relevanten Akteur:innen Mechanismen zur Förderung einer Friedenskultur institutionalisieren sollen, die junge Menschen beteiligen und bezieht sich damit auf Jugend lediglich als passive Akteur:innen, UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 13.

⁸⁹ Vielmehr fallen die konkreten Vorschläge zur Einbeziehung jugendspezifischer Aspekte bei der Verhandlung und Implementierung von Friedensabkommen in der Folgeresolution 2419 (2018) weg, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 2. Dieser Wegfall muss nicht als Defizit verstanden werden, wenn berücksichtigt wird, dass die Präambel

von Resolution 2419 (2018) mit den Worten beginnt: „reaffirming its commitment to the full implementation of resolution 2250 (2015)“ und die konkreten Vorschläge der vorherigen Resolution damit eingeschlossen sind, vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Präambel.

⁹⁰ Mitgliedstaaten sind aufgefordert, „[to] foster an enabling and safe environment for youth working on peace and security“, *ebd.* Ziff. 11, 2. Halbsatz.

⁹¹ UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 7.

⁹² Vgl. *ebd.*

⁹³ Vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 8.

⁹⁴ Vgl. *ebd.* Zwar könnte dies kritisiert werden als mangelnder Fokus auf sexualisierter Gewalt, allerdings ist diese Argumentation im Zusammenhang mit Resolution 2250 (2015) und dem Sinn und Zweck des Paragraphen der Folgeresolution, auch geschlechtsspezifische Gewalt zu verurteilen, zu entwerfen, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 7; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 8.

⁹⁵ *Ebd.*, Ziff. 11. Die gleiche Formulierung, jedoch ohne „fundamental freedoms“, wird auch in Ziff. 7 verwendet. Der Wegfall der expliziten Nennung von Menschenrechtsverträgen stellt nicht zwingend ein Defizit dar, da diese ohnehin durch die Aufforderung zur Einhaltung der menschenrechtlichen Verpflichtungen von Staaten abgedeckt sind, vgl. *ebd.*, Ziff. 7.

⁹⁶ Vgl. *ebd.*, Ziff. 6. Konkret fehlt in Resolution 2419 (2018) die Formulierung: „noting that the fight against impunity for the most serious crimes of international concern has

Im Bereich Prävention stärkt die Resolution den Aspekt der Bildung, insbesondere für junge Frauen: Der UN-Sicherheitsrat wählt einen rechtsbasierten Ansatz, wenn er Mitgliedstaaten auffordert „Schritte zu unternehmen, die gleiche Inanspruchnahme des Rechts auf Bildung durch junge Frauen zu adressieren“.⁹⁷ Damit erkennt Resolution 2419 (2018) neben dem Alter auch das Geschlecht als relevantes Diskriminierungsmerkmal an und beinhaltet mehr Bezüge zu jungen Frauen als Resolution 2250 (2015), deren Gender-Perspektive auf geschlechtsspezifische Gewalt und Beschäftigungsmöglichkeiten beschränkt ist.⁹⁸

Die PBC wird nicht nur in ihrer Rolle hervorgehoben, sondern direkt aufgefordert, Wege zur Jugendbeteiligung in nationalen Friedensbemühungen zu berücksichtigen.⁹⁹ Als wichtige Partner für Jugendpartizipation und -programme werden außerdem regionale und subregionale Institutionen ergänzt.¹⁰⁰ Hingegen werden die Anforderungen an die Unterstützungsleistungen von Staaten abgeschwächt.¹⁰¹

Zur Umsetzung der Agenda nimmt sich der UN-Sicherheitsrat zusätzlich selbst in die Pflicht,

jugendgeführte Organisationen als Berichterstatte:r:innen zu seinen Sitzungen einzuladen.¹⁰² Außerdem werden der UN-Generalsekretär und seine Jugendgesandte dazu aufgerufen, „die gleichberechtigte und vollständige Jugendbeteiligung auf Entscheidungsebenen“ zu ermöglichen.¹⁰³ Schließlich sollte der UN-Generalsekretär bis Mai 2020 einen Bericht über die Implementierung der YPS-Agenda vorlegen.¹⁰⁴

3. Folgeresolution 2535 (2020)

In Resolution 2535 (2020) wurden im Juli 2020 aufbauend auf Resolution 2250 (2015) und 2419 (2018) die Bemühungen des UN-Sicherheitsrats rund um Jugend, Frieden und Sicherheit erstmals offiziell als „Agenda“ bezeichnet.¹⁰⁵ Sie stellt eine signifikantere Weiterentwicklung dar als noch Resolution 2419 (2018), besonders in den Bereichen Partizipation, Schutz und Umsetzung der Agenda. Die Resolution nimmt vollständige Abkehr von einer als Täter:innen stigmatisierten Jugend,¹⁰⁶ erkennt „strukturelle

been strengthened through the work on and prosecution of these crimes by the ICC, ad hoc and mixed tribunals and specialized chambers in national tribunals“, UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 6, 2. Halbsatz.

⁹⁷ UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 12 [eigene Übersetzung].

⁹⁸ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 7 und 17 (a); vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 12, 16 und Präambel, Absätze 3 und 17f.

⁹⁹ Vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 15. In Resolution 2250 (2015) heißt es lediglich, der UNSC „stresses the vital role of the Peacebuilding Commission in addressing the conditions and factors leading to the rise of radicalization to violence and violent extremism among youth [...]“, UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 15. Außerdem wird die vorherige zeitliche Beschränkung von Tätigkeiten der PBC auf Situationen während und unmittelbar nach Konflikten aufgehoben.

¹⁰⁰ Vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 17. Im Vergleich zu Resolution 2250 (2015), in der die „importance of creating policies for youth“ betont wurde, wird in der Folgeresolution die regionale Zusammenarbeit hervorgehoben, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 11. Die Bedeutung regionaler Mechanismen wurde durch die YPS-Studie (2018) besonders betont und fand Einklang in deren allgemeine Empfehlungen, vgl. *supra* Fn. 68, Ziff. 71. Zur Bedeu-

tung der „Regionalisierung“ von YPS siehe auch *Berents/Mollica, Cooperation and Conflict* 2021, S. 12.

¹⁰¹ Durch die Forderung an Mitgliedstaaten, „to consider, as appropriate, how their [...] support in conflict and post-conflict situations takes into account the needs and participation of youth in peace efforts“ werden weder die Empfänger:innen von Unterstützungsleistungen genannt, während in Resolution 2250 (2015) die Aufforderung nach Unterstützung durch eine ausführliche, nicht abschließende Aufzählung der Adressaten ergänzt wurde, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 14. Noch beinhaltet dies ein Handlungsappell, der die tatsächliche Erhöhung von Unterstützungsleistungen fordert.

¹⁰² Vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 18.

¹⁰³ *Ebd.*, Ziff. 16 [eigene Übersetzung].

¹⁰⁴ Vgl. *ebd.*, Ziff. 22. Diesen legte er im März 2020 vor, vgl. YPS-Bericht, *supra* Fn. 1.

¹⁰⁵ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 15, 17, 19, 21, 23, 25. Die UNGA übernahm die Formulierung „youth and peace and security agenda“ bereits 2017 und 2019 in ihren Jugendresolutionen, vgl. UNGA, Resolution 72/146, Policies and programmes involving youth, UN-Dok. A/RES/72/146 (17. Januar 2018), Ziff. 21; UNGA, Resolution 74/121, Policies and programmes involving youth UN-Dok. A/RES/74/121 (10. Januar 2020), Ziff. 25.

¹⁰⁶ Ausführlicher zur Verantwortungsumkehr, s. Teil C. I. 1, 2. Absatz, insbes. *infra* Fn. 160.

Barrieren, die die Beteiligung und die Fähigkeiten junger Menschen einschränken“¹⁰⁷ an und berücksichtigt intersektionale Aspekte von Diskriminierungen¹⁰⁸.

a) Inhaltliche Weiterentwicklung

Die Partizipation junger Menschen wird qualitativ und in ihrer Reichweite weiterentwickelt: Einerseits soll nun die „full, effective and meaningful participation“¹⁰⁹ sichergestellt werden. Andererseits wird die Forderung nach Beteiligung situativ auf die Friedenskonsolidierung,¹¹⁰ humanitäre Hilfe,¹¹¹ den Wiederaufbau, die Unterstützung Geflüchteter, Binnenvertriebener und Kriegsoffer sowie die Versöhnung¹¹² ausgeweitet – Partizipation wird mittlerweile als „wichtiger Bestandteil jeglicher Strategien zur Konfliktlösung und Friedensschaffung“¹¹³ verstanden.¹¹⁴ Der UN-Sicherheitsrat erkennt zudem digitale Räume als innovative Möglichkeit zur Partizipation an.¹¹⁵ Teilhabe generell soll

auch das Ziel aller Maßnahmen zur Wiedereingliederung junger Überlebender sein.¹¹⁶

Der UN-Sicherheitsrat stellt den Schutz junger Menschen stärker als zuvor in den Fokus, indem er den materiellen Schutz systematisch vor die Einhaltung einschlägiger Verträge mit relevanten Pflichten zum Schutz junger Menschen stellt.¹¹⁷ In beiden vorhergehenden Resolutionen wurde systematisch die Pflicht zur Einhaltung relevanter humanitärrechtlicher Verträge vorangestellt, die den Schutz von Zivilist:innen sichern soll.¹¹⁸ Zudem soll der UN-Generalsekretär eine Richtlinie zum Schutz junger Menschen entwickeln.¹¹⁹ Den Schutz – und nicht die völkerrechtliche Quelle dieses Schutzes – in den Vordergrund zu stellen, eignet sich als pragmatischer Umgang mit den vielen jungen, zivilen Opfer von bewaffneten Konflikten. Außerdem spezifiziert die Resolution 2535 (2020) die Pflicht zum Schutz junger Friedensaktivist:innen: Öffentliche Räume sollen geschützt, und Hassrede, Gewalt sowie Gewaltanstiftung verurteilt werden.¹²⁰ Auch die Gefahren des Internets und

¹⁰⁷ UNSC, Resolution 2535 (2020), Präambel, Absatz 17 [eigene Übersetzung].

¹⁰⁸ Die Resolution berücksichtigt zunehmend junge Frauen, Menschen mit Behinderung, den ungleichen Zugang zu Technologien, Überlebende sexualisierter Gewalt, und fordert die Beteiligung „ohne jegliche Unterscheidung oder Diskriminierung“, vgl. *ebd.*, Ziff. 9, 11, 20 und Präambel, Absätze 13, 17, 22.

¹⁰⁹ *Ebd.*, Ziff. 1, 20 und Präambel, Absatz 15.

¹¹⁰ Während die vorherigen Resolutionen dazu aufrufen, „to consider ways to increase the inclusive representation of youth for the prevention and resolution of conflict [...]“, enthält Resolution 2535 (2020) den Zusatz „as well as in peacebuilding“, UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 1; vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 1; vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 2.

¹¹¹ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 10. Diese Formulierung baut auf den Aussagen des UN-Generalsekretärs zur Rolle junger Menschen für effektivere humanitärer Unterstützungsleistungen auf, vgl. YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1, Ziff. 21–23 und zusammenfassend Ziff. 24. Die UNGA hatte bereits 2017 verbesserte Beteiligung Jugendlicher bei humanitärer Hilfe gefordert, vgl. UNGA, Resolution 72/146, Policies and programmes involving youth, UN-Dok. A/RES/72/146 (17. Januar 2018), Ziff. 21.

¹¹² Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 13. Bei diesem Absatz handelt es sich um *agreed language* des UNSC aus einem gemeinsamen Statement von 2019 zu „Silencing the Guns in Africa by 2020“, s. UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2019/15 (12. Dezember 2019), S. 2, Ziff. 4. In der Präambel wird

diese Aufforderung nach Beteiligung auch auf den Beitrag junger Menschen zur „Gerechtigkeit“ allgemein ausgeweitet.

¹¹³ UNSC, Resolution 2535 (2020), Präambel, Absatz 13 [eigene Übersetzung].

¹¹⁴ Folglich sollen junge Menschen auch bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Plänen zur Umsetzung der YPS-Agenda beteiligt werden, vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 14, 16.

¹¹⁵ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 9. Damit folgt er einer durch den UN-Generalsekretär in seinem YPS-Bericht (2020) verwendeten Formulierung, vgl. *supra* Fn. 1, Ziff. 33. Auch der UN-Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen hatte die Chance digitaler Teilhabemöglichkeiten für junge Menschen zuvor unterstrichen und Staaten die Förderung dieser empfohlen, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the Special Rapporteur on minority issues on recommendations made by the Forum on Minority Issues at its tenth session on the theme „Minority youth: towards inclusive and diverse societies“, UN-Dok. A/HRC/37/73 (30. Januar 2018), Ziff. 73.

¹¹⁶ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 11. Diese zielt insbesondere auf Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ab.

¹¹⁷ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 3.

¹¹⁸ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 4; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 5.

¹¹⁹ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 22. Dies hatte der UN-Generalsekretär dem UNSC in seinem YPS-Bericht (2020) selbst empfohlen, vgl. *supra* Fn. 1, Ziff. 76 (d).

¹²⁰ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 2, 2. Halbsatz

der sozialen Medien werden anerkannt, die insbesondere durch Nutzung zur Verbreitung von Falschinformationen, terroristischen Ideologien und Zwecken sowie Attacken auf junge Aktivist:innen entstehen.¹²¹ Mehr noch sollen Staaten ein insgesamt förderliches Umfeld gewährleisten, in dem junge Menschen anerkannt und angemessen unterstützt werden.¹²²

Einen bemerkenswerten Fortschritt stellt dabei die Forderung nach bedarfsgerechter Förderung der psychologischen Gesundheit junger Überlebender dar.¹²³ Auch wenn diese Referenz es versäumt, psychosoziale Unterstützungsdienste für die psychische Gesundheit speziell zu priorisieren, berücksichtigt der UNSC hiermit eine in der YPS-Studie (2018) formulierte Empfehlung,¹²⁴ die als *agreed language* erstmals im Rahmen eines gemeinsamen Presidential Statement von 2019 verwendet wurde.¹²⁵

und Ziff. 5.

¹²¹ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 9, 2. Halbsatz. Dies tat der UNSC bereits zuvor in Resolution 2419 (2018), jedoch nur in der Präambel, vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Präambel, Absatz 16.

¹²² Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 5.

¹²³ Vgl. *ebd.*, Ziff. 11. Die Bedeutung der gezielten psychologischen Unterstützung wird auch bei Betrachtung der Ergänzung zum Jugend-Weltaktionsprogramm von 2007 deutlich: „[...] When conflict ends, many of the young people who must make the transition to adulthood while dealing with the traumas of war are at the same time required to adapt quickly to their new roles, often as parents and caretakers of the victims of war. Without services to help them to deal with their situation, youth and young adults may fail to integrate into society.“ Deshalb empfahl die UN-Generalversammlung darin Regierungen, „[to] take all appropriate measures to promote physical and psychological recovery and social reintegration of children and young victims of armed conflicts [...]“, *supra* Fn. 22, Annex, Ziff. 45 und 52.

¹²⁴ Vgl. *supra* Fn. 68, Ziff. 63 (d).

¹²⁵ Dies betrifft die Formulierung „appropriate measures to promote physical and psychological recovery and social reintegration“, UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2019/15 (12. Dezember 2019), S. 2, Ziff. 5. Die Formulierung ist nicht neu insofern sie bereits durch die UNGA in der Erweiterung des Weltaktionsprogramms 2007 für die Jugend verwendet wird, vgl. *supra* Fn. 22, Annex, Ziff. 52.

¹²⁶ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 14, 16. Dies hatte zuvor der UN-Generalsekretär in seinem YPS-Bericht (2020) gefordert, vgl. *supra* Fn. 1, Ziff. 76 (b).

b) Fortschritte für die Umsetzung

Der UN-Sicherheitsrat fordert, den Einsatz und die Kapazitäten zur Umsetzung der YPS-Agenda zu verstärken,¹²⁶ beispielsweise durch „Fahrpläne“. ¹²⁷ Erstmals sollen Mitgliedstaaten – unzureichend schwach formuliert – „erwägen, gegebenenfalls“ die Finanzierung der YPS-Agenda zu erhöhen und Jugendorganisationen diese Finanzierung zugänglich zu machen.¹²⁸

Hingegen werden alle relevanten Akteur:innen im UN-System umfassender als zuvor aufgefordert, ihre Bemühungen für Jugendbeteiligung zu „verdoppeln“¹²⁹ und die YPS-Agenda in ihrer strategischen Arbeit zu berücksichtigen.¹³⁰ UN-Missionen sollen den direkten Austausch mit jungen Menschen suchen,¹³¹ Richtlinien zur YPS-Umsetzung erhalten und kontextspezifische YPS-Strategien entwickeln.¹³² Relevante Amtsträger:innen¹³³ sollen eine *wirkungsvollere* Jugendpartizipation auf *allen* Entscheidungsebenen anstreben¹³⁴ und die jugendspezifische

¹²⁷ UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 14.

¹²⁸ Vgl. *ebd.*, Ziff. 17. So weitreichend diese Forderung nach Finanzierung inhaltlicher Art ist, so kurz greift allerdings ihr Verpflichtungsgrad: Zwar wurden die sprachlichen Empfehlungen des UN-Generalsekretärs grundsätzlich übernommen, vgl. YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1, Ziff. 75 (c). Sie wurden jedoch durch die Zusätze „to consider“ und „as appropriate“ erheblich geschwächt.

¹²⁹ UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 23. Der UN-Generalsekretär hatte explizit empfohlen, die Finanzierung solcher Maßnahmen zu verbessern. Die Resolution spricht allerdings von „efforts“ und nicht explizit „funding“, entgegen der Empfehlung des UN-Generalsekretärs, vgl. YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1, Ziff. 76 (c).

¹³⁰ Hierzu soll die YPS-Agenda explizit integriert werden in „[...] United Nations strategic and planning documents, conflict analyses, frameworks, initiatives and guidance tools, at the global, regional and national levels, including by appointing youth focal points, building on existing human resources [...]“, UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 23. Dies hatte der UN-Generalsekretär dem UNSC in seinem YPS-Bericht empfohlen, vgl. *supra* Fn. 1, Ziff. 76 (a).

¹³¹ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 18.

¹³² Vgl. *ebd.*, Ziff. 21.

¹³³ Dies sind explizit „the Secretary General's Envoy on Youth and her Office, and the work of relevant entities of the United Nations, Rapporteurs, Special Envoys, Representatives of the Secretary-General, and Resident Coordinators, UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 19. Vgl. für die Rolle der UN-Jugendgesandten bei der Verfolgung der Implementierung der YPS-Agenda auch Ziffer 16.

¹³⁴ Insbesondere sollen der UN-Generalsekretär und seine

Berichtspflicht des UN-Generalsekretärs wird gestärkt.¹³⁵ Bemerkenswertweise soll der UN-Generalsekretär dem UN-Sicherheitsrat alle zwei Jahre über die Implementierung der YPS-Agenda berichten.¹³⁶

4. Zwischenfazit

Der UN-Sicherheitsrat hat mit den Resolutionen 2250 (2015), 2419 (2018) und 2535 (2020) die normativen Grundlagen für die YPS-Agenda entwickelt und die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Chancen der Partizipation junger Menschen in Friedensprozessen, deren Schutzanspruch sowie ihre umfassende Inklusion zum Zweck der Konfliktprävention und Reintegration gerichtet. Während Resolution 2250 (2015) die inhaltlichen Grundlagen legt, werden diese bedingt durch Resolution 2419 (2018) und bedeutsamer durch Resolution 2535 (2020) weiterentwickelt – insbesondere für die Umsetzung der YPS-Agenda innerhalb des UN-Systems.

Jugendgesandte „the full, effective and meaningful participation of youth at all decision-making levels“ begünstigen, UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 20. Mit den Ergänzungen „meaningful“ und „all“ geht die Forderung damit weiter als die noch in Resolution 2419 (2018) verwendete Formulierung, vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 16.

¹³⁵ Die Pflicht des UN-Generalsekretärs, Informationen und Empfehlungen zu Themen mit Relevanz für junge Menschen im Kontext von bewaffnetem Konflikt in allen möglichen Berichtsformaten einzubeziehen, wird durch weniger Ermessensspielraum und weitere inhaltliche Aspekte ausgeweitet. Der UN-Generalsekretär soll dafür u. a. Daten erheben und Fortschritte bei der Implementierung der YPS-Agenda in seinen regulären Berichten an den UN-Sicherheitsrat berücksichtigen, vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 24. Hingegen wurde in Resolution 2419 (2018) die Pflicht zur Einbeziehung jugendspezifischer Aspekte abhängig von der Angemessenheit einer solchen Einbeziehung gestellt: „where appropriate, to consider including [...]“, UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 20. Außerdem geht in Resolution 2535 (2020) die Pflicht zur Berücksichtigung aller Aspekte mit Bedeutung für junge Menschen thematisch insgesamt weiter.

¹³⁶ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 26.

C. Rechtliche Würdigung der YPS-Agenda

Ausgehend von den dargelegten normativen Grundlagen, mit welchen der UN-Sicherheitsrat die YPS-Agenda innerhalb des UN-Systems verankerte, leitet sich aus bisherigen Entwicklungen eine besondere rechtliche Relevanz der Agenda ab.

Erstmals sollte der UN-Menschenrechtskommission bereits 1992 eine *Draft Charter on the Rights and Freedoms of Youth* vorgelegt werden; dies erfolgte jedoch nie und die Auseinandersetzung mit dem Thema fiel von der Agenda fiel.¹³⁷ Ein Expert:innentreffen zu Jugendrechten des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR) identifizierte 2013 erneut den Bedarf eines verbindlichen Rechtsinstruments, verwarf allerdings mangels Konsens zunächst weitere Bemühungen.¹³⁸ 2020 berichtete der UN-Generalsekretär: „More needs to be done to create an enabling environment for young people in which they are seen and respected as citizens with equal rights, equal voices and equal

¹³⁷ Der damalige Berichterstatter des Unterausschusses zur Prävention von Minderheitendiskriminierung wurde ursprünglich aufgefordert, eine solche Charta zu entwerfen. Sein Abschlussbericht enthielt ein Kapitel mit dem Titel „Charter on the Rights and Freedoms of Youth“, welches allerdings „only general remarks on the topic, but no draft international instrument on youth rights as first proposed in 1982 by several states from the South“ umfasste. Nachdem der Bericht diskutiert wurde, folgte keine weitere Handlung und das Thema wurde von der Tagesordnung der Sub-Commission genommen, vgl. *Angel*, ILSA Journal of International & Comparative Law 1997, S. 681 f.

¹³⁸ Vgl. OHCHR, Expert meeting on the human rights of youth, Executive summary and outcomes (18. September 2013), Ziff. 11, abrufbar unter: <https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Youth/ExecutiveSummary.pdf> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021]. Dort heißt es: „Many participants suggested that a binding legal instrument was needed to enable youth to fully realise their rights. They noted that such an instrument could be an important way forward to recognise youth as agents and rights holders, and could also empower the youth rights movement to pressure governments towards change through creating international standards.“

influence.“¹³⁹ So stellt sich die Frage, ob der UN-Sicherheitsrat durch die YPS-Agenda neben der allgemeinen Bestärkung junger Menschen auch eine Lücke für ihren Schutz und ihr Teilhaberecht in Friedensprozessen füllt.

I. Junge Menschen als Friedensakteur:innen mit Schutzanspruch

Das Sozialforum des UN-Menschenrechtsrats erkannte 2019, dass junge Menschen „rights holders and key actors in realizing human rights“ sind.¹⁴⁰ Dem verleiht die YPS-Agenda sowohl durch die Anerkennung ihres Beitrags zu Frieden als auch durch die Stärkung ihres Schutzes Nachdruck.

1. Vom Täter¹⁴¹ zur Chance – neues Narrativ der Jugend

Resolution 2250 (2015) kann dahingehend als Wendepunkt von der Stigmatisierung junger Menschen als Täter:innen zur Anerkennung ihrer Beiträge für Frieden betrachtet werden. Bis zum Jahr 2015 zog sich durch die Auseinandersetzung der UN mit dem Thema Jugend im Zusammenhang mit Frieden und Sicherheit eine dichotome Darstellung junger Menschen in Konflikten entweder als Opfer oder als Täter:innen;¹⁴² beziehungsweise junger Frauen als Opfer und junger Männer als Täter.¹⁴³ Junge Menschen seien besonders gewaltanfällig und die „subculture of youth violence“ stelle gar eine Bedrohung dar – so der UN-Generalsekretär 2004.¹⁴⁴ Die UN-Generalversammlung unternahm dementsprechend Maßnahmen zur Gewaltprävention¹⁴⁵ und Förderung einer Friedenskultur.¹⁴⁶

¹³⁹ YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1, Ziff. 14.

¹⁴⁰ UN-Menschenrechtsrat, Report of the 2019 Social Forum, UN-Dok. A/HRC/43/63 (10. Januar 2020), Ziff. 69.

¹⁴¹ In der Überschrift des Abschnitts wird bewusst auf die genderneutrale Form verzichtet, da insbesondere junge Männer als Täter stigmatisiert werden, vgl. *infra* Fn. 143.

¹⁴² Vgl. Girard, in: Bellal, Armed conflict in 2014, S. 572 f.; vgl. Özerdem/Podder, Youth in Conflict and Peacebuilding: Mobilization, Reintegration and Reconciliation, S. 7. Die Ergänzung des Weltaktionsprogramms 2007 beschreibt die Opfereigenschaft junger Menschen ausführlich: „Youth are often among the main victims of armed conflict. Children and youth are killed or maimed, made orphans, abducted, taken hostage, forcibly displaced, deprived of education and health care and left with deep emotional scars and trauma. [...] During conflict, health risks increase among youth, especially young women. Young women and girls face additional risks, in particular those of sexual violence and exploitation“, *supra* Fn. 22, Annex, Ziff. 44.

¹⁴³ Vgl. YPS-Studie (2018), *supra* Fn. 68, Ziff. 9; s. auch Birkenkötter et al., in: Weiß/Dörr, Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN): Geschichte, Organisation und politisches Wirken, 1952–2017, S. 189; Altiok/Simpson, A Brief Analysis of New UN Security Council Resolution 2535 on Youth, Peace and Security, S. 3; Altiok et al., in: Hampson/Özerdem/Kent, Routledge Handbook of Peace, Security, and Development, S. 438.

¹⁴⁴ UNSC, Report of the Secretary-General to the Security Council on the protection of civilians in armed conflict, UN-Dok. S/2004/431 (28. Mai 2004), Ziff. 31. Allerdings blieb es nur ein Mal bei dieser Überspitzung: Selbst den Ausdruck „youth violence“ verwendete der UN-Generalsekretär nur noch selten, bspw. in seinem Bericht zur Situation in

Guinea-Bissau 2009, vgl. UNSC, Report of the Secretary-General on developments in Guinea Bissau and on the activities of the United Nations Peacebuilding Support Office in that country, UN-Dok. S/2009/169 (31. März 2009), Ziff. 11.

¹⁴⁵ Verweise zur Jugend und Gewaltprävention finden sich zum Beispiel bei der Terrorismusbekämpfung, vgl. UNGA, Resolution 60/288, The United Nations Global Counter-Terrorism Strategy, UN-Dok. A/RES/60/288 (20. September 2006), Ziff. 6. Außerdem bei der Prävention von jugendlichen Straftaten, vgl. UNGA, Resolution 63/193, Preparations for the Twelfth United Nations Congress on Crime Prevention and Criminal Justice, UN-Dok. A/RES/63/193 (24. Februar 2009), Ziff. 5; UNGA, Resolution 65/312, Outcome document of the High-level Meeting of the General Assembly on Youth: Dialogue and Mutual Understanding, UN-Dok. A/RES/65/312 (25. August 2011), Ziff. 18; UNGA, Resolution 69/197, Strengthening the United Nations crime prevention and criminal justice programme, in particular its technical cooperation capacity, UN-Dok. A/RES/69/197 (2. Februar 2015), Präambel, Absatz 35.

¹⁴⁶ Die Motivation hierzu war es zunächst, im Sinne der UN-Charta die Völkerverständigung voranzutreiben. Dies wurde erstmals 1960 durch die Resolution „Measures designed to promote among Youth of the Ideals of Peace, Mutual Respect and Understanding between Peoples“ thematisiert, vgl. UNGA, Resolution 1572 (XV), Measures designed to promote among youth the ideals of peace, mutual respect and understanding between peoples, UN-Dok. A/RES/1572(XV) (18. Dezember 1960); UNGA, Resolution 1842 (XVII), Measures designed to promote among youth the ideals of peace, mutual respect and

Soziologisch betrachtet liegt diesem Verständnis die sogenannte *youth-bulge*-These zugrunde:¹⁴⁷ Demnach seien große junge Bevölkerungsanteile in einer Gesellschaft ursächlich für Instabilität und gewaltsame Konflikte und folglich als „Sicherheitsbedrohung“¹⁴⁸ zu bekämpfen. Diese „Versicherlichung der Jugend“¹⁴⁹ bedient das Stereotyp eines radikalierungsanfälligen jungen Manns.¹⁵⁰ Sie provozierte damit eine altersdiskriminierende „policy panic“¹⁵¹,

understanding between peoples, UN-Dok. A/RES/1842(XVII) (19. Dezember 1961); UNGA, Resolution 1965 (XVIII), Measures designed to promote among youth the ideals of peace, mutual respect and understanding between peoples, UN-Dok. A/RES/1965(XVIII) (13. Dezember 1962). Es folgte 1965 eine Erklärung zum Friedensideal, vgl. UNGA, Resolution 2037 (XX), Declaration on the Promotion among Youth of the Ideals of Peace, Mutual Respect and Understanding between Peoples, UN-Dok. A/RES/2037(XX) (7. Dezember 1965). Nachdem die Förderung einer Friedenskultur auch in der Ergänzung des Jugend-Weltaktionsprogramms aufgegriffen wurde, rief die UNGA für 2010 erneut das Internationale Jahr der Jugend aus und formulierte mit dem Motto „Dialogue and Mutual Understanding“ das Ziel, das Friedensideal unter jungen Menschen zu verbreiten, vgl. UNGA, Resolution 64/134, Proclamation of 2010 as the International Year of Youth: Dialogue and Mutual Understanding, UN-Dok. A/RES/64/134 (1. Februar 2010), Ziff. 1f; vgl. *supra* Fn. 22, Annex, Ziff. 46. Insgesamt verschob sich allerdings der Fokus auf die Prävention von Gewalt durch junge Menschen als potenzielle Bedrohung, vgl. UN-Generalversammlung/Wirtschafts- und Sozialrat, Report of the Secretary-General, World Youth Report 2005, UN-Dok. A/60/61-E/2005/7 (6. Dezember 2004), Ziff. 31, 33.

¹⁴⁷ Vgl. *Sukarieh/Tannock*, Third World Quarterly 2018, S. 857. Eine daraus häufig gezogene Konsequenz ist die Notwendigkeit der Schaffung wirtschaftlicher Perspektiven junger Menschen, vgl. *Kemper*, Berghof Report No. 10, 2005, S. 25 f. Für eine ausführliche Diskussion s. *Ganie*, in: Richmond/Visoka, The Palgrave Encyclopedia of Peace and Conflict Studies. Eine empirische Studie der Weltbank bestätigt diese These für den Zeitraum 1950–2000, s. *Urdal*, Social Development Papers 2004, S. 31. Andere hingegen zeichnen ein differenzierteres Bild, vgl. *Weber*, International Interactions 2019, S. 103 f. Für eine Kritik an der Fehlinterpretation der vermeintlichen Korrelation sowie mangelnder Berücksichtigung qualitativer Daten und alternativer Einflussfaktoren, vgl. YPS-Studie (2018), *supra* Fn. 68, Ziff. 11 f. Für eine feministische Kritik an der verzerrten theoretischen Grundlage der durch CIA-Funktionär Graham Fuller 1995 geprägten *youth-bulge*-These, s. *Pruitt*, International Affairs 2020, S. 711.

¹⁴⁸ *Altiok/Simpson*, A Brief Analysis of New UN Security Council Resolution 2535, S. 3; Siehe auch YPS-Studie (2018), *supra* Fn. 68, Ziff. 13.

¹⁴⁹ Für eine Diskussion des Begriffs, s. *Sukarieh/Tannock*, Third World Quarterly 2018, 855f.

¹⁵⁰ Vgl. YPS-Studie (2018), *supra* Fn. 68, Ziff. 51;

Özerdem/Podder, Youth in Conflict and Peacebuilding:

was sich insbesondere in den UN-Aktivitäten zur Extremismusprävention manifestiert.¹⁵²

Auch der UN-Sicherheitsrat bediente vor 2015 diese Annahme, indem er junge Menschen vorrangig als gewaltsame Akteur:innen behandelte,¹⁵³ deren Gewaltbereitschaft er durch die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken versuchte.¹⁵⁴ Dieses einseitige Narrativ verstärkt die Marginalisierung junger

Mobilization, Reintegration and Reconciliation, S. 7.

¹⁵¹ *Berents*, IPI Global Observatory, 07.10.2020. Für eine Darstellung der getroffenen Maßnahmen, vgl. YPS-Studie (2018), *supra* Fn. 68, Ziff. 11–18.

¹⁵² Vgl. u. a. UNSC, Resolution 1624 (2005), UN-Dok. S/RES/1624 (14. September 2005); UNSC, Resolution 2178 (2014), UN-Dok. S/RES/2178 (24. September 2014). Hierzu gehört auch die globale Strategie zur Extremismusbekämpfung mit ihrem Jugendbezug, vgl. UNGA, Resolution 60/288, The United Nations Global Counter-Terrorism Strategy, UN-Dok. S/RES/60/288 (20. September 2006), Annex, I., Ziff. 6. S. ebenso den Aktionsplan zur Extremismusprävention des UN-Generalsekretärs, UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Plan of Action to Prevent Violent Extremism, UN-Dok. A/70/674 (24. Dezember 2015), Ziff. 52.

¹⁵³ In Resolutionen zu Burundi wurde mehrfach die Notwendigkeit der Prävention der zahlreichen Gewaltakte junger Menschen aufgerufen, vgl. UNSC, Resolution 1902 (2009), UN-Dok. S/RES/1902 (17. Dezember 2009), Präambel; UNSC, Resolution 2090 (2013), UN-Dok. S/RES/2090 (13. Februar 2013), Ziff. 6; UNSC, Resolution 2137 (2014), UN-Dok. S/RES/2137 (13. Februar 2014), Ziff. 13. In einer Resolution zur Côte d'Ivoire wurden insbesondere die „disruptive street protests“ verschiedener Jugendgruppen verurteilt, vgl. UNSC, Resolution 1528 (2004), UN-Dok. S/RES/1528 (27. Februar 2004), Ziff. 12. Für Verweise auf die Gewaltbereitschaft unter jungen Menschen in Sierra Leone vgl. UNSC, Resolution 2005 (2011), UN-Dok. S/RES/2005 (14. September 2011), Präambel. Für die Empfehlung eines „violence reduction approach“ mit besonderem Fokus auf Jugend in Haiti vgl. UNSC, Resolution 2243 (2015), UN-Dok. S/RES/2243 (14. Oktober 2015), Ziff. 26.

¹⁵⁴ Zu Sierra Leone vgl. UNSC, Resolution 1886 (2009), UN-Dok. S/RES/1886 (15. September 2009), Ziff. 2; UNSC, Resolution 1941 (2010), UN-Dok. S/RES/1941 (29. September 2010), Ziff. 2 (iii); UNSC, Resolution 2005 (2011), UN-Dok. S/RES/2005 (14. September 2011), Ziff. 2 (iii); UNSC, Resolution 2065 (2012), UN-Dok. S/RES/2065 (12. September 2012), Ziff. 10; UNSC, Resolution 2097 (2013), UN-Dok. S/RES/2097 (26. März 2013), Ziff. 12. Zu Ost-Timor vgl. UNSC, Resolution 1704 (2006), UN-Dok. S/RES/1704 (25. August 2006), Präambel. Zu Sudan vgl. UNSC, Resolution 1997 (2011), UN-Dok. S/RES/1997 (8. Juli 2011), Präambel; UNSC, Resolution 2057 (2012), UN-Dok. S/RES/2057 (5. Juli 2012), Präambel; UNSC, Resolution 2109 (2013), UN-Dok. S/RES/2109 (11. Juli 2013), Präambel.

Menschen¹⁵⁵ und provozierte folglich ausführliche Kritik innerhalb des UN-Systems selbst.¹⁵⁶

Mit der YPS-Agenda geht ein Paradigmenwechsel betreffend die Stigmatisierung der Jugend einher: „Wir wollen junge Menschen zu einem positiven Element der Gesellschaft etablieren“, so der jordanische *Penholder* der Resolution 2250 (2015).¹⁵⁷ Der UN-Sicherheitsrat kehrt in den Folgeresolutionen 2419 (2018) und 2535 (2020) die Verantwortung für Gewalt junger

Menschen um: Zentrales Problem für dauerhaften Frieden sind ihre Marginalisierung, Exklusion¹⁵⁸ und Anstiftung¹⁵⁹ durch andere, nicht aber eine intrinsische Gewaltanfälligkeit.¹⁶⁰

Jungen Menschen spricht die YPS-Agenda stattdessen eine „essentielle“ bzw. „einzigartige Rolle“ für Frieden zu.¹⁶¹ Ihre positive Rolle für die Konfliktlösung und -prävention,¹⁶² humanitäre Hilfeleistung,¹⁶³ Friedenskonsolidierung,¹⁶⁴ generell nachhaltigen Frieden¹⁶⁵ und die Qualität

¹⁵⁵ Vgl. *Felice/Wisler*, *Journal of Peace, Conflict & Development* 2007, S. 27. Die Kritik liegt hierbei nicht darin, dass Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden soll, sondern in der Motivation dahinter. Dies trägt zum Verständnis junger Menschen als gewaltbereite Probleme bei, obschon die Maßnahme der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit etwa mit Blick auf die Maghreb-Staaten oder im Süden Europas zweifelsohne unabdingbar ist.

¹⁵⁶ Kritik wurde bspw. 2015 durch die Expert:innengruppe zur Überprüfung der Architektur der Friedenskonsolidierung in einem Bericht an die UNGA und den UNSC geübt. Ohne die Gefahr der Radikalisierung grundsätzlich zu verkennen, weist sie auf die überproportionale Stigmatisierung junger Menschen als Täter:innen hin: „[...] Without educational opportunities and with high youth unemployment, young people can be drawn into anti-social and sometimes violent activities. Too frequently, however, young people are depicted as only a challenge – or, worse, as a threat – to sustaining peace“, *supra* Fn. 40, Ziff. 48. Der UN-Menschenrechtsrat hat im Zusammenhang mit dem Recht auf politische Teilhabe ebenso zu Initiativen aufgerufen, die negativen Vorurteile gegenüber jungen Menschen abzubauen, vgl. Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018), *infra* Fn. 168, Ziff. 32. Der UN-Generalsekretär wies in seinem YPS-Bericht (2020) darauf hin, dass „[p]rotecting the human rights of young people requires also ensuring the responses to violent extremism do not stigmatize or instrumentalize youth [...]“, *supra* Fn. 1, Ziff. 34. Auch in einer thematischen Resolution zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen sah sich die UNGA genötigt, Mitgliedstaaten aufzufordern „to ensure that [...] youth [...] are portrayed in a positive and non-stereotypical roles“, UNGA, Resolution 69/147, Intensification of efforts to eliminate all forms of violence against women and girls, UN-Dok. A/RES/69/147 (5. Februar 2015), Ziff. 20 (p). Schließlich wird auch im wissenschaftlichen Diskurs Kritik am „risk-based approach which project young people as a potential threat“ geübt, da dieser Ansatz „alienates [young people], closes down their arenas of political participation, and inhibits their engagement in peacebuilding“, *Altiok/Simpson*, *A Brief Analysis of New UN Security Council Resolution 2535*, S. 2.

¹⁵⁷ UNSC, 7573rd meeting, Maintenance of international peace and security, UN-Dok. S/PV.7573 (9. Dezember 2015), S. 2 [eigene Übersetzung].

¹⁵⁸ Die „social, economic, political, cultural and religious exclusion“ wird in der Präambel von Resolution 2250 (2015) explizit als Problem identifiziert, UNSC, Resolution

2250 (2015). Die unabhängige YPS-Studie (2018) „The Missing Peace“ zu Jugend, Frieden und Sicherheit zeigt auf, dass viele junge Menschen weltweit Exklusion und mangelndes Vertrauen von politischen Institutionen in sie erfahren, vgl. *supra* Fn. 68, Ziff. 33 f.

¹⁵⁹ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 2, 2. Halbsatz, wo es heißt: „condemning hate speech and incitement to violence“. Folglich soll gemäß Ziffer 7 derselben Resolution zu Präventionszwecken die Resilienz junger Menschen gegen „terrorist recruitment“ gestärkt werden.

¹⁶⁰ So heißt es etwa in Resolution 2535 (2020), dass die *Marginalisierung* junger Menschen abträglich für langfristigen Frieden ist und nicht etwa deren *Radikalisierung*. Dies stellt deshalb eine wichtige Nuance für die Umkehrung der Verantwortung dar, weil häufig die Schuld und Ursache für ihre Radikalisierung bei jungen Menschen selbst gesucht wird anstatt bei den staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Machtstrukturen. Diese Auffassung wird in den Ziffern 10–13 von Resolution 2250 (2015) bestätigt, welche die Verantwortung von Mitgliedstaaten zur Prävention von Radikalisierung durch politische Inklusion und allgemeinen Chancen zur Teilhabe hervorhebt. Dies wird auch dadurch bekräftigt, dass der positive Beitrag junger Menschen zu langfristigem Frieden im neunten Absatz der Präambel von Resolution 2250 (2015) in Abhängigkeit zu „inclusive policies“ gestellt wird. Der UNSC erkennt darüber hinaus an, dass „Bildung, Beschäftigung, und Ausbildung“ in engem Zusammenhang mit der Prävention der Marginalisierung junger Menschen steht, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 10–13, 17 (a). Die Verantwortungsumkehr wird auch durch das Weglassen von Referenzen auf das Radikalisierungspotenzial junger Menschen impliziert – außer in den Ziffern 2 und 9 der Resolution 2419 (2018). Zumindest in Ziffer 2 wird jedoch die hinderliche Wirkung von Marginalisierung junger Menschen betont, vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 2, 9.

¹⁶¹ Vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 3, 10; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 10, 19.

¹⁶² Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Präambel, Absatz 8; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 3 und Präambel, Absatz 10; UNSC, Resolution 2535 (2020), Präambel, Absatz 7.

¹⁶³ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 10.

¹⁶⁴ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Präambel, Absatz 8; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 10, 15 und Präambel, Absätze 10 und 11; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 15 und Präambel, Absätze 7 und 15.

¹⁶⁵ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Präambel, Absätze 7 und 9; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 10, 15 und Präambel, Absatz 9; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 19

der Entscheidungen des UN-Sicherheitsrats¹⁶⁶ wird anerkannt. Damit ergänzt und vervollständigt der UN-Sicherheitsrat die frühe Überzeugung der Menschenrechtskommission von 1982, dass junge Menschen bedeutsam für die Förderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihres Landes seien,¹⁶⁷ um den Beitrag junger Menschen für Frieden.

Die YPS-Agenda schafft, was laut UN-Menschenrechtsrat auch für effektive Partizipation eine wichtige Voraussetzung ist: Sie hinterfragt negative Annahmen über die Fähigkeiten junger Menschen.¹⁶⁸ Seit Resolution 2250 (2015) ist eine Umkehrung des Narratives im UN-System zu verzeichnen.¹⁶⁹ Der UN-Generalsekretär fasst dies in einer Aufforderung in seinem ersten YPS-Bericht 2020 treffend zusammen: „[H]arness young women and men as agents of change.“¹⁷⁰

2. Schutzanspruch junger Menschen

Einen menschenrechtlichen Schutzanspruch gegenüber Staaten hat auch jeder *junge Mensch*.¹⁷¹ Ihr Schutz soll in der YPS-Agenda auf drei Arten erreicht werden: Erstens durch den unmittelbaren Schutz junger Menschen,¹⁷² zweitens durch ihren mittelbaren Schutz, u. a. durch ein „inklusive, sicheres, förderliches und geschlechtergerechtes Umfeld“¹⁷³, sichere zivilgesellschaftliche und politische Räume¹⁷⁴ sowie den Zugang zur Justiz,¹⁷⁵ und drittens durch die Strafverfolgung von Gewaltakten gegen junge Menschen.¹⁷⁶

Die Hervorhebungen des direkten Schutzanspruchs junger Menschen in den Resolutionen setzen keinen neuen rechtlichen Schutzstandard, haben sie doch als Zivilist:innen im Rahmen der referenzierten völkerrechtlichen Quellen einen vollumfänglichen Schutzanspruch. Der Mehrwert dieser Hervorhebung liegt folglich vorrangig in der Betonung der Gültigkeit und Anwendbarkeit der staatlichen Schutzpflichten *auch* für junge Menschen. Notwendig

und Präambel, Absatz 7. Darüber hinaus basiere die Resolution 2535 stark auf der Annahme, dass die Einbeziehung junger Menschen einen Nutzen für alle Teile der Gesellschaft darstelle, vgl. *Altiok/Simpson*, A Brief Analysis of New UN Security Council Resolution 2535, S. 2.

¹⁶⁶ Der UNSC zielt hier durch den direkten Austausch mit jungen Menschen auf den Mehrwert ihrer einzigartigen Perspektive ab, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 23; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 4; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 14, 15, 18.

¹⁶⁷ Vgl. UN-Menschenrechtskommission, Resolution 1982/36, Report of the Thirty-eighth Session, Economic and Social Council, Official Records 1982, Supplement No. 2, UN-Dok. E/CN.4/1982/30 (11. März 1982), Ziff. 1.

¹⁶⁸ Vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Draft Guidelines for States on the effective implementation of the right to participate in public affairs, UN-Dok. A/HRC/39/28 (20. Juli 2018) [Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018)], Ziff. 32.

¹⁶⁹ Beispielsweise empfahl der UN-Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen der Staatengemeinschaft im UN-Menschenrechtsrat 2018 „[to] value the contribution of youth peacebuilders and young civil society actors“, *supra* Fn. 115, Ziff. 8. Die Expert:innengruppe zur Architektur der Friedenskonsolidierung forderte 2016, „the potential of young people as agents of positive change“ anzuerkennen,

supra Fn. 40, Ziff. 48.

¹⁷⁰ YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1, Ziff. 34.

¹⁷¹ Vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Youth and human rights, UN-Dok. A/HRC/39/33 (28. Juni 2018), Ziff. 16. Ungeachtet der Diskussion der Reichweite einer partiellen Völkerrechtssubjektivität von Individuen umfasst diese Jugendliche wie Erwachsene gleichermaßen, vgl. *Peters*, in: Grimm/Kemmerer/Möllers, Rechtswege, S. 64.

¹⁷² Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 4, 5, 7–9; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 5, 7, 8, 10, 11; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 2–5.

¹⁷³ *Ebd.*, Ziff. 5 [eigene Übersetzung].

¹⁷⁴ Vgl. *ebd.*, Ziff. 2.

¹⁷⁵ Vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 11; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 2. Geschützte Bedingungen für junge Friedensaktivist:innen forderte auch der UN-Menschenrechtsrat, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Resolution 33/22, Equal participation in political and public affairs, UN-Dok. A/HRC/RES/33/22 (6. Oktober 2016), Ziff. 6 (j).

¹⁷⁶ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 6; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 6. In Resolution 2535 (2020) heißt es zusätzlich, dass Staaten „hate speech and incitement to violence“ verurteilen sollen (Ziff. 2) und „to investigate thoroughly and impartially threats, harassment, and violence against [youth], to ensure that perpetrators be brought to justice“ (Ziff. 5), vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 2, 5.

erscheint dem UN-Sicherheitsrat dies nicht nur aufgrund der überproportionalen Betroffenheit junger Menschen von Konflikten, sondern auch aufgrund ihres mangelnden effektiven Schutzes.¹⁷⁷

Obschon die besonderen Schutzgarantien der UN-Kinderrechtskonvention (1989)¹⁷⁸ [UN-KRK] keinen Schutz junger Menschen über 18 vorsehen (vgl. Art. 1 UN-KRK),¹⁷⁹ handelt es sich bei ihrem mangelnden Schutz nicht *de jure* um eine Regelungslücke des universellen Völkerrechts; indes suggerieren regionale Rechtsinstrumente Gegenteiliges. Für eine Regelungslücke sprechen dabei bestehende regionale Rechtsinstrumente für Jugendrechte: Sowohl die Afrikanische Jugendcharta (2006) als auch die Iberoamerikanische Konvention über Jugendrechte (2005) erkennen die Notwendigkeit gesonderter Menschenrechte für junge Menschen an.¹⁸⁰ Es ist allerdings ein Fehlschluss, dass der 90-prozentige Anteil junger Männer an Kriegsoptionen die Frage aufwerfe, ob der bestehende Rechtsrahmen des humanitären Völkerrechts zu deren Schutz geeignet ist und ob dessen Befolgung ausreicht.¹⁸¹ Der umfängliche rechtliche Schutz der Genfer Konventionen und Zusatzprotokolle wird nicht durch mangelnden *de facto* Schutz von Zivilist:innen aufgehoben.

¹⁷⁷ Einerseits erkennt der UNSC in der Präambel von Resolution 2250 (2015) an, dass „young people often form the majority of the population of countries affected by armed conflict“, andererseits verleiht er seiner Besorgnis Ausdruck, dass „among civilians, youth account for many of those adversely affected by armed conflict, including as refugees and internally displaced persons“, UNSC, Resolution 2250 (2015), Präambel. Der UNSC hatte auch vor 2015 vereinzelt den Schutz junger Menschen gefordert, z.B. in Resolutionen zu Sierra Leone, vgl. UNSC, Resolution 1620 (2005), UN-Dok. S/RES/1620 (31. August 2005), Ziff. 1 (a) (viii). Zu Irak, vgl. UNSC, Resolution 2061 (2012), UN-Dok. S/RES/2061 (25. Juli 2012), Präambel; UNSC, Resolution 2110 (2013), UN-Dok. S/RES/2110 (24. Juli 2013), Präambel; UNSC, Resolution 2169 (2014), UN-Dok. S/RES/2169 (30. Juli 2014), Präambel; UNSC, Resolution 2233 (2015), UN-Dok. S/RES/2233 (29. Juli 2015), Präambel.

¹⁷⁸ *Supra* Fn. 4.

¹⁷⁹ Auch der UN-Generalsekretär stellte 2004 in seinem Jugendbericht fest, dass sich der Schutz der UN-KRK nicht auf Jugendliche über 18 Jahren erstreckt und dass die UN-KRK sich nicht positiv auf den Schutz junger Menschen ausgewirkt hat, vgl. UN-Generalversammlung/Wirtschafts- und Sozialrat, Report of the Secretary-General, World

Diese Argumentation nimmt fälschlicherweise den Fokus von der fehlenden Rechtseinholung bzw. -durchsetzung und schwächt die Stellung des bestehenden Völkerrechts.

Vielmehr stellt sich die Frage, ob Staaten *fit for the purpose* sind, ihre völkerrechtlichen Pflichten ernst zu nehmen. Ähnlich argumentierte ein Forum des UN-Menschenrechtsrats 2017, wonach nicht ein lückenhafter Menschenrechtskanon, sondern mangelnde Implementierung und Überwachung den Kern des Problems darstellen.¹⁸² Entsprechend konstatierte die YPS-Studie (2018) eine Lücke in der Verwirklichung der Rechte, eine „rights realization gap“:

*From a human rights perspective, youth occupy a grey area between the rights and protections afforded to children and the rights and political entitlements that they should – but often do not – enjoy as young adults.*¹⁸³

Diese *de facto* Schutzlücke wird mit drei in diesem Zusammenhang besonders relevanten Menschenrechten deutlich: Das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 19 (2) Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte

Youth Report 2005, UN-Dok. A/60/61–E/2005/7 (6. Dezember 2004), Ziff. 27 f. Zur Problematik der Altersgrenze bei Kindersoldat:innen im Rahmen von Art. 1 UN-KRK (1989) und die besondere Gefährdung besonders junger Menschen durch Rekrutierung und Kampfhandlungen, s. *Schorlemer*, Kindersoldaten und bewaffneter Konflikt.¹⁸⁰ Vgl. African Union, African Youth Charter, adopted by the seventh ordinary session of the Assembly, Banjul, Gambia (2. Juli 2016), abrufbar unter: https://au.int/sites/default/files/treaties/7789-treaty-0033_-_african_youth_charter_e.pdf [letzter Zugriff: 16. Mai 2021]; Organization of Iberoamerican States, Iberoamerican Convention on Rights of Youth, adopted in Badajoz, Spain (11. Oktober 2005), in Kraft getreten: 1 March 2008, abrufbar unter: <https://www.refworld.org/pdfid/4b28eefe2.pdf> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].

¹⁸¹ Für das Argument vgl. *Hettihewa*, Völkerrechtsblog, 17.08.2020.

¹⁸² Vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Summary of the panel discussion on youth and human rights, UN-Dok. A/HRC/35/7 (30. März 2017), Ziff. 35.

¹⁸³ YPS-Studie (2018), *supra* Fn. 68, Ziff. 7.

(1966)¹⁸⁴ [IPbPR]), die Versammlungsfreiheit (Art. 21 IPbPR) sowie die Vereinigungsfreiheit (Art. 22 IPbPR) junger Menschen werden häufig eingeschränkt. Wenn sie sich politisch engagieren, müssen sie gewaltsame Repressalien gegen friedliche Proteste fürchten und werden Opfer von Polizeigewalt – 2021 u. a. in Belarus, Hong Kong, Nigeria und Myanmar.¹⁸⁵ Entsprechend groß ist die Bedeutung der in der Praxis des UN-Sicherheitsrats gänzlich neuen Forderung,¹⁸⁶ „civic and political space“ zu schützen.¹⁸⁷

Der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt in den YPS-Resolutionen geht sogar weiter als jener der WPS-Agenda.¹⁸⁸

¹⁸⁴ United Nations Treaty Collection, International Covenant on Civil and Political Rights (16. Dezember 1966), UNTS Vol. 999, S. 171.

¹⁸⁵ Für eine ausführlichere Beschreibung der Verletzung der Rechte junger Menschen siehe die gemeinsame Stellungnahme zu den gewalttätigen Eskalationen bei jugendgeführten Protesten in aller Welt vom 20. Oktober 2020 durch die Jugendgesandte des UN-Generalsekretärs und die Sonderberichterstatter:innen für die Förderung und den Schutz der Meinungs- und Ausdrucksfreiheit, für das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit sowie für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen, s. United Nations, Office of the Secretary-General's Envoy on Youth, Joint Statement on Recent Violent Escalations During Youth-led Protests around the World (30. Oktober 2020), abrufbar unter: <https://www.un.org/youthenvoy/2020/10/joint-statement-on-recent-violent-escalations-during-youth-led-protests-around-the-world/> [letzter Zugriff: 19. April 2021]. Für Verurteilung der Polizeigewalt in Nigeria gegen junge Menschen durch die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, s. United Nations, OHCHR, Nigeria: Bachelet condemns army killings, calls for „root and branch“ reform of the security forces (21. Oktober 2020), abrufbar unter: <https://www.ohchr.org/SP/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26405&LangID=E> [letzter Zugriff: 19. April 2021]. Für eine ausführliche Berichterstattung über die Beiträge junger Aktivist:innen im Einsatz gegen staatliche Repression in Asien, s. Amnesty International, New generation of young activists lead fight against worsening repression in Asia (30. Januar 2020), abrufbar unter: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/01/new-generation-young-activists-lead-fight-worsening-repression-asia/> [letzter Zugriff: 19. April 2021]. Auch die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte hat die besonderen Bedrohungen, Attacken und Einschränkungen auf die Bewegungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Demonstrationsfreiheit in verschiedenen Ländern ausführlich dokumentiert und kritisiert, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the Secretary-General, Cooperation with the United Nations, its representatives and mechanisms in the field of human rights,

Insgesamt stärkt die YPS-Agenda junge Menschen dediziert als Rechtsträger:innen und in ihrer politischen Akteursqualität, indem sie eindringlich an ihren scheinbar vergessenen rechtlichen Schutzanspruch erinnert.

UN-Dok. A/HRC/42/30 (9. September 2019). Darüber hinaus hat sie die Diskriminierungen und Herausforderungen junger Menschen hinsichtlich der Verwirklichung ihrer bürgerlichen, politischen, sozialen, ökonomischen wie kulturellen Rechten dokumentiert, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Youth and human rights, UN-Dok. A/HRC/39/33 (28. Juni 2018), Ziff. 31–63.

¹⁸⁶ Dies ergab die eigene Volltextsuche dieser Formulierung in den Resolutionen des UNSC durch die UN *Digital Library*. Diese Referenz ist ein „arguably precedent setting in bridging the human rights and peace and security pillars of the UN“, *Altiok/Simpson*, A Brief Analysis of New UN Security Council Resolution 2535, S. 4.

¹⁸⁷ UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 2. Diese Forderung verdeutlicht, wie eng Schutz und Möglichkeiten zur Partizipation zusammenhängen, indem sie zugleich zwei Aspekte abdeckt. Einerseits nämlich den Schutz von Jugendlichen vor Gewalt und Repression, also die staatliche Schutzpflicht (*duty to protect*), und andererseits das (Schaffen und) Schützen von Räumen an sich, also eine Pflicht, die Wahrnehmung von Rechten zu ermöglichen (*duty to guarantee*). Forderungen nach geschützten Räumen zielen dabei grundsätzlich auf Partizipationsmöglichkeiten ab, wie beispielhaft die Forderung des 10. Jugendforums der UNESCO verdeutlicht: „Create space for dialogue between youth and policy-makers“, UNESCO, Generalkonferenz, Conclusions of the Youth Forum „Youth engaging with UNESCO“, UNESCO-Dok. 39 C/19 (31. Oktober 2017), S. 3. Die 2017 lancierte Youth Space Initiative der UNESCO mit dem Ziel einer „nachhaltigen Plattform für Jugendbeteiligung“ wird allerdings nur bezogen auf wenige lokale Projekte für 2018 und 2019 beiläufig erwähnt und verfehlt damit wohl ihre Wirkung, z. B. zu einem Projekt in Curacao, vgl. UNESCO, National Commissions for UNESCO, Annual Report 2019, UNESCO-Dok. PAX-2020/WS/2 (2020), S. 142, abrufbar unter: <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000373753?posInSet=5&queryId=33ee92cd-7a00-4725-8b32-679edb1aa8fb> [letzter Zugriff 25. November 2021].

¹⁸⁸ *Heathcote*, in: *Heathcote*, The Oxford Handbook of the International Law of Global Security, S. 88 f.

II. Das UN-Sicherheitsratsverständnis von Jugendpartizipation im Kontext des Rechts auf politische Partizipation

Das Schwerpunktthema¹⁸⁹ der YPS-Agenda ist die Beteiligung junger Menschen an Konfliktlösung und -prävention, sowie an Friedenskonsolidierung und der Gestaltung langfristigen Friedens. Im Folgenden wird aufgezeigt und geprüft, welches Recht auf politische Partizipation jungen Menschen in Friedensprozessen völkerrechtlich zusteht, welche Systematik zur Partizipation die YPS-Agenda entwickelt und ob es sich damit um eine Weiterentwicklung des Rechts auf politische Partizipation handelt.

¹⁸⁹ Dies bestätigt auch die Analyse der UNSC-Praxis nach 2015, vgl. Teil D. I. 4.

¹⁹⁰ Im Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018) konstatiert der UN-Menschenrechtsrat: „Participation enables the advancement of all human rights. It plays a crucial role in the promotion of democracy, the rule of law, social inclusion and economic development [and] for reducing inequalities and social conflict“, *supra* Fn. 168, Ziff. 1. Umgekehrt erkennt er an, dass ein „lack of participation and opportunity has adverse consequences for communities and societies“, UN-Menschenrechtsrat, Resolution 41/13, Youth and Human Rights, UN-Dok. A/HRC/RES/41/13 (19. Juli 2019), Präambel, Absatz 14.

¹⁹¹ UNGA, Resolution 217 A (III), Universal Declaration of Human Rights (10. Dezember 1948). Aufgrund unzureichender universeller staatlicher Praxis ist mindestens umstritten, ob diese vollumfänglich auch völkergewohnheitsrechtlich gilt, vgl. *Hannum*, *Georgia Journal of International & Comparative Law* 1996, S. 348. Auf eine weitere Diskussion der völkergewohnheitsrechtlichen Geltung wird an dieser Stelle verzichtet, da zumindest der IPbPR das Recht auf politische Partizipation vertraglich kodifiziert.

¹⁹² Mit der freien Verwendung des Ausdrucks „Recht auf politische Partizipation“ soll hier keine Einschränkung des Umfangs der „öffentlichen Angelegenheiten“ vorgenommen werden, die dem UN-Menschenrechtsausschuss zufolge alle Aspekte öffentlicher Verwaltung und Politik umfassen, vgl. *infra* Fn. 200.

¹⁹³ UN-Menschenrechtsrat, Resolution 33/22, Equal participation in political and public affairs, UN-Dok.

1. Das Recht auf politische Partizipation junger Menschen

Die Bedeutung politischer Partizipation für gesellschaftlichen Frieden ist durch den UN-Menschenrechtsrat anerkannt.¹⁹⁰ Inwiefern die Partizipation junger Menschen in Friedensprozessen menschenrechtlich geboten ist, wird im Folgenden analysiert.

Jede:r Bürger:in hat gemäß Art. 25 IPbPR und Art. 21 der Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte (1948)¹⁹¹ [AEMR] das Recht, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen sowie zu wählen und gewählt zu werden (im Folgenden: Recht auf politische Partizipation).¹⁹² Laut UN-Menschenrechtsausschuss haben Staaten demnach die Pflicht, die „volle, effektive und gleichberechtigte Beteiligung *aller* Bürger:innen zu gewährleisten“.¹⁹³ Weitere autoritative, nicht-verbindliche Quellen spezifizieren das Recht auf politische Partizipation,¹⁹⁴ insbesondere die *Draft Guidelines for States on the Effective Implementation of the Right to*

A/HRC/RES/33/22 (6. Oktober 2016), Ziff. 6 (Hervorhebung durch den Autor) [eigene Übersetzung].

¹⁹⁴ In Art. 8 (1) der UN-Erklärung zu Menschenrechtsverteidiger:innen heißt es: „Everyone has the right, individually and in association with others, to have effective access, on a nondiscriminatory basis, to participation in the government of his or her country and in the conduct of public affairs“, UNGA, Resolution 53/144, Declaration on the Right and Responsibility of Individuals, Groups and Organs of Society to Promote and Protect Universally Recognized Human Rights and Fundamental Freedoms, UN-Dok. A/RES/53/144 (8. März 1999), Rn. 8 (1). Das OHCHR spezifiziert, dass „[e]ffective participation includes the right of civil society actors to have their views incorporated within legislative and policymaking processes and to freely voice criticism or to submit proposals to improve the functioning of public authorities“, UN-Menschenrechtsrat, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Factors that impede equal political participation and steps to overcome those challenges, UN-Dok. A/HRC/27/29 (30. Juni 2014), Rn. 87. Ähnlich lautet die Empfehlung der UN-Sondergesandten für die Situation von Menschenrechtsverteidiger:innen in ihrem Bericht zu Armenien, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights defenders, Mission to Armenia, UN-Dok. A/HRC/16/44/Add.2 (23. Dezember 2010), Ziff. 2.

Participate in Public Affairs des UN-Menschenrechtsrats (Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation),¹⁹⁵ sowie regionale Menschenrechtsverträge.¹⁹⁶ Die UN-KRK kodifiziert zwar in Art. 12 das Recht auf Berücksichtigung der Meinung, ist jedoch nach der Altersdefinition des UN-Sicherheitsrats nicht gleichermaßen auf Jugendliche anwendbar.¹⁹⁷

Fraglich ist, ob das Recht auf politische Partizipation die Jugendpartizipation in Friedensprozessen einschließt. Die „Teilnahme“ an öffentlichen Angelegenheiten umfasst einerseits direkte bzw. formelle und andererseits informellere Partizipation.¹⁹⁸ Die Wahrnehmung informeller Partizipationsmöglichkeiten hängt

eng mit der Gewährleistung der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zusammen.¹⁹⁹

Laut UN-Menschenrechtsausschuss handelt es sich bei „öffentlichen Angelegenheiten“ um ein „breites Konzept, das sich auf die Ausübung politischer Macht bezieht“ und alle Aspekte öffentlicher Verwaltung und Politik umfasst.²⁰⁰ Auch dem OHCHR zufolge sollen vom Recht auf politische Partizipation „alle Angelegenheiten von öffentlichem Interesse“²⁰¹ abgedeckt sein, insbesondere solche, welche die Rechte von Bürger:innen betreffen.²⁰² Diese Betroffenheit kann insbesondere nach Konflikten für die ganze Bevölkerung vorliegen,²⁰³ beispielsweise bei einer

¹⁹⁵ Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018), *supra* Fn. 168. Der vom OHCHR vorgelegte Entwurf wurde durch den UN-Menschenrechtsrat in Auftrag gegeben und den Mitgliedstaaten als Orientierung empfohlen, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Resolution 39/11, Equal participation in political and public affairs, UN-Dok. A/HRC/RES/39/11 (5. Oktober 2018), Ziff. 1.

¹⁹⁶ Vgl. African Youth Charter, *supra* Fn. 180, Art. 11; Ibero-American Convention on Rights of Youth, *supra* Fn. 180, Art. 21; American Convention on Human Rights (27. August 1979), UNTS Vol. 1144, S. 123, Art. 23 (1) (a).

¹⁹⁷ Vgl. *supra* Fn. 4. Dies ist insofern inkonsistent, als dass der UN-Kinderrechtsausschuss die Kinderrechte dezidiert auch Menschen in der Adoleszenz zuspricht, während er selbst argumentiert, dass es sich hierbei um eine Übergangsphase handelt, die über das 18. Lebensjahr hinausgehen kann, vgl. *supra* Fn. 6 und 179. Folglich kritisierte die Hochkommissarin für Menschenrechte in ihrem Bericht zu Jugend und Menschenrechten im Jahr 2018: „[T]he establishment of age limits and minimum ages in legislation can lead to inconsistencies and restrictions resulting from the use of different thresholds and may restrict certain rights while not offering enough protection of others. [...] [A]ge limits are employed as a mechanism to discriminate against young people, for example in employment, legal capacity and voting“, UN-Menschenrechtsrat, Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Youth and human rights, UN-Dok. A/HRC/39/33 (28. Juni 2018), Ziff. 31.

¹⁹⁸ Für formelle Partizipation, vgl. UN-Menschenrechtsausschuss, General Comment No. 25 (1996), *infra* Fn. 200, Ziff. 6. Informelle Partizipation beschrieb der UN-Menschenrechtsausschuss als Möglichkeit, öffentlichen Druck auszuüben, nämlich „by exerting influence through public debate and dialogue with their representatives or through their capacity to organize themselves“, UN-Menschenrechtsausschuss, Communication No. 1354/2005, *Sudalenko v. Belarus*, Views of the Human Rights Committee under article 5, paragraph 4, of the Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights, UN-Dok. CCPR/C/100/D/1354/2005 (1. November 2010), Annex, Rn. 6.4.

¹⁹⁹ Dies bestätigten sowohl der UN-Menschenrechtsausschuss als auch der UN-Menschenrechtsrat, vgl. UN-Menschenrechtsausschuss, General Comment No. 25 (1996), *infra* Fn. 200, Ziff. 8 und 25; UN-Menschenrechtsrat, Resolution 33/22, Equal participation in political and public affairs, UN-Dok. A/HRC/RES/33/22 (6. Oktober 2016), Ziff. 6 (i).

²⁰⁰ UN-Menschenrechtsausschuss, General Comment No. 25, adopted by the Human Rights Committee under Article 40, Paragraph 4, of the International Covenant on Civil and Political Rights, UN-Dok. CCPR/C-21/Rev.1/Add.7 (27. August 1996), Annex V, Ziff. 5 [eigene Übersetzung].

²⁰¹ UN-Menschenrechtsrat, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Factors that impede equal political participation and steps to overcome those challenges, UN-Dok. A/HRC/27/29 (30. Juni 2014), Rn. 89 (Hervorhebung durch den Autor) [eigene Übersetzung].

²⁰² UN-Menschenrechtsrat, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Promotion, protection and implementation of the right to participate in public affairs in the context of the existing human rights law: best practices, experiences, challenges and ways to overcome them, UN-Dok. A/HRC/30/26 (23. Juli 2015), Rn. 72. Der UN-Kinderrechtsausschuss legt in seiner Allgemeinen Bemerkung Nr. 12 (2009) das Konzept „all matters affecting the child“ weit aus, insbesondere über „issues not explicitly mentioned in the Convention“ hinaus, vgl. UN-Kinderrechtsausschuss, General Comment No. 12 (2009), The right of the child to be heard, UN-Dok. CRC/C/GC/12 (29. Juli 2009), Ziff. 26 f.

²⁰³ So lautet die Empfehlung des UN-Menschenrechtsrats: „When decisions have countrywide or very widespread impact, for example during constitution-making and reform processes, everyone should be identified as potentially affected“, vgl. Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018), *supra* Fn. 168, Ziff. 66. Dies kann sowohl bspw. bei Maßnahmen, die den Ausbruch eines Konflikts verhindern sollen, als auch bei der Friedenskonsolidierung nach einem Konflikt relevant sein.

Verfassungsgebung.²⁰⁴ Vorbehaltlich der Schwierigkeiten der Anwendbarkeit der Menschenrechte im bewaffneten Konflikt erstreckt sich das Recht auf politische Partizipation auf alle Phasen von Friedensprozessen.²⁰⁵ Gleichermaßen erstreckt es sich dem UN-Menschenrechtsausschuss zufolge auf internationale Entscheidungsprozesse,²⁰⁶ und schließt damit potenziell auch zwischenstaatliche Aushandlungen von Friedensabkommen ein.²⁰⁷

Die Unterrepräsentation junger Menschen in politischen Prozessen wird durch den UN-Menschenrechtsrat, die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte und den UN-Menschenrechtsausschuss anerkannt²⁰⁸ und kritisiert²⁰⁹. Rechtliche Barrieren für formelle Teilhabe, etwa aktives und passives Wahlalter über 18, stellen eine Verletzung des Rechts auf politische Partizipation dar.²¹⁰ Insbesondere zur verbesserten Jugendpartizipation in Friedensprozessen gibt

²⁰⁴ Vgl. Berghof Foundation/UN DPPA, *Constitutions and Peace Processes: A Primer*, 2020.

²⁰⁵ Vgl. z. B. *Lubell*, *International Review of the Red Cross* 2005, 737. Diese Arbeit verzichtet auf eine Diskussion über das Spannungsfeld von Menschenrechten im bewaffneten Konflikt.

²⁰⁶ Vgl. UN-Menschenrechtsausschuss, General Comment No. 25 (1996), *supra* Fn. 200, Rn. 5; vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Factors that impede equal political participation and steps to overcome those challenges, UN-Dok. A/HRC/27/29 (30. Juni 2014), Rn. 89. Dies ist auch damit begründbar, dass notwendigerweise Maßnahmen der internationalen Politik mit Auswirkungen auf die nationale Bevölkerung als „any policy, programme or strategy that affects their rights“ zu subsumieren ist, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Promotion, protection and implementation of the right to participate in public affairs in the context of the existing human rights law: best practices, experiences, challenges and ways to overcome them, UN-Dok. A/HRC/30/26 (23. Juli 2015), Rn. 72. Die Einbeziehung von Jugenddelegierten durch regelmäßig ca. 35 Mitgliedstaaten in ihre Delegationen zur UNGA kann als – durchaus effektive – Form der Jugendpartizipation in internationalen Entscheidungsprozessen gewertet werden, vgl. *Kuhn*, *Völkerrechtsblog*, 15.04.2020. Für eine kritischere Auseinandersetzung mit Jugendpartizipation, s. *Kwon*, *Journal of Youth Studies* 2019, S. 926 ff.

²⁰⁷ So auch die Schlussfolgerung für internationale Klimaverhandlungen, vgl. *Castillo-Winckels*, *Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review* 2020, S. 363 f. Der UN-Menschenrechtsrat sieht darin den Vorteil, dass „those who participate at the supranational level often bring local and national concerns to the attention of the international community, thus connecting the international and local levels, vgl. Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018), *supra* Fn. 168, Rn. 97.

²⁰⁸ Vgl. UN-Menschenrechtsrat, Resolution 41/13, Youth and Human Rights, UN-Dok. A/HRC/RES/41/13 (19. Juli 2019), Ziff. 4; UN-Menschenrechtsrat, Resolution 35/14, Youth and Human Rights, UN-Dok. A/HRC/RES/35/14 (18. Juli 2017), Ziff. 2; UN-Menschenrechtsrat, Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Youth and human rights, UN-Dok. A/HRC/39/33 (28. Juni 2018), Ziff. 33. Auch im Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018) wird das Al-

ter als ein mögliches Diskriminierungsmerkmal berücksichtigt, vgl. *supra* Fn. 168, Ziff. 20 (c). Dass es sich hierbei offenkundig um eine progressive Entwicklung handelt, verdeutlicht beispielsweise eine Resolution zu „equal participation in political and public affairs“ von 2016, in der junge Menschen keine Erwähnung fanden, andere gesellschaftliche Gruppen hingegen schon. Allenfalls indirekt ließe sich Jugend hier unter „marginalized groups“ oder „minorities“ subsumieren, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Resolution 33/22, Equal participation in political and public affairs, UN-Dok. A/HRC/RES/33/22 (6. Oktober 2016), Ziff. 2, 6 (e). Dagegen spricht jedoch, dass die Resolution bei der ausführlichen Aufzählung möglicher Diskriminierungsursachen das Alter nicht aufführt, vgl. *ebd.*, Ziff. 6 (c).

²⁰⁹ Der UN-Menschenrechtsrat forderte sogar zur Berücksichtigung der Verwirklichung des Rechts auf politische Partizipation junger Menschen im Universal Periodic Review Verfahren auf, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Resolution 35/14, Youth and Human Rights, UN-Dok. A/HRC/RES/35/14 (18. Juli 2017), Ziff. 4; UN-Menschenrechtsrat, Resolution 41/13, Youth and Human Rights, UN-Dok. A/HRC/RES/41/13 (19. Juli 2019), Ziff. 10. Darüber hinaus kritisierte der UN-Menschenrechtsausschuss bspw. 2015 eine Entscheidung des finnischen Oberverwaltungsgerichts dafür, dass „[t]he likely effect of the Court’s decisions will be to counter the trend of relatively young Sami women gradually becoming more prominent in the composition of the Parliament and its leadership positions“, UN-Menschenrechtsausschuss, Communication No. 2668/2015, *Sanila-Aikio v. Finland*, Decision adopted by the Committee under article 5 (4) of the Optional Protocol, UN-Dok. CCPR/C/119/D/2668/2015 (16. Oktober 2018), Rn. 3.5. Er kritisierte in diesem Zusammenhang auch die Untergrabung der „leadership demonstrated by young Sami women“, UN-Menschenrechtsausschuss, Communication No. 2668/2015, *Sanila-Aikio v. Finland*, Views adopted by the Committee under article 5 (4) of the Optional Protocol, UN-Dok. CCPR/C/124/D/2668/2015 (20. März 2019), Rn. 5.8.

²¹⁰ Das Recht auf Partizipation darf nicht aufgrund des Alters diskriminiert werden. 18 Jahre stellen hingegen eine geeignete Altersgrenze dar, weil die UN-KRK bis dahin durch Art. 12 ein gesondertes Recht auf Partizipation von Kindern garantiert. Liegt das aktive Wahlalter jedoch etwa bei 21, werden Menschen zwischen 18 und 21 Jahren in ihrem Recht auf politische Partizipation diskriminiert, ohne dass dies rechtlich zu rechtfertigen wäre. Entsprechend lautet eine häufige Empfehlung, das Wahlalter abzusen-

es explizite Forderungen durch den UN-Menschenrechtsrat,²¹¹ die UN-Generalversammlung²¹² und den UN-Generalsekretär²¹³. Im Folgenden wird geprüft, inwiefern die YPS-Agenda eine Weiterentwicklung für das Recht auf politische Partizipation junger Menschen darstellen kann.

2. Prüfung der Weiterentwicklung des Rechts auf politische Partizipation durch die YPS-Agenda

Mit der YPS-Agenda erkennt der UN-Sicherheitsrat zum ersten Mal die strukturellen Barrieren für Jugendpartizipation an.²¹⁴ In diesem Abschnitt wird systematisiert, für welchen Zweck, für welche Situationen, in welcher Form und in welcher Qualität der UN-Sicherheitsrat Jugendpartizipation in der YPS-Agenda vorsieht.

ken, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018), *supra* Fn. 168, Ziff. 40: „States should consider aligning the minimum voting age and the minimum age of eligibility to stand for elections, to encourage the political participation of young people.“ Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte konstatierte in ihrem Bericht zu Jugend und Menschenrechten 2018 eine Korrelation zwischen gesenktem Mindestalter für Mandatsträger:innen und repräsentativer Jugendpartizipation, vgl. *supra* Fn. 171, Ziff. 35. Außerdem forderte der UN-Generalsekretär die Mitgliedstaaten auf, „to consider ways to increase the participation of youth in decision-making and in electoral processes as candidates, voters, electoral officials, party agents and observers. In this context, the approach taken by some Member States to align the minimum age of eligibility to stand for elections with the minimum voting age is noted as being a possible path to greater participation“, UNGA, Report of the Secretary-General, Strengthening the role of the United Nations in enhancing the effectiveness of the principle of periodic and genuine elections and the promotion of democratization, UN-Dok. A/74/285 (6. August 2019), Ziff. 33.

²¹¹ Das Forum für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit empfahl dem UN-Menschenrechtsrat die Etablierung von Mechanismen „for the sustainable, effective and meaningful participation of youth in peace negotiations, peacebuilding and transitional justice initiatives and processes“, UN-Menschenrechtsrat, Report of the Co-Chairs, First session of the Forum on Human Rights, Democracy and the Rule of Law, UN-Dok. A/HRC/34/46 (31. Januar 2017), Ziff. 58. Umfassende Jugendpartizipation bedürfe es demnach auch, um auf „drivers and conditions contributing to the emergence of violent extremism“ zu reagieren, *ebd.*, Ziff. 60. Es forderte auch, dass „[peace and

Außerdem wird analysiert, ob dies aus menschenrechtlicher Perspektive eine Weiterentwicklung darstellt.

a) Fehlender rechtlicher Zweck der Partizipation

Der UN-Sicherheitsrat verfolgt zwei Intentionen, wenn er junge Menschen im Rahmen der YPS-Agenda an der Konfliktlösung und -prävention beteiligen möchte: Einerseits möchte er das Potenzial junger Menschen als Chance für Frieden nutzen und in die „upside“²¹⁵ investieren, d. h. deren positiven Eigenschaften fördern; er erhofft sich so unmittelbare Vorteile für die Konfliktlösung und -prävention,²¹⁶ humanitäre Hilfeleistungen,²¹⁷ nachhaltigen Frieden,²¹⁸ Friedenskonsolidierung²¹⁹ und die Qualität der Entscheidungsfindung und -ausführung des UN-Sicherheitsrats²²⁰.

security] programmes and policies should be designed, implemented and monitored with the full, effective and meaningful participation of youth organizations and youth from local communities“, *ebd.*, Ziff. 57. Auch der UN-Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen forderte Staaten auf, die Teilnahme jugendlicher Minderheiten bei der Friedenskonsolidierung zu ermöglichen, vgl. *supra* Fn. 115, Ziff. 89.

²¹² Vgl. *supra* Fn. 30.

²¹³ Für ein frühes Beispiel, vgl. den Bericht des UN-Generalsekretärs zu Postkonfliktsituationen, *supra* Fn. 28.

²¹⁴ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Präambel. Dies hatte zuvor der UN-Generalsekretär in seinem YPS-Bericht (2020) gemacht, vgl. *supra* Fn. 1, Ziff. 10, 27, 72.

²¹⁵ YPS-Studie (2018), *supra* Fn. 68, Ziff. 19.

²¹⁶ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Präambel, Absatz 8; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 3, Präambel, Absatz 10; UNSC, Resolution 2535 (2020), Präambel, Absatz 7.

²¹⁷ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 10.

²¹⁸ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Präambel, Absätze 7 und 9; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 10, 15 und Präambel, Absatz 9; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 19 und Präambel, Absatz 7. Darüber hinaus basiere die Resolution 2535 stark auf der Annahme, dass die Einbeziehung junger Menschen einen Nutzen für alle Teile der Gesellschaft darstelle, vgl. *Altiock/Simpson*, A Brief Analysis of New UN Security Council Resolution 2535, S. 2.

²¹⁹ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Präambel, Absatz 8; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 10, 15 und Präambel, Absätze 10 und 11; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 15 und Präambel, Absätze 7 und 15.

²²⁰ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 3; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 4; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 14 f., 18. Der UN-Sicherheitsrat unterstreicht in diesen Absätzen die Bedeutung von Jugendkonsultationen im

Andererseits möchte er die Risiken für Konflikte minimieren, argumentiert also risikobasiert;²²¹ er erhofft sich dadurch, Extremismus, Radikalisierung und Gewalt zu verhindern,²²² und schädlicher Marginalisierung junger Menschen entgegenzuwirken.²²³

Der UN-Sicherheitsrat stellt demnach seine Forderungen nach Jugendpartizipation ohne rechtsbasierten Ansatz; er unterlässt jeglichen Hinweis auf einen menschenrechtlichen Anspruch darauf, wie er von den UN-Menschenrechtsorganen in ihrem Kompetenzbereich vertreten wird.²²⁴ Zudem stellt er Jugendpartizipation durch eher schwache Formulierungen in den Resolutionen häufig in Abhängigkeit einer Ermessensentscheidung.²²⁵

Dies schließt allerdings nicht *per se* aus, dass die YPS-Agenda eine Weiterentwicklung für das Recht auf politische Partizipation darstellt. Denn

obwohl er durch das Weglassen menschenrechtlicher Bezüge den ohnehin vorherrschenden Eindruck verstärkt, dass keine Verknüpfung zwischen Jugendpartizipation und Menschenrechten bestünde,²²⁶ leistet er damit womöglich einen wichtigen Beitrag zu mehr Jugendpartizipation. Denn der UN-Sicherheitsrat verleiht der – bisher mangelhaften²²⁷ – Anerkennung und Verwirklichung des Rechts auf politische Partizipation junger Menschen im Zusammenhang mit Konflikten eine neue Dynamik und legt damit auch eine Grundlage für weitere Auseinandersetzungen mit dem Thema etwa in UN-Menschenrechtsorganen.

b) Situationen der Partizipation

Die Forderungen nach Jugendpartizipation lassen sich nach Konfliktphasen unterscheiden: Erstens bei der potenziell sehr umfassenden *Konfliktprävention*,²²⁸ zweitens sowohl im Rah-

Rahmen seiner „missions“, mit denen sowohl die Friedenseinsätze und besondere politische Missionen als auch Feldmissionen der Mitglieder des UN-Sicherheitsrats selbst gemeint sein können.

²²¹ Vgl. *Altiok/Simpson*, A Brief Analysis of New UN Security Council Resolution 2535, S. 2.

²²² Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 2, 13, 15 und Präambel, Absatz 12; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 2, 9 und Präambel, Absatz 13; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 5 und Präambel, Absätze 16 und 20.

²²³ So fordert der UNSC die Einbeziehung junger Menschen „[while] recognizing that their marginalization is detrimental to building sustainable peace“ und erhofft sich, die gesellschaftliche, ökonomische, politische, kulturelle und religiöse Exklusion zu beenden, die Konflikte auslösen können, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 2 und Präambel, Absatz 16; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 1; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 1. Dies ist durchaus zu kritisieren: „[Y]oung people become an instrument to increase security; their rights [...] will be viewed and measured through a lense of security, not peacebuilding“, *Williams*, *Journal of International Affairs* 2016, S. 108.

²²⁴ Dass der Sicherheitsrat hierbei hinter seinen Möglichkeiten bleibt, lässt sich im Umkehrschluss auch aus der mehrfachen Anerkennung des Rechts auf Bildung, wohl aber einer fehlenden Anerkennung des Rechts auf politische Partizipation, schließen, vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 12 und Präambel, Absatz 19; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 12. Er referenziert auch den Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018) nicht. Diese empfehlen den Staaten: „The equal right to participated in public affairs should be recognized, protected and implemented in national constitutions and

legal frameworks“, *supra* Fn. 168, Ziff. 19 (b). Als Gegenargument hierfür ist anzuführen, dass der UNSC sehr wohl „states' obligations to respect, promote and protect human rights and fundamental freedoms of all individuals, including youth“ bestätigt, UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 2. Damit schlägt der UNSC allerdings noch keine aktive Verbindung von Menschenrechten zu Jugendpartizipation. In der WPS-Agenda werden hingegen Mitgliedstaaten aufgerufen, die politischen und bürgerlichen Rechte von Frauen zu fördern, vgl. UNSC, Resolution 2493 (2019), UN-Dok. S/RES/2493 (29. Oktober 2019), Ziff. 5.

²²⁵ Insbesondere durch die Formulierungen „consider ways, as appropriate to [...]“ handelt es sich bei den Forderungen nach Jugendpartizipation um eine Verhaltenspflicht, die durch einen Angemessenheitsvorbehalt dem Interpretationsspielraum der Mitgliedstaaten obliegt, vgl. *supra* Fn. 51, 72, 101. Für weitere Kritik an der schwachen Sprache, vgl. *Hettihewa*, *Völkerrechtsblog*, 17.08.2020.

²²⁶ Dem entgegnete die Hochkommissarin für Menschenrechte in ihrem Bericht zu Jugend und Menschenrechten, dass „equal opportunities to participate, beyond electoral processes at various stages of legislative and policy decision-making [...] is a matter of rights“, UN-Menschenrechtsrat, Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Youth and human rights, UN-Dok. A/HRC/39/33 (28. Juni 2018), Ziff. 38.

²²⁷ Vgl. hierzu Teil C. II. 1.

²²⁸ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 1, 3, 10, 13; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 2, 3, 9; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 1, 5. Es ist bemerkenswert, dass der UNSC sich nicht nur auf Post-Konfliktsituationen bezieht, sondern die Einbeziehung junger Menschen wie selbstverständlich auch bei der Vorbeugung von Konflikten mit-

men von UN-Aktivitäten als auch darüber hinaus bei der Konfliktlösung,²²⁹ und drittens in Post-Konfliktsituationen.²³⁰ Diese Struktur ähnelt der des Rechts von Kindern, gehört zu werden (*right to be heard*) und dessen Ausdifferenzierung nach verschiedenen Situationen durch den UN-Kinderrechtsausschuss.²³¹

Damit entwickelt der UN-Sicherheitsrat ein Verständnis von Jugendpartizipation in nahezu allen Belangen, die junge Menschen im Zusammenhang mit Konflikten selbst betreffen. Insbesondere in Postkonfliktsituationen entfalten die Forderungen potenziell eine Ausstrahlungswirkung auf verbesserte Jugendpartizipation auch in Friedenszeiten, allerdings sind diese über das UN-System hinaus nicht hinreichend substantiiert.²³²

denkt. Dies ist eine weite und zugleich anerkannte Auslegung der Hauptverantwortlichkeit des UNSC zur „Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ (Art. 24 (1) UN-Charta). Der Begriff der „Friedensbedrohung“ nach Art. 39 UN-Charta beschränkt sich nicht mehr lediglich auf ein „konkretes, akutes Risiko“, vgl. *Krisch*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus, *The Charter of the United Nations: A Commentary*, Art. 39, Ziff. 34.

²²⁹ Dies umfasst einerseits UN-Aktivitäten zur Konfliktlösung, bspw. durch die Beteiligung junger Menschen durch UN-Friedensmissionen oder die Berichterstattung junger Menschen im UNSC und andererseits allgemein die Beteiligung im Rahmen von Friedensverhandlungen, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 1–3, 15; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 2–4, 14; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 1, 15, 16, 18, 21.

²³⁰ Dies bezieht sich insbesondere auf die Beteiligung bei der Implementierung von Friedensabkommen, den Wiederaufbau und Versöhnung, sowie alle umfassenden Aktivitäten zur Friedenskonsolidierung. Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 2, 15, 17; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 2, 10, 14, 15; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 1, 10, 13, 15.

²³¹ Die YPS-Agenda deckt von den elf durch den Kinderrechtsausschuss identifizierten Situationen fünf für die Partizipation junger Menschen ab: Beschäftigung, Gewaltbekämpfung, Präventionsstrategien, Notsituationen und internationale Entscheidungsprozesse. Die nicht abgedeckten Situationen umfassen Familie, alternative Pflege, Gesundheitsversorgung, Bildung, Freizeitaktivitäten und Asylverfahren, vgl. UN-Kinderrechtsausschuss, *General Comment No. 12 (2009), The right of the child to be heard*, UN-Dok. GRC/C/GC/12 (29. Juli 2009), Ziff. 89–131.

c) Formen der Partizipation

Der UN-Sicherheitsrat sieht in der YPS-Agenda verschiedene Formen der Partizipation junger Menschen vor und unterscheidet damit sogar stärker als der Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018) nach dem „degree of involvement or the ‚intensity‘ of participation“²³³. Für die Analyse der unterschiedlichen Partizipationsformen innerhalb der YPS-Resolutionen unternimmt diese Arbeit eine Einteilung in folgende Kategorien.

Erstens *unbeteiligte* Partizipation, die das gesellschaftliche Engagement beispielsweise junger Friedensaktivist:innen ohne Beteiligung durch relevante politische Akteur:innen umfasst;²³⁴ zweitens *indirekt-mittelbare* Partizipation, welche die Berücksichtigung der „Sichtweisen“ und „Bedürfnisse“ junger Menschen umfasst,²³⁵ ohne dass junge Menschen präsent sind;²³⁶ drittens *direkt-mittelbare* Partizipation, durch Konsultationen bzw. direkten Austausch mit jungen

²³² Alle Referenzen zu „sustaining peace“ in den YPS-Resolutionen beziehen sich entweder lediglich auf die allgemeine Bedeutung junger Menschen für den langfristigen Frieden oder auf Aufforderungen an Adressat:innen ausschließlich innerhalb des UN-Systems, bspw. den UN-Generalsekretär, vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 10, 16 und Präambel, Absatz 12; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 15, 20, 25 und Präambel, Absätze 15, 20.

²³³ *Supra* Fn. 168, Ziff. 53. In dem Leitlinienentwurf wird lediglich nach den Formen der „provision of information, through consultation and dialogue, to partnership or co-drafting“ unterschieden, *ebd.*, Ziff. 53.

²³⁴ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 2 (b), 10; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 9, 11; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 2, 5, 19.

²³⁵ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 2, 17; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 2, 14, 16; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 20 [eigene Übersetzung]. Hierbei handelt es sich um alle Formulierungen, die „include“ oder „take into account [...] views of youth“ oder „take into account“ bzw. „consider the needs of youth“ beinhalten, *ebd.*, Ziff. 20.

²³⁶ Formen der indirekten Partizipation können in mittelbare Partizipation übergehen, bspw. wenn Friedensaktivist:innen durch öffentliche Aufmerksamkeit Einfluss auf Entscheidungsprozesse nehmen. Darüber hinaus umfasst die unmittelbare Partizipation auch die Berücksichtigung von Studien, bei denen junge Menschen befragt wurden, um ihre Perspektive abzubilden, wie beispielsweise die YPS-Studie (2018) „The Missing Peace“, *supra* Fn. 68. An deren Ausarbeitung waren über 4.000 Jugendliche beteiligt, vgl. *Ibrahim*, *Journal of Youth, Peace & Security* 2021, S. 16.

Menschen;²³⁷ viertens aktive Einbindung („engagement“) junger Menschen in verschiedene Aktivitäten;²³⁸ fünftens *direkt-unmittelbare* Partizipation durch inklusive²³⁹ Repräsentation junger Menschen in Friedensprozessen;²⁴⁰ und sechstens *direkte Zusammenarbeit* mit jungen Menschen als gleichwertige Partner:innen.²⁴¹

Welche dieser Partizipationsformen wie effektiv sind, wird vom UN-Sicherheitsrat nicht thematisiert und ist grundsätzlich kontextabhängig.²⁴² Diese diversen Partizipationsformen verdeutlichen eine eingehende Auseinandersetzung des UN-Sicherheitsrats mit unterschiedlichen Gele-

genheiten von Jugendpartizipation und der – jeweils nach ihrer Ansicht angemessenen – Form von Partizipation. Verschiedene Partizipationsformen sollen von relevanten Akteur:innen auf vielfältige Weise verwirklicht werden.²⁴³ Sie sollen die Partizipation junger Menschen etwa schützen, fördern, unterstützen, ermöglichen, ggf. durch strukturierte Beteiligungsmechanismen sicherstellen und erweitern. Allerdings fordert bzw. schafft der UN-Sicherheitsrat keine „formale Strukturen“²⁴⁴ für Jugendpartizipation und macht keine konkreten Vorschläge zum expliziten Abbau struktureller Beteiligungsbarrieren.²⁴⁵ Insbesondere kommen Forderungen

²³⁷ Dies umfasst etwa die Interaktionen von Friedensmissionen oder des UNSC mit jungen Menschen, bspw. durch junge Berichtersteller:innen, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 3; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 4, 9, 18; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 9, 18. „Mittelbar“ ist die Partizipation deshalb, weil junge Menschen *nicht unmittelbar* an Entscheidungen beteiligt sind und stattdessen auf Dritte angewiesen sind, die nach dem direkten Austausch mit jungen Menschen ihre Perspektive in Entscheidungsräumen lediglich mittelbar einbringen. Folglich beschreibt diese Form der Partizipation ein Abhängigkeitsverhältnis junger Menschen von Vermittler:innen.

²³⁸ Hiermit ist u. a. die Einbindung bei der Entwicklung und Implementierung von „programmes and policies for youth“, der YPS-Agenda und auch allgemein „in national efforts to build and sustain peace“ gemeint, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 15, 17 (a); UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 15; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 10, 14, 16.

²³⁹ Zwar ist in den Resolutionen „inclusive“ nicht näher spezifiziert, könnte sich aber auf eine Repräsentation ohne Diskriminierung aufgrund verschiedener Merkmale beziehen, nämlich „race, colour, sex, language, disability, religion or belief, political or other opinion, national or social origin, property, birth or other status“, UNSC, Resolution 2535 (2020), Präambel, Absatz 15. Zumindest fordert der UNSC die Partizipation ohne „distinction or discrimination of any kind“, *ebd.*, Ziff. 20. Dies bezieht sich insbesondere auch auf die Repräsentation von Frauen, vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 16; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 20 und Präambel, Absätze 17 und 22. Diese Auslegung kann auch durch Gebrauch dieses Begriffs in diesem Sinne im Kontext des Leitlinienentwurfs zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018) gestützt werden, vgl. *supra* Fn. 168, Ziff. 57. Unwahrscheinlich ist hingegen, dass es sich durch den Zusatz inklusiv um eine demokratisch legitimierte Beteiligung handelt, da hierfür die Formulierung „democratic“ besser geeignet wäre. Auch aus dem Zusammenhang ist keine derartige Intention ersichtlich: Es geht darum, dass überhaupt junge Menschen vertreten sind und nicht etwa um den Prozess, wie diese Vertreter:innen ausgewählt werden. Dies ist durchaus problematisch, weil es die staatliche Unabhängigkeit der Jugendvertreter:innen gefährdet und Legitimationsfragen aufwirft, die mitunter weitere gesellschaftliche Konflikte

hervorrufen können. Für die Defizite undemokratischer Vertretungsstrukturen junger Menschen, s. *Ibrahim*, *Journal of Youth, Peace & Security* 2021, S. 17.

²⁴⁰ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 1; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 2; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 1.

²⁴¹ Dies umfasst bspw. Partnerschaften mit Jugendorganisationen, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 17 (c); UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 14, 16.

²⁴² Der UN-Generalsekretär stellte fest, dass „young people’s influence does not always correlate with the proximity to the negotiation table“, YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1, Ziff. 17. Hiermit spielt er auf die symbolische Unterteilung der Partizipation junger Menschen „in the room“, „around the room“ und „outside the room“ im Policy Paper „We are here“ an, für das er selbst das Vorwort verfasste, vgl. *Altiook/Grizelk*, *We are here: An integrated approach to youth-inclusive peace processes*, 2019; vgl. *Paffenholz/Zartman*, *International Negotiation* 2019, S. 5 f.

²⁴³ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 2 (a); UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 11, 17, 21; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 1 f., 5, 10, 13, 20. Strukturierte Beteiligungsmöglichkeiten können „integrated mechanisms for meaningful participation“, „internal mechanisms [within the United Nations system] to broaden the participation of youth“ und mittelbar auch die Aufforderung an UN-Friedensmissionen, „to develop and implement context-specific strategies on youth, peace and security“, sein, UNSC Resolution 2250 (2015), Ziff. 1; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 21; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 21, 23.

²⁴⁴ UN-Menschenrechtsrat, Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018), *supra* Fn. 168, Ziff. 58 (a), 60.

²⁴⁵ Der UN-Menschenrechtsausschuss forderte von Staaten in seiner Allgemeinen Bemerkung zur effektiven Gewährleistung des Rechts auf politische Partizipation alle „notwendige Maßnahmen“, *supra* Fn. 200, Ziff. 1. Laut UN-Menschenrechtsrat umfasst dies mitunter befristete Sondermaßnahmen „aimed at increasing the participation of underrepresented groups in all aspects of political and public life“, *supra* Fn. 193, Ziff. 6 (d). Das Forum zu Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit des UN-Menschenrechtsrats beispielsweise forderte dazu auf,

nach formeller Partizipation, etwa durch Wahlen, zu kurz,²⁴⁶ obschon sie „das wichtigste Mittel sind, mit dem Individuen ihr Recht auf politische Partizipation ausüben“²⁴⁷ und gerade junge Menschen ihr aktives und passives Wahlrecht selten ausüben (können).²⁴⁸ Durch Forderungen nach dem Schutz junger Menschen (vgl. Teil C. I. 2) nähert sich der UN-Sicherheitsrat zwar den Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrats nach einer „sicheren und förderlichen Umgebung“ zur Ausübung indirekter Partizipationsformen an,²⁴⁹ versäumt es jedoch, dafür die Gewährleistung der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu fordern.²⁵⁰ Zusammenfassend nimmt der UN-Sicherheitsrat in den YPS-Resolutionen eine bemerkenswerte Ausdifferenzierung verschiedener Partizi-

pationsformen vor. Er ermöglicht sich damit einerseits die geeignete Anpassung der Partizipationsformen an unterschiedliche Situationen und andererseits absolute Forderungen nach höchsten Formen von Partizipation zu relativieren.

d) Qualität der Partizipation

Neben den Formen der Partizipation lässt sich anhand der YPS-Resolutionen auch ihre geforderte Qualität analysieren. Der UN-Sicherheitsrat qualifiziert die Jugendpartizipation als „full, effective and meaningful“,²⁵¹ und überträgt damit eine bereits in anderen Kontexten von ihm verwendete²⁵² und durch den UN-Menschenrechtsrat geforderte²⁵³ Formulierung auf die Jugend. Die „volle“ Partizipation stellt dabei auf die

dass Staaten „implement empowerment programmes and remove structural barriers to the exercise by women and girls of their right to participation in formal and informal decision-making processes“, *supra* Fn. 211, Ziff. 24.

²⁴⁶ Konkrete Vorschläge umfassen insbesondere die Absenkung des Alters für aktives und passives Wahlrecht, vgl. *supra* Fn. 210.

²⁴⁷ UN-Menschenrechtsrat, Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018), *supra* Fn. 168, Ziff. 25.

²⁴⁸ Im YPS-Bericht (2020) des UN-Generalsekretärs heißt es, dass nur 43 % aller wahlberechtigten jungen Menschen unter 26 Jahren an nationalen Wahlen teilnahmen – 20 % weniger als bei Menschen über 26 Jahren. Zugleich waren in 2017 nur 2,2 % der weltweiten Parlamentarier:innen unter 30, vgl. *supra* Fn. 1, Ziff. 25 f.

²⁴⁹ UN-Menschenrechtsrat, Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018), *supra* Fn. 168, Ziff. 19 [eigene Übersetzung]. Zudem hatte der UN-Menschenrechtsrat zuvor 2016 in einer Resolution geschützte Bedingungen für junge Friedensaktivist:innen gefordert, vgl. *supra* Fn. 193, Ziff. 6 (j).

²⁵⁰ Wäre dies in der YPS-Agenda beabsichtigt gewesen, wären bspw. in den Ziffern 2 und 5 der Resolution 2535 (2020) Verweise zu diesen Menschenrechten geboten gewesen, vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 2, 5. Hieran wird einmal mehr deutlich, dass die YPS-Agenda keinen rechtsbasierten Ansatz wählt. Die Bedeutung der Gewährleistung dieser drei Rechte für die Verwirklichung des Rechts auf politische Partizipation hatte der UN-Menschenrechtsausschuss in seiner Allgemeinen Bemerkung Nr. 25 (1996) deutlich gemacht, vgl. *supra* Fn. 200, Ziff. 8, 25.

²⁵¹ UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 1, 20 und Präambel, Absatz 15.

²⁵² Als diese Formulierung 2019 das erste Mal überhaupt in einer Resolution verwendet wurde, bezog sie sich auf die Teilhabe von Frauen, s. UN-Dok. UNSC, Resolution 2468

(2019), UN-Dok. S/RES/2468 (30. April 2019), Ziff. 11. Im Anschluss fand exakt diese Formulierung in Bezug auf Frauen Einklang in Resolutionen zu Sudan und Südsudan, Somalia, Syrien und Israel, Zypern, Libanon, Zentralafrikanische Republik, DR Kongo, Somalia und Mali – nicht jedoch in einer der thematischen Resolutionen zu Frauen, Frieden, Sicherheit, s. respektive UNSC, Resolution 2469 (2019), UN-Dok. S/RES/2469 (14. Mai 2019), Ziff. 27; UNSC, Resolution 2472 (2019), UN-Dok. S/RES/2472 (31. Mai 2019), Ziff. 18; UNSC, Resolution 2483 (2019), UN-Dok. S/RES/2483 (25. Juli 2019), Ziff. 11; UNSC, Resolution 2485 (2019), UN-Dok. S/RES/2485 (29. August 2019), Ziff. 24; UNSC, Resolution 2494 (2019), UN-Dok. S/RES/2494 (30. Oktober 2019), Ziff. 11; UNSC, Resolution 2499 (2019), UN-Dok. S/RES/2499 (15. November 2019), Ziff. 8, 10, 31 (b) (iv); UNSC, Resolution 2502 (2019), UN-Dok. S/RES/2502 (19. Dezember 2019), Ziff. 2, 32, 41; UNSC, Resolution 2531 (2020), UN-Dok. S/RES/2531 (29. Juni 2020), Ziff. 3 (v), 4, 13 (v), 45. In Bezug auf Jugend wurde eine noch ambitioniertere Formulierung nach „full, equal, meaningful, and effective participation“ erstmals in Resolutionen zu Somalia verwendet, vgl. UNSC, Resolution 2472, UN-Dok. S/RES/2472 (31. Mai 2019), Ziff. 27; UNSC, Resolution 2520 (2020), UN-Dok. S/RES/2520 (29. Mai 2020), Ziff. 31; UNSC, Resolution 2568 (2021), UN-Dok. S/RES/2568 (12. März 2021), Ziff. 34.

²⁵³ Vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the Co-Chairs, First session of the Forum on Human Rights, Democracy and the Rule of Law, UN-Dok. A/HRC/34/46 (31. Januar 2017), Ziff. 57 f.; UN-Menschenrechtsrat, Resolution 35/14, UN-Dok. A/HRC/RES/35/14 (18. Juli 2017), Präambel, Absatz 6. Mit der Forderung nach „full, effective, structured and sustainable participation of young people in relevant decision-making processes“ geht der UN-Menschenrechtsrat noch weiter, UN-Menschenrechtsrat, Resolution 41/13, Youth and Human Rights, UN-Dok. A/HRC/RES/41/13 (19. Juli 2019), Ziff. 5.

Beteiligung zu allen Zeitpunkten der verschiedenen Phasen des Entscheidungsprozesses ab.²⁵⁴ Die „effektive“, d. h. wirksame Partizipation erfordert, dass eine Entscheidung *tatsächlich* durch junge Menschen beeinflusst werden kann.²⁵⁵ Eine Partizipation, die „meaningful“ bzw. „véritable“ bzw. „significativa“²⁵⁶ ist, impliziert die Beteiligung junger Menschen an tatsächlich wichtigen, relevanten und nicht lediglich trivialen Entscheidungen.²⁵⁷

Zwar formuliert der UN-Sicherheitsrat mit dieser Differenzierung für bestimmte Situationen qualitative Anforderungen an die Partizipation, erhebt diese allerdings nicht konsequent²⁵⁸ – und bringt so sein unverbindliches und eher unbestimmtes Verständnis des Rechts

auf politische Partizipation zum Ausdruck.²⁵⁹

Dass der UN-Sicherheitsrat noch besser hätte ausdifferenzieren können, wie Inklusivität, Relevanz und Wirksamkeit von Partizipation sichergestellt werden können, verdeutlicht die Allgemeine Bemerkung Nr. 12 (2009) des UN-Kinderrechtsausschusses. Sie empfiehlt als notwendige Mittel zum Zweck gelungener Partizipation die Aspekte Ausbildung und Vorbereitung junger Menschen, Transparenz in Entscheidungsprozessen, Bereitstellung von Information für Entscheidungen,²⁶⁰ Freiwilligkeit der Beteiligung, Evaluierung sowie jugendgerechte Formate.²⁶¹ Auch die Forderung nach Repräsentation junger Menschen ist unzureichend

²⁵⁴ Der Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018) differenziert etwa nach den Zeitpunkten der Partizipation vor, während oder nach der Entscheidung und empfiehlt sicherzustellen, dass die Partizipation junger Menschen „from an early stage, when all options are still open“ stattfindet, *supra* Fn. 168, Ziff. 70. Dies beinhaltet z. B., dass „public authorities refrain from taking any formal, irreversible decisions prior to the commencement of the process. It also requires that no steps be taken that would undermine public participation in practice, for example large investments in the direction of one option, or commitments to a certain outcome“, *ebd.*

²⁵⁵ Effektiv könnte hier auch mit der „capacity to influence decision-making“ übersetzt werden, die für den UN-Generalsekretär eine Kernherausforderung für die Umsetzung der YPS-Agenda darstellt, vgl. UNGA/UNSC, Report of the Secretary-General, Peacebuilding and Sustaining Peace, UN-Dok. A/74/976-S/2020/773 (30. Juli 2020), Ziff. 26.

²⁵⁶ Die authentische spanische und französische Übersetzung der Resolution 2535 (2020) wird hier hinzugezogen, da das Wort „meaningful“ nicht eindeutig ins Deutsche übersetzt werden kann.

²⁵⁷ Die Bedeutung des Ausdrucks „meaningful participation“ fasst UN Women zusammen als „a conceptual reference point to describe a multifaceted set of elements to realize [...] that [women’s] concerns are heard *and* taken on board, they have the opportunity to articulate their contributions and expertise, to ensure that gender perspective and analyses inform and shape peace processes, and that outcomes benefit the whole of society“ und geht damit über einen geringeren Anspruch von „full and equal participation“ hinaus. Es stellt einen qualitativen Anspruch an „more inclusive decision-making processes“, vgl. UN Women, Report of the Expert Group Meeting, Women’s Meaningful Participation in Negotiating Peace and the Implementation of Peace Agreements (17. Mai 2018), S. 11, abrufbar unter: <https://www.unwomen.org/sites/default/files/Headquarters/Attachments/Sections/Library/Publications/2018/EGM-Womens-meaningful-participation-in-negotiating-peace-en.pdf> [letzter Zugriff: 15. Mai 2021].

²⁵⁸ Die Forderungen nach „equal and full participation at decision-making levels“ bzw. „full and effective participation“ bei der Friedenskonsolidierung und „meaningful participation“ bei der Konfliktlösung und -prävention sowie beim Wiederaufbau sind zwar umfassend, sparen jedoch jeweils einen wichtigen Aspekt aus, vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 1 und Präambel, Absatz 12.

²⁵⁹ Der UNSC impliziert durch strengere Anforderungen an die Partizipation in nur bestimmten Situationen bzw. Formen, dass in anderen Situationen bzw. Formen nicht der gleiche Anspruch an die Partizipation gestellt wird. Würde er das Recht auf politische Partizipation anerkennen, müsste er denselben hohen Anspruch an die Verwirklichung des Rechts in allen Situationen bzw. Formen stellen. Seine Praxis gleicht der Relativierung eines Rechts in Abhängigkeit seines Kontexts – ein fundamentaler Widerspruch mit dem System der Menschenrechte, der *argumentum ad absurdum* die Auslegung jedes Rechts in Abhängigkeit der Qualifizierung dieses Rechts durch vorangestellte Adjektive stellte.

²⁶⁰ Insbesondere, dass in den Resolutionen kein Bezug zum Recht auf Information hergestellt wird, ist den Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrats nach unzureichend: „The right to participate in public affairs is closely linked to the full realization of the right of access to information, which [...] is an enabler of participation“, Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018), *supra* Fn. 168, Ziff. 15. Sie formulieren sehr konkrete Anforderungen an die Bereitstellung von Informationen zur Verwirklichung des Rechts auf politische Partizipation, vgl. *ebd.*, Ziff. 19 (b), 67–69.

²⁶¹ Diese durch den UN-Kinderrechtsausschuss entwickelten Anforderungen lässt der UN-Sicherheitsrat vermissen, vgl. UN-Kinderrechtsausschuss, General Comment No. 12 (2009), The right of the child to be heard, UN-Dok. GRC/C/GC/12 (29. Juli 2009), Ziff. 134 (a), (b), (e), (g) und (i). Lediglich die Aufforderung „to facilitate the full, effective and meaningful participation of youth“ könnte überinterpretiert werden, auch Aspekte etwa der Vorbereitung zu berücksichtigen, z. B. durch das Bereitstellen von Informa-

qualifiziert, insofern sie keinem Legitimationsanspruch genügen muss.²⁶²

Durch die Unterscheidung verschiedener Qualitätsstufen von Partizipation in den YPS-Resolutionen schafft sich der UN-Sicherheitsrat die Möglichkeit, sich je nach behandelter Situation anzupassen: Er kann Forderungen nach einem hohen Partizipationsanspruch junger Menschen besonderen Nachdruck verleihen, ebenso wie er bewusst darauf verzichten kann.²⁶³

e) Gesonderter Partizipationsanspruch junger Menschen

Ihr besonderer Jugendfokus wirft die Frage auf, ob die YPS-Agenda für junge Menschen – in Abgrenzung zu anderen Gruppen – einen gesonderten Anspruch auf Partizipation in Friedensprozessen fortschreibt. Die YPS-Agenda verleiht der Beteiligung junger Menschen in Friedensprozessen zwar besondere Aufmerksamkeit, allerdings mitnichten Sonderrechte: Sie wirkt weder dem allgemeinen Partizipationsdefizit (vgl. Teil C.II.1) unmittelbar und effektiv entgegen,

tionen und durch jugendgerechte Formate. Dies geht jedoch nicht direkt aus dem Wortlaut hervor, vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 20 (Hervorhebung durch Autor).

²⁶² Zumindest stellt der Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018) an repräsentative Partizipation den Anspruch, dass „relevant public authorities should adopt transparent and inclusive criteria and processes for the representation [...]“, *supra* Fn. 168, Ziff. 64. Dies ist auch bedeutsam, um den vom UN-Kinderrechtssausschuss erkannten Risiko potenzieller „manipulation or tokenism“ bei der Repräsentation vorzubeugen, vgl. UN-Kinderrechtssausschuss, General Comment No. 12 (2009), The right of the child to be heard, UN-Dok. GRC/C/GC/12 (29. Juli 2009), Ziff. 129. Für die Notwendigkeit legitimer Repräsentation durch demokratische Strukturen für wirksame Kinderbeteiligung, vgl. *Parkes*, Willamette Journal of International Law and Dispute Resolution 2008, S. 11–17.

²⁶³ Ob es zu einer Verwendung des Zusatzes „full, effective, and meaningful“ kommt, hängt insbesondere vom politischen Widerstand solcher Staaten ab, die Schwierigkeiten mit verbesserter Jugendpartizipation haben. Ein bewusster Verzicht auf diesen Zusatz sagt somit aufgrund der Sonderrechte der ständigen Sicherheitsratsmitglieder noch nicht zwingend etwas über die Mehrheitsverhältnisse in dieser Frage aus.

²⁶⁴ Dies liegt nicht nur an mangelnder Rechtsverbindlichkeit der Resolution, vgl. Teil C. II. 2. a) und III., erster Absatz. Sondern auch an der schwachen Formulierung, die

noch verpflichtet sie zur Beteiligung junger Menschen in Friedensprozessen.²⁶⁴ Da die Partizipation in Friedensprozessen i. d. R. Erwachsenen²⁶⁵ – weit überwiegend Männern – vorbehalten ist, versucht der UN-Sicherheitsrat also einen Beteiligungsrückstand auszugleichen und so einer „Altersdiskriminierung“²⁶⁶ entgegenzuwirken. Dass dies keiner Bevorzugung gleicht, verdeutlicht auch die Erfahrung mit der WPS-Agenda, deren noch entschlosseneren Forderungen nach verstärkter Partizipation von Frauen nicht zu ihrer Besserstellung bzw. gesonderten Partizipationsprivilegien im Vergleich zu Männern geführt haben.²⁶⁷ Nichtsdestotrotz sollte die YPS-Agenda als Konsequenz der strukturellen Defizite und mangelhaften Verwirklichung des Rechts auf politische Partizipation junger Menschen verstanden werden. Sie kann neben einem rechtlich begründeten Partizipationsanspruch als komplementäre Legitimationsgrundlage für die Beteiligung junger Menschen in Friedensprozessen fungieren.

lediglich eine Verhaltenspflicht vorsieht, vgl. *supra* Fn. 51, 72, 101.

²⁶⁵ Im Sinne von Menschen, die nicht unter die Jugenddefinition in dieser Arbeit fallen, d. h. älter als 29 Jahre alt sind.

²⁶⁶ Der UN-Menschenrechtsrat erkennt an, dass das Recht auf Partizipation junger Menschen durch Altersdiskriminierung beeinträchtigt wird, wenn er empfiehlt: „The adverse impact of discrimination, including multiple and intersecting forms of discrimination, on the effective exercise of the right to participate in public affairs should be recognized, in particular for women and girls, young people, persons with disabilities, indigenous peoples, older persons, persons belonging to minority groups, persons with albinism, lesbian, gay, bisexual, transgender and intersex persons and other groups that are discriminated against“, Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018), *supra* Fn. 168, Ziff. 20 (c).

²⁶⁷ Auch wenn unter Umständen temporäre Maßnahmen positiver Diskriminierung Frauen einen Vorteil verschaffen und durch die Besserstellung einzelner Frauen eine gleiche Repräsentation ermöglichen können, führt dies nicht zu einer Bevorzugung der Gruppe der Frauen, die trotz der über 20 Jahre alten WPS-Agenda weiterhin in einer männerdominierten Welt von Frieden und Sicherheit unterrepräsentiert bleiben, vgl. *O'Reilly*, in: *Davies/True*, The Oxford Handbook of Women, Peace, and Security, S. 202.

3. Zwischenfazit

Die YPS-Resolutionen stellen kein menschenrechtliches Instrument, sondern politische Forderungen nach mehr Jugendpartizipation im Zusammenhang mit Konflikten dar. Da selbst das OHCHR die YPS-Agenda bisher nicht explizit als relevantes Umsetzungsinstrument für das Recht auf politische Partizipation junger Menschen versteht,²⁶⁸ gibt der UN-Sicherheitsrat im Rahmen seines Mandats zentrale Impulse, die der Verwirklichung des Rechts auf politische Partizipation junger Menschen dienlich sein können, ohne eine direkte Verbindung zu diesem Recht zu ziehen: Die YPS-Agenda differenziert nach Situationen, Formen und Merkmalen von Partizipation in Friedensprozessen und spezifiziert das Recht auf politische Partizipation entsprechend in gewisser Parallelität zur Allgemeinen Bemerkung Nr. 12 des UN-Kinderrechtsausschusses und dem Leitlinienentwurf

zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018).²⁶⁹ So liefern die YPS-Resolutionen einen umfassenden Werkzeugkasten für das, was 2017 das Forum für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit des UN-Menschenrechtsrats empfahl: Mechanismen „für nachhaltige, effektive und sinnvolle Jugendbeteiligung an Friedensverhandlungen und Prozessen der Friedenskonsolidierung“.²⁷⁰ Insbesondere für Jugendbeteiligung in Friedensprozessen setzt die YPS-Agenda einen neuen Maßstab, wie die UN-Sicherheitsratspraxis verdeutlicht (vgl. Teil D. I).

III. Chancen und Grenzen der YPS-Agenda

Die YPS-Resolutionen sind thematischer Natur, stellen also keine „Entscheidungen“ dar.²⁷¹ Sie beinhalten überwiegend empfehlende Formulierungen,²⁷² und entfalten somit keine rechtli-

²⁶⁸ Der Bericht zu Jugend und Menschenrechten der UN-Hochkommissarin von 2018 führt die Resolution 2250 (2015) nicht im Rahmen des dargestellten normativen und institutionellen Rahmens (Kapitel IV) auf und erwähnt stattdessen das Thema „Youth, Peace and Security“ in einem kurzen eigenständigen Kapitel VI. In diesem wird jedoch lediglich auf die Studie „The Missing Peace“ (2018) verwiesen, welche die Bedeutung des Schutzes von öffentlichen Räumen für die Partizipation junger Menschen hervorhebt (Ziff. 64, 65). Sie verweist nur indirekt auf die Empfehlung der Studie, von einer politischen Exklusion hin zur „political inclusion“ zu gehen, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Youth and human rights, UN-Dok. A/HRC/39/33 (28. Juni 2018), Ziff. 64–66. Abgesehen davon führte z. B. der UN-Sonderberichterstatter für Minderheitenfragen in seinem Bericht zu Minderheiten unter Jugendlichen Resolution 2250 (2015) in einer Aufzählung relevanter Instrumente für Rechte in Verbindung mit Medien, nicht jedoch für Minderheitenrechte in Verbindung mit dem Recht auf politische Teilhabe auf, vgl. *supra* Fn. 115, Ziff. 4 f.

²⁶⁹ Die Parallelität zur Allgemeinen Bemerkung Nr. 12 liegt sowohl in der Unterscheidung nach Situationen der Partizipation als auch nach Qualitätsmerkmalen für die Partizipation, vgl. Teil C. II. 2. b) und d); UN-Kinderrechtsausschuss, General Comment No. 12 (2009), The right of the child to be heard, UN-Dok. GRC/C/GC/12 (29. Juli 2009).

²⁷⁰ UN-Menschenrechtsrat, Report of the Co-Chairs, First session of the Forum on Human Rights, Democracy and the Rule of Law, UN-Dok. A/HRC/34/46 (31. Januar 2017), Ziff. 60. Die YPS-Agenda liefert damit eine Antwort auf die

Frage: „how youth can be involved pragmatically to improve the inclusivity of peace negotiations“, *Grizelj*, International Negotiation 2019, S. 185.

²⁷¹ Zwar argumentierte der Internationale Gerichtshof (IGH) in seinem *Namibia*-Gutachten mit der systematischen Stellung von Art. 25 UN-Charter gegen eine Beschränkung der rechtlichen Bindungswirkung von UNSC-Beschlüssen auf Entscheidungen unter Kapitel VII, vgl. IGH, Legal Consequences for States of the Continued Presence of South Africa in Namibia (South West Africa) Notwithstanding Security Council Resolution 276 (1970), Advisory Opinion, I.C.J. Reports 1971, 16, Rn. 113. Dafür spricht auch der Wortlaut von „decisions“, demnach alle Beschlüsse „Entscheidungen“ sind, die nicht gegenteilig als unverbindliche „Empfehlung“ zu bewerten sind. Folglich müsste zur Feststellung der verbindlichen Wirkung einer Kapitel VI-Resolution oder einzelner Teile dessen eine genaue Analyse der Formulierungen einer Resolution erfolgen, vgl. *ebd.*, Rn. 114; vgl. *Brandl*, Archiv des Völkerrechts 2015, S. 291. Dies erstreckt sich jedoch nicht auf thematische Resolutionen, die eine unmittelbare, friedliche Konfliktbeilegung nicht zum Zweck haben, vgl. *Peters*, in: Simma/Khan/Nolte/Paulus, The Charter of the United Nations: A Commentary, Art. 25, Rn. 11. Andernfalls hätte der UNSC als Weltgesetzgeber legislative Funktion, vgl. *Kloke*, Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als Weltgesetzgeber – eine kritische Betrachtung aus völkerrechtlicher Sicht, S. 67 ff., 92 ff., 248 ff.

²⁷² Die überwiegend verwendeten Formulierungen lauten „Emphasizes“, „Encourages“, „Invites“, „Stresses“, „Recognizes“, „Welcomes“, „Expresses its intention“, „Notes“, „Reite-

che Bindungswirkung für die Staatengemeinschaft.²⁷³ Abgesehen von Verweisen auf ohnehin geltendes Völkerrecht in den Resolutionen,²⁷⁴ gelten zumindest alle Aufforderungen an den UN-Generalsekretär für diesen verbindlich.²⁷⁵ Im Folgenden werden zunächst kurz die inhaltlichen Schwächen der YPS-Agenda aufgezeigt. Sodann wird diskutiert, inwiefern sie eine Chance für inklusive Friedensprozesse und langfristigen Frieden darstellt. Das Kapitel schließt mit einer Analyse der Mechanismen, welche die YPS-Agenda institutionalisieren.

1. Inhaltliche Kritik

Die Forderungen nach Jugendpartizipation der YPS-Agenda sind weniger spezifiziert und weitreichend als die der WPS-Agenda.²⁷⁶ Auch die

Ausgrenzung junger Menschen unter 18 Jahren ist zwar rechtlich nachvollziehbar, inhaltlich jedoch durchaus kritisch zu betrachten.²⁷⁷ Dass bestimmte thematische, traditionell streitbare sicherheitsrelevante Aspekte wie die Friedensbedrohungen durch die Klimakrise²⁷⁸ oder (häusliche) Gewalt außerhalb von Konfliktsituationen²⁷⁹ unzureichend berücksichtigt werden, ist eine berechtigte, aber wenig YPS-spezifische Kritik. Auch mit den Forderungen zur Umsetzung der YPS-Agenda bleibt der UN-Sicherheitsrat hinter jener der WPS-Agenda zum „Mainstreaming einer Gender-Perspektive“²⁸⁰: Zwar sollen UN-Organen hierfür „ihre Bemühungen verdoppeln“, allerdings nur „innerhalb bestehender Ressourcen“.²⁸¹ UN-Missionen sind über die Entwicklung von YPS-Strategien²⁸² hinaus nur unzureichend verpflichtet, die Agenda

rates the importance“, „Recommends“, vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015); UNSC, Resolution 2419 (2018); UNSC, Resolution 2535 (2020). Obwohl der Internationale Gerichtshof in seinem Namibia-Gutachten einen Absatz mit den Worten „Calls upon all States“ als rechtlich verbindlich eingestuft hat, weicht die herrschende Meinung von dieser Auffassung ab, vgl. Joyner, EJIL: Talk!, 09.01.2017.

²⁷³ Dies lässt sich auch aus der Bewertung folgern, dass die thematisch ähnliche Resolution 1325 (2000) zu Frauen, Frieden und Sicherheit nach Kapitel VI der UN-Charta ergangen ist, vgl. Deutscher Bundestag, Wissenschaftlicher Dienst, Zur Frage der Rechtsverbindlichkeit von VN-Resolutionen des UNSC und der UNGA, Az. WD 2 – 3000 – 097/20 (17. November 2020), S. 4. Siehe zur Praxis der Umsetzung der WPS-Agenda in Deutschland Hertwig, in: Schorlemer, Die Vereinten Nationen und neuere Entwicklungen der Frauenrechte, S. 313–367.

²⁷⁴ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 4–6; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 5–7; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 2, 3.

²⁷⁵ Vgl. UNSC, Provisional Rules of the Security Council, UN-Dok. S/96/Rev. 7 (21. Dezember 1982), Rule 24. Demnach ist der UN-Generalsekretär verantwortlich, die durch den UNSC angeforderten Dokumente zu erarbeiten und ihm vorzulegen.

²⁷⁶ So fordert eine WPS-Resolution des UNSC in 2019 bspw., dass Mitgliedstaaten „facilitate women’s full, equal and meaningful inclusion and participation in peace talks from the outset, both in negotiating parties’ delegations and in the mechanisms set up to implement and monitor agreements“ und den „timely support to women to enhance their participation and capacity building in peace processes, in order to address the unequal representation and participation of women in the peace and security agenda“. Darüber hinaus wurde die Peacebuilding Commission mit einer *gender strategy* beauftragt. Des Weiteren werden für die Umsetzung der WPS-Agenda nicht nur „all relevant UN Entities“ in die Pflicht genommen – wie bei YPS – sondern „all

heads of UN Entities“, vgl. UNSC, Resolution 2493 (2019), UN-Dok. S/RES/2493 (29. Oktober 2019), Ziff. 2, 3, 9 (Hervorhebungen durch Autor).

²⁷⁷ So weicht der UNSC von der Altersdefinition der UNGA (15–24 Jahre) ab, vgl. *supra* Fn. 2. Dies wirft die Frage auf, weshalb junge Menschen zwischen 15 und 18 Jahren bei der YPS-Agenda außer Acht gelassen werden, obwohl sie eine ebenso wichtige Rolle für Frieden spielen, vgl. Williams, Journal of International Affairs 2016, S. 108 f. Insbesondere Partizipation ist aufgrund formeller Barrieren, etwa in Form des Wahlalters, für Menschen unter 18 Jahren häufig eine noch größere Herausforderung.

²⁷⁸ Für eine Kritik an mangelnder Berücksichtigung der Klimakrise innerhalb der YPS-Agenda, s. *Khayat*, Journal of Youth, Peace & Security 2021, S. 36. Für die gleiche Kritik an der WPS-Agenda, s. *Yoshida*, The Nature of Women, Peace and Security: Where is the Environment in WPS and where is WPS in environmental Peacebuilding?, LSE Women, Peace and Security Working Paper Series 2019.

²⁷⁹ Bspw. adressieren die Forderungen nach Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt lediglich Konfliktparteien und ignorieren damit „the persistent feminist refrain that gendered security moves well beyond the need for militarized modes of security to articulate an understanding of everyday security“, *Heathcote*, in: Heathcote, The Oxford Handbook of the International Law of Global Security, S. 89. Eine weitere Kritik lautet, dass die Forderung nach „appropriate measures to promote the physical and psychological recovery“ des UNSC „only covers situations of armed conflict. Young people are also victims of violence during times of peace [...]“, *Hettihewa*, Völkerrechtsblog, 17.08.2020.

²⁸⁰ UNSC, Resolution 2493 (2019), *supra* Fn. 276, Ziff. 9 (c) [eigene Übersetzung].

²⁸¹ UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 25 [eigene Übersetzung].

²⁸² Vgl. *ebd.*, Ziff. 21.

auch bei der „Planung, Budgetierung, Überwachung und Auswertung“ zu berücksichtigen.²⁸³ Die Umsetzung der YPS-Agenda wird dadurch gehemmt, dass spezifische operative Vorgaben, beispielsweise für UN-Länderkoordinator:innen, und Finanzierungszusagen fehlen²⁸⁴ – obschon die Finanzierung die zentrale Herausforderung bei der Umsetzung darstellt.²⁸⁵

2. Beteiligung und Empowerment für nachhaltigen Frieden

Indem die YPS-Agenda einen „Meilenstein“²⁸⁶ für mehr zivilgesellschaftliche Partizipation in Friedensprozessen darstellt, fungiert sie als Katalysator für Nachhaltigkeit von Friedensprozessen.²⁸⁷ Sie ist damit komplementär zur WPS-Agenda zu betrachten, deren Anliegen

nach Einbeziehung von ursprünglich marginalisierten Gruppen in Friedensprozessen Nachdruck verliehen werden.²⁸⁸

Durch Forderungen nach Partnerschaften mit und (finanzieller) Unterstützung von Jugendorganisationen sowie der Zusammenarbeit mit lokalen Friedensakteur:innen fördert die YPS-Agenda menschnähere Lösungen,²⁸⁹ ganz im Sinne der *sustaining peace* Agenda der UN.²⁹⁰ Bereits 1999 schlug die UNESCO dafür in ihrer ersten Jugendstrategie die „Kooperation mit Jugendorganisationen bei der Mobilisierung und beim Training junger Menschen für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit“ vor.²⁹¹

Der UN-Sicherheitsrat integriert (non-formale)²⁹² Bildung – als ursprünglich soziales Thema²⁹³ – in die UN-Sicherheitsagenda, indem

²⁸³ Altiok/Simpson, A Brief Analysis of New UN Security Council Resolution 2535, S. 7 [eigene Übersetzung].

²⁸⁴ Ebd., S. 8.

²⁸⁵ In der unabhängigen YPS-Studie (2018) wird eine Zielsumme von insgesamt 1,8 Milliarden US-Dollar bis zum Jahr 2025 vorgeschlagen. Derzeit haushalten etwa die Hälfte aller Jugendorganisationen im Bereich Friedensbildung mit einem jährlichen Budget von unter 5.000 €, vgl. *supra* Fn. 68, Ziff. 23, 60 (a). Der UN-Generalsekretär bezeichnete in seinem YPS-Bericht (2020) die fehlenden finanziellen Ressourcen als „a profound impediment to the realization of the peacebuilding and sustaining peace approach of the 2030 Agenda because youth and peace and security is an accelerator of those global commitments“, *supra* Fn. 1, Ziff. 66.

²⁸⁶ Berents/Prelis, More than a Milestone: The Road to UN Security Council Resolution 2250 on Youth, Peace and Security, 2020, abrufbar unter: https://www.youth4peace.info/system/files/2020-12/The%20Story%20of%202250_FINAL%20Dec%209%2020.pdf [letzter Zugriff: 15. Mai 2021].

²⁸⁷ Vgl. Altiok/Grizelj, We are here: An integrated approach to youth-inclusive peace processes, 2019, S. 14; vgl. Grizelj, International Negotiation 2019, S. 185; vgl. YPS-Studie (2018), *supra* Fn. 68, Ziff. 36.

²⁸⁸ Vgl. UN Women, Young Women in Peace and Security: At the Intersection of the YPS and WPS Agendas (2018), abrufbar unter: <https://www.unwomen.org/sites/default/files/Headquarters/Attachments/Sections/Library/Publications/2018/Research-paper-Young-women-in-peace-and-security-en.pdf> [letzter Zugriff: 21. Januar 2021].

²⁸⁹ Vgl. UNGA/UNSC, Report of the Secretary-General, Peacebuilding and Sustaining Peace, UN-Dok. A/74/976-S/2020/773 (30. Juli 2020), Ziff. 56.

²⁹⁰ Diese stellt fest, dass „the challenge of sustaining peace can be met through close [...] partnerships between national Governments, the United Nations, and other key

stakeholders, including [...] youth organizations [...]“, UNSC, Resolution 2282 (2016), UN-Dok. S/RES/2282 (27. April 2016), Ziff. 18. Die *Sustaining Peace* Agenda geht von den Zwillingen Resolutionen 70/262 der UNGA und 2282 (2016) des UNSC im April 2016 aus, in denen die Mitgliedstaaten forderten, den Fokus in der Friedensstrategie im Gegensatz zu Peacekeeping-Missionen auf die langfristige Stabilisierung von Frieden und Konfliktprävention zu verschieben, insbesondere „national ownership“ und Inklusivität, vgl. UNSC, Resolution 2282 (2016), UN-Dok. S/RES/2282 (27. April 2016); UNGA, Review of the United Nations peacebuilding architecture, UN-Dok. A/RES/70/262 (12. Mai 2016). Damit hat die internationale Gemeinschaft „sought to move away from a strict adherence to technocratic peacebuilding practices towards a more responsive approach that ensure a wide range of actors are visible and heard“, Berents/Mollica, Cooperation and Conflict 2021, S. 8.

²⁹¹ UNESCO, Strategy for UNESCO's action with and for youth (1999), S. 11, Ziff. 6 [eigene Übersetzung], abrufbar unter: <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000118914?posInSet=19&queryId=ba839f09-ad76-429c-9778-e67891e04391> [letzter Zugriff: 30.10.2021].

²⁹² Vgl. UNSC, Resolution 2419 (2018), Präambel, Absatz 19; UNSC, Resolution 2535 (2020), Präambel, Absatz 23. Diese Spezifizierung von Bildung ist insofern relevant, als dass wichtige Kompetenzen zur Friedensarbeit mitunter durch non-formale Bildungsarbeit, d. h. beispielsweise durch Jugendorganisationen, erlernt werden. Diese fehlen jungen Menschen etwa in Kamerun, vgl. Leke, PeaceLab Blog, 26. April 2020.

²⁹³ Das Thema Bildung findet in der Regel in den Jugendresolutionen des dritten Ausschusses der UNGA oder den Jugendresolutionen der Sozialentwicklungskommission des Wirtschafts- und Sozialrates Einklang, vgl. UNGA, Resolution 74/121, Policies and programmes involving youth, UN-Dok. A/RES/74/121 (10. Januar 2020), Ziff. 12–20;

sie hochwertige Friedenspädagogik (*quality education for peace*) fordert, „die Jugendliche mit der Fähigkeit ausstattet, sich konstruktiv in zivilgesellschaftliche Strukturen und inklusive politische Prozesse einzubringen“.²⁹⁴

Auch wenn die YPS-Agenda damit nicht die Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrats nach Kompetenzentwicklung²⁹⁵ und politischer Bildung²⁹⁶ berücksichtigt, stellt dies einen Fortschritt dar: Während die UN-Generalversammlung die Förderung einer Friedenskultur²⁹⁷ und die UNESCO den Friedensnutzen von Bildung bereits früh erkannten,²⁹⁸ bedient sich mittels der YPS-Agenda erstmals der UN-Sicherheitsrat der Bildung als „mächtiges Werkzeug zur Konfliktprävention“²⁹⁹ für die Schaffung

langfristig friedlicher Gesellschaften.³⁰⁰

Er entwickelt zudem das Verständnis des Zwecks von Bildung lediglich als Werkzeug zur *Extremismus*prävention weiter, indem die (Extremismus-)Prävention von dessen Hauptgegenstand zur implizierten Konsequenz wird: Bildungsmaßnahmen sollen ihren Fokus auf die *Förderung von Frieden* durch die Nutzung des Potenzials der Inklusion junger Menschen, und nicht der *Bekämpfung eines Radikalisierungspotenzials* legen. Den Zweck der Förderung eines nachhaltigen Friedens erfüllen auch Forderungen nach wirtschaftlicher Inklusion, insbesondere nach Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen.³⁰¹

UN-Sozialentwicklungskommission, Policies and Programmes involving youth, UN-Dok. E/CN.5/2019/L.3 (15. Februar 2019), Ziff. 15.

²⁹⁴ UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 12 [eigene Übersetzung].

²⁹⁵ Der Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018) empfiehlt, dass „States should empower right holders to effectively exercise the right to participate in public affairs“, *supra* Fn. 168, Ziff. 24 (a) und (b). Sie stellen darüber hinaus fest, dass die Verwirklichung des Rechts auf politische Partizipation eine Umgebung erfordert, die „ensures that [all members of society] are empowered and equipped with the knowledge and capacity necessary to claim and exercise their rights“, *ebd.*, Ziff. 17. Auch das Sozialforum des UN-Menschenrechtsrats empfahl 2019: „States, United Nations agencies and civil society should strengthen capacity-building of young people to ensure that they understand the possibilities and channels for engaging in relevant processes at the international, regional and national levels“, UN-Menschenrechtsrat, Report of the 2019 Social Forum, UN-Dok. A/HRC/43/63 (10. Januar 2020), Ziff. 85. Auch das Forum für Menschenrechte forderte Programme zum Empowerment von Frauen für mehr Partizipation, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the Co-Chairs, First session of the Forum on Human Rights, Democracy and the Rule of Law, UN-Dok. A/HRC/34/46 (31. Januar 2017), Ziff. 24.

²⁹⁶ So empfiehlt der Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018), dass „such programmes should be aimed at empowering rights holders, promoting a culture of participation and building agency within local communities“ und „should include knowledge of human rights, the importance of participation for society, and an understanding of the electoral and political system and of various opportunities for participation“, *supra* Fn. 168, Ziff. 24 (a) und (b). Während der UNSC die Möglichkeiten neuer digitaler Räume anerkennt, fehlt es Vorschlägen für Maßnahmen zur Befähigung junger Menschen zur Nutzung dieser. Der UN-Menschenrechtsrat empfahl etwa: „Media education and digital literacy programmes should be included in formal and non-formal

curricula to allow meaningful participation online. For example, these programmes should focus, where relevant, on technical fundamentals of the Internet and develop critical thinking to help rights holders to identify and evaluate information and content from different sources“, *ebd.*, Ziff. 92.

²⁹⁷ Vgl. *supra* Fn. 146.

²⁹⁸ Bereits das in der UNESCO-Verfassung formulierte Mandat weist darauf hin. Beispielhaft lässt sich hierfür auch eine von der 28. Generalkonferenz befürwortete Erklärung zu Frieden und Bildung von 1994 heranziehen, vgl. UNESCO, Declaration and Integrated Framework of Action on Education for Peace, Human Rights and Democracy (1995), S. 9, Ziff. 6 ff., abrufbar unter: <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000112874> [letzter Zugriff: 4. Dezember 2021].

²⁹⁹ UN-Menschenrechtsrat, Report of the 2019 Social Forum, UN-Dok. A/HRC/43/63 (10. Januar 2020), Ziff. 68.

³⁰⁰ Der UNSC unternimmt hier einen Schritt, der einer Feststellung des UN-Generalsekretärs in seinem späteren YPS-Bericht (2020) folgt, demnach „[l]ong-term prevention efforts must address the underlying drivers of conflict“ und damit auf die Erziehung nicht-gewalttätiger Generationen abzielt. Der Bericht führt als solche zugrundeliegenden Ursachen „[i]nequalities, discrimination, exclusion and persistent human rights violations“ auf, *supra* Fn. 1, Ziff. 37. Damit stellt dieser Punkt eine tatsächlich präventive Maßnahme dar, insofern deren Auswirkungen erst langfristig einen nennenswerten Einfluss auf Frieden haben und nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit Friedensbedrohungen stehen. Die UNGA hatte bereits 1985 verstanden, dass „it would be beneficial to the cause of world peace to educate youth in the spirit of respect for the dignity and worth of the human person, for tolerance, democracy, human rights and fundamental freedoms“, *Angel et al.*, The International Law of Youth Rights, S. 143.

³⁰¹ Vgl. UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 11, 17; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 13; UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 8. Zuvor hatte der UNSC in Resolutionen bereits thematisiert, Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, vgl. *supra* Fn. 154. Dies knüpft letztlich an die *youth-*

Wie die YPS-Agenda für Beteiligung und Empowerment junger Menschen einen neuen Standard gesetzt hat, zeigt sich treffend anhand einer Forderung des UN-Sicherheitsrats in Resolution 2282 (2016) zur Friedensarchitektur für nachhaltigen Frieden, in der die Beteiligung jungen Menschen in einem eigenen Absatz hervorgehoben wird:

*The Security Council, [...] Calls upon Member States and relevant United Nations organs and entities to consider ways to increase meaningful and inclusive participation of youth in peacebuilding efforts through creating policies, including in partnership with private sector where relevant, that would enhance youth capacities and skills, and create youth employment to actively contribute to sustaining peace.*³⁰²

Des Weiteren schafft die Hervorhebung der staatlichen Pflicht zum Schutz „gesellschaftlichen und politischen Raums“³⁰³ im Rahmen der YPS-Agenda eine Präzedenz in der Praxis des UN-Sicherheitsrats und stellt einen Durchbruch für die Verknüpfung verschiedener friedensrelevanter Bereiche dar. Diesen Raum zu schützen, birgt nämlich Potenzial für innovative

Friedensarbeit und Konfliktlösung: „Young people’s work on peace and security is the ‚connective tissue‘ that bridges the silos of development, human rights, humanitarian affairs and peace and security, from the local to the global level“, konstatierte 2018 die YPS-Studie.³⁰⁴ Nicht zuletzt ist die umfassende Stärkung junger Menschen „der erste Schritt zur Verwirklichung ihrer Rechte“.³⁰⁵

3. Institutionalisierung der YPS-Agenda

Die YPS-Agenda bleibt dem UN-System in dreifacher Weise langfristig erhalten: Erstens wird sie *prozedural* verstetigt, da die zweijährige Berichtspflicht des UN-Generalsekretärs zu YPS die Agenda auf der Tagesordnung des UN-Sicherheitsrats zementiert.³⁰⁶ Zweitens wird sie *inhaltlich* im UN-System verankert: Sie soll in „Strategie- und Planungsdokumente, Konfliktanalysen, Rahmenwerke, Initiativen und Steuerungsinstrumente auf globaler, regionaler und nationaler Ebene“ integriert und durch Anleitungen des UN-Generalsekretärs operationalisiert werden.³⁰⁷ Drittens wird die Agenda *personell* durch einen systemübergreifenden

bulge-These an, demnach wirtschaftliche Perspektiven das Risiko von Gewaltbereitschaft großer junger Bevölkerungsanteile reduziert, vgl. Teil C. I. 1 und insbesondere *supra* Fn. 148. In der Praxis ergänzt der UNSC allerdings den Aspekt wirtschaftlicher Perspektiven insbesondere zur Reintegration ehemals gewaltsamer Jugendlicher und folgt damit den Empfehlungen der Expert:innengruppe zur Überprüfung der Friedenskonsolidierung, vgl. *supra* Fn. 40, Ziff. 162. Die Notwendigkeit wirtschaftlicher Stärkung junger Menschen in konfliktbetroffenen Situationen erkennt auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) an, vgl. ILO, Recommendation No. 205 (2017), Employment and Decent Work for Peace and Resilience Recommendation (16. Juni 2017), Ziff. 13 (b). Dies liegt im Interesse einer UN-weiten Initiative für Beschäftigungsmöglichkeiten junger Menschen, s. <https://www.decentjobsforyouth.org>.

³⁰² UNSC, Resolution 2282 (2016), UN-Dok. S/RES/2282 (27. April 2016), Ziff. 23.

³⁰³ UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 26 [eigene Übersetzung von „civic and political space“].

³⁰⁴ *Supra* Fn. 68, Ziff. 56. Für die ähnliche Argumentation, dass die Säulen Menschenrechtsschutz und Frieden und Sicherheit „through the vehicle of meaningful youth participation“ verbunden werden, s. *Altiok/Simpson*, A Brief Analysis of New UN Security Council Resolution 2535, S. 6.

³⁰⁵ Dies schlussfolgerte 2019 das Sozialforum des UN-Menschenrechtsrats, s. UN-Menschenrechtsrat, Report of the 2019 Social Forum, UN-Dok. A/HRC/43/63 (10. Januar 2020), Ziff. 71.

³⁰⁶ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 26. Dies greift Debatten über die Relevanz des Themas vorweg. Manche ständigen Mitglieder des UNSC führten vehemente Debatten über die Verortung der YPS-Agenda im UNSC, denen in Zukunft jedoch kein Platz mehr eingeräumt werden wird, vgl. *Altiok/Simpson*, A Brief Analysis of New UN Security Council Resolution 2535, S. 6. Hingegen sieht die WPS-Agenda eine *jährliche* Berichtspflicht vor, vgl. UNSC, Resolution 2122 (2013), UN-Dok. S/RES/2122 (18. Oktober 2013), Ziff. 18.

³⁰⁷ UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 23 [eigene Übersetzung]. So sind Spillover-Effekte durch die UN-interne Auseinandersetzung mit der YPS-Agenda auf die Mitgliedstaaten zu erwarten, die durch verstärkte Sichtbarkeit zunehmend mit dem Thema konfrontiert sind; vgl. auch *Altiok/Simpson*, A Brief Analysis of New UN Security Council Resolution 2535, S. 8. Der UN-Generalsekretär ist sowohl dazu aufgefordert, „dedicated guidance on the protection of young people“ als auch „guidance for all peacekeeping [...] missions on the implementation“ zu entwickeln, vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 21 f.

Ansatz auf verschiedenen Ebenen umgesetzt: Neben dem UN-Generalsekretär und der UN-Jugendgesandten werden alle relevanten UN-Organe, Berichtersteller:innen, Sondergesandte und Länderkoordinator:innen für die Umsetzung in die Verantwortung genommen.³⁰⁸

D. Auswirkungen der YPS-Agenda auf die Praxis der Vereinten Nationen

Allerdings sind Forderungen nach Institutionalisierung und UN-interner Umsetzung der YPS-Agenda noch keine Garantie für effektive Fortschritte. Um die normativen Grundlagen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Zielerreichung zu überprüfen, werden im Folgenden identifizierbare Auswirkungen der YPS-Agenda

³⁰⁸ Vgl. UNSC, Resolution 2535 (2020), Ziff. 19; UNSC, Resolution 2419 (2018), Ziff. 19; UNSC, Resolution 2250 (2015), Ziff. 19.

³⁰⁹ Die folgende Analyse beschränkt sich auf Resolutionen und berücksichtigt keine Pressemitteilungen und Presidential Statements. 2019 hat der UNSC in einem Statement zu Frieden und Sicherheit in Afrika die umfassende Beteiligung junger Menschen in allen Phasen von Friedensprozessen und auf allen Entscheidungsebenen gefordert, vgl. UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2019/15 (12. Dezember 2019), Absatz 7, Ziff. 1 und 2, Absatz 10. Allein in 2021 beinhaltete etwa die Hälfte der veröffentlichten 24 Presidential Statements mindestens eine Referenz zur Jugend (Stand 9. Dezember 2021), welche die im Folgenden dargestellten Erkenntnisse aus den UNSC-Resolutionen gleichermaßen bestätigen. Insbesondere wird bis November 2021 darin verstärkte Jugendpartizipation gefordert, nur einmal der besondere Schutz junger Menschen und drei Mal explizit die Implementierung der YPS-Agenda, vgl. UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/1 (12. Januar 2021), Absatz 12; UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/2 (29. Januar 2021), Absatz 10; UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/3 (3. Februar 2021), Absatz 10; UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/5 (10. März 2021), Absatz 2; UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/7 (24. März 2021), Absatz 4; UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/9 (19. April 2021), Absatz 5; UNSC, Statement by the President of the Security Council,

auf die UN-Praxis analysiert. Dafür wird die Rezeption der YPS-Agenda durch den UN-Sicherheitsrat, die UN-Generalversammlung und den UN-Generalsekretär sowie deren Auswirkungen auf die UN-Friedenskonsolidierung sowie das (regionale) UN-System untersucht.

I. Rezeption durch den UN-Sicherheitsrat

Der UN-Sicherheitsrat berücksichtigt in seinen Resolutionen und Presidential Statements zunehmend die YPS-Agenda.³⁰⁹ Anders als zuvor verzichtet er seit 2015 auf Referenzen zur Gewaltanfälligkeit junger Menschen.³¹⁰ Wie sehr ihnen mittlerweile grundsätzlich eine positive Rolle zugeschrieben und ihre *agency*³¹¹ anerkannt wird, verdeutlicht die im Zusammenhang mit der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie geäußerte Forderung nach „voller, gleicher und wirkungsvoller Partizipation von Frauen und jungen Menschen in der [...] Antwort auf die

UN-Dok. S/PRST/2021/10 (19. Mai 2021), Absatz 21; UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/12 (15. Juli 2021), Absatz 3; UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/14 (2. August 2021), Absatz 5; UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/20 (27. Oktober 2021), Absatz 4; UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/21 (28. Oktober 2021), Absatz 31; UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/22 (9. November 2021), Absätze 8 und 10; UNSC, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/24 (24. November 2021), Absatz 8.

³¹⁰ Dies ergibt die Volltextsuche aller UNSC-Resolutionen seit der Annahme von Resolution 2250 am 9. Dezember 2015 nach den Worten „preventing“, „prevention“, „violence“ und „terrorism“. Die einzige explizite Verknüpfung lautet: „States should consider supporting the efforts aimed at raising public awareness regarding counter terrorist narratives through education and media, including through dedicated educational programs to pre-empt youth acceptance of terrorist narratives“, vgl. UNSC, Resolution 2354 (2017), UN-Dok. S/RES/2354 (24. Mai 2017), Ziff. 2 (g). Zwei weitere implizite Verknüpfungen betreffen alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen und nicht exklusiv die Jugend, vgl. UNSC, Resolution 2349 (2017), UN-Dok. S/RES/2349 (31. März 2017), Ziff. 22; vgl. UNSC, Resolution 2482 (2019), UN-Dok. S/RES/2482 (19. Juli 2019), Ziff. 17. Für Resolutionen des UNSC bis 2015 mit Verweisen auf jugendliche Gewaltbereitschaft, s. *supra* Fn. 154.

³¹¹ Vgl. *supra* Fn. 15.

Pandemie“.³¹² Durch die Analyse von UN-Sicherheitsratsresolutionen seit der Annahme von Resolution 2250 im Dezember 2015 können durch diese Arbeit vier Trends identifiziert werden, die im Folgenden beschrieben werden: Direkte Referenz der YPS-Agenda in Resolutionen, die seltene Thematisierung von Jugend in eigenen Absätzen, die Jugend als eine Gruppe von mehreren in Resolutionen und der starke Fokus auf Partizipation bei der Einbeziehung von jungen Menschen in Resolutionen.

1. Direkte Referenz der YPS-Agenda

Die direkte Nennung von „Youth, Peace and Security“³¹³ bzw. Resolution 2250 (2015) beschränkte sich bis Juli 2022 auf fünf thematische³¹⁴ und 24 länderspezifische Resolutionen

zu Zypern (8x),³¹⁵ Westsahara (6x),³¹⁶ Demokratische Republik Kongo (4x),³¹⁷ Mali (3x)³¹⁸ sowie Sudan/Südsudan (3x).³¹⁹

Insgesamt, und auch im Vergleich zu den 92 direkten Verweisen zur WPS-Resolution 1325 (2000) im selben Zeitraum,³²⁰ bezog sich der UN-Sicherheitsrat anfangs eher selten, mittlerweile aber zunehmend auf die normativen Grundlagen der YPS-Agenda.³²¹

Im März 2021 wurde erstmals in Resolution 2567 (2021) zu UNMISS im Sudan/Südsudan explizit die Umsetzung der YPS-Agenda als solche gefordert.³²² Seitdem formulierte der UN-Sicherheitsrat wiederholt den Auftrag zur Umsetzung; bisher an die UN-Missionen in Mali,³²³

³¹² UNSC, Resolution 2532 (2020), UN-Dok. S/RES/2532 (1. Juli 2020), Ziff. 7 [eigene Übersetzung].

³¹³ Hierunter wurde für die explizite Formulierung „youth, peace and security“ und „youth and peace and security“ recherchiert.

³¹⁴ Zu *Post-conflict Peacebuilding* vgl. UNSC, Resolution 2282 (2016), UN-Dok. S/RES/2282 (27. April 2016), Präambel. Zu *Silencing the Guns in Africa* vgl. UNSC, Resolution 2457 (2019), UN-Dok. S/RES/2457 (27. Februar 2019), Ziff. 14. Zu *Maintenance of International Peace* vgl. UNSC, Resolution 2553 (2020), UN-Dok. S/RES/2553 (3. Dezember 2020), Präambel. Zu *Peacebuilding and Sustaining Peace* vgl. UNSC, Resolution 2558 (2020), UN-Dok. S/RES/2558 (21. Dezember 2020), Präambel. Zu *United Nations Peacekeeping Operations* vgl. UNSC, Resolution 2594 (2021), UN-Dok. S/RES/2594 (9. September 2021), Präambel.

³¹⁵ Vgl. UNSC, Resolution 2398 (2018), UN-Dok. S/RES/2398 (30. Januar 2018), Präambel; UNSC, Resolution 2430 (2018), UN-Dok. S/RES/2430 (26. Juli 2018), Präambel; UNSC, Resolution 2453 (2019), UN-Dok. S/RES/2453 (30. Januar 2019), Präambel; UNSC, Resolution 2506 (2020), UN-Dok. S/RES/2506 (30. Januar 2020), Präambel; UNSC, Resolution 2537 (2020), UN-Dok. S/RES/2537 (28. Juli 2020), Präambel; UNSC, Resolution 2561 (2021), UN-Dok. S/RES/2561 (29. Januar 2021), Präambel; UNSC, Resolution 2587 (2021), UN-Dok. S/RES/2587 (29. Juli 2021), Präambel; UNSC, Resolution 2618 (2022), UN-Dok. S/RES/2618 (27. Januar 2022), Ziff. 16 (f).

³¹⁶ Vgl. UNSC, Resolution 2414 (2018), UN-Dok. S/RES/2414 (27. April 2018), Präambel; UNSC, Resolution 2440 (2018), UN-Dok. S/RES/2440 (31. Oktober 2018), Präambel; UNSC, Resolution 2468 (2019), UN-Dok. S/RES/2468 (30. April 2019), Präambel; UNSC, Resolution 2494 (2019), UN-Dok. S/RES/2494 (30. Oktober 2019), Präambel; UNSC, Resolution 2548 (2020), UN-Dok. S/RES/2548 (30. Oktober 2020), Präambel; UNSC, Resolution 2602 (2021), UN-Dok. S/RES/2602 (29. Oktober 2021), Präambel.

³¹⁷ Vgl. UNSC, Resolution 2463 (2019), UN-Dok. S/RES/2463 (29. März 2019), Präambel; UNSC, Resolution 2502 (2019), UN-Dok. S/RES/2502 (19. Dezember 2019), Präambel; UNSC, Resolution 2556 (2020), UN-Dok. S/RES/2556 (18. Dezember 2020), Präambel; UNSC, Resolution 2612 (2021), UN-Dok. S/RES/2612 (20. Dezember 2021), Ziff. 42.

³¹⁸ Vgl. UNSC, Resolution 2531 (2020), UN-Dok. S/RES/2531 (29. Juni 2020), Ziff. 53; UNSC, Resolution 2584 (2021), UN-Dok. S/RES/2584 (29. Juni 2021), Ziff. 47; UNSC, Resolution 2640 (2022), UN-Dok. S/RES/2640 (29. Juni 2022), Ziff. 41.

³¹⁹ Vgl. UNSC, Resolution 2567 (2021), UN-Dok. S/RES/2567 (12. März 2021), Ziff. 18 (i); UNSC, Resolution 2609 (2021), UN-Dok. S/RES/2609 (15. Dezember 2021), Ziff. 30 (n); UNSC, Resolution 2625 (2022), UN-Dok. S/RES/2625 (15. März 2022), Ziff. 20 (l).

³²⁰ Dies ergab die Volltextsuche des Schlagworts „1325“ in allen UNSC-Resolutionen für den Zeitraum von der Annahme der Resolution 2250 (2015) bis dato, Stand 26. November 2021. Auch in den ersten fünf Jahren nach Annahme der Resolution 1325 (2000) wurde sie mit insgesamt 32-mal häufiger referenziert als die YPS-Agenda in ihren ersten fünf Jahren.

³²¹ Während 2016 lediglich zwei und 2017 gar keine Referenz zur YPS-Agenda in UN-Sicherheitsratsresolutionen zu vernehmen waren, steigen diese Zahlen in 2018 (4), 2019 (6) und 2020 (7) auf bisher sechs in 2021 (Stand 26. November 2021). Die Zunahme betrifft auch die Anzahl der unterschiedlichen Länder mit YPS-Referenz: seit 2019 auch die DR Kongo, seit 2020 Mali und seit 2021 auch Sudan/Südsudan, vgl. *supra* Fn. 314 bis Fn. 319.

³²² Vgl. UNSC, Resolution 2567 (2021), UN-Dok. S/RES/2567 (12. März 2021), Ziff. 18 (i).

³²³ Vgl. UNSC, Resolution 2584 (2021), UN-Dok. S/RES/2584 (29. Juni 2021), Ziff. 47; UNSC, Resolution 2640 (2022), UN-Dok. S/RES/2640 (29. Juni 2022), Ziff. 41.

Kongo,³²⁴ Sudan/Südsudan³²⁵ und Zypern³²⁶.

2. Seltener exklusiver Fokus auf Jugend

Nur in Einzelfällen widmete der UN-Sicherheitsrat der Jugend dezidiert einen eigenen (Unter-)Absatz, nämlich in den thematischen Resolutionen 2282 (2016) zu Friedenskonsolidierung,³²⁷ 2457 (2019) zu *Silencing the guns*,³²⁸ 2553 (2020) zur UN-Friedensarchitektur,³²⁹ sowie in länderspezifischen Resolutionen zu Zypern,³³⁰ Südsudan,³³¹ und vereinzelt zu Libyen³³² und Mali³³³.

Dies verdeutlicht einerseits die Möglichkeit gesonderter Aufmerksamkeit für die Jugend durch den UN-Sicherheitsrat und die seltene Nutzung

dieser Möglichkeit andererseits. Besonders bemerkenswert ist die in Resolution 2579 (2021) zu Sudan/Südsudan formulierte Forderung an den UN-Generalsekretär, über Fortschritte zur Jugendbeteiligung in Friedensprozessen zu berichten.³³⁴

3. Youth Mainstreaming

Darüber hinaus werden querschnittsthematisch junge Menschen als relevante Akteur:innen in Resolutionen genannt, nämlich nach drei Schemata. Erstens stellt der UN-Sicherheitsrat in Resolutionen junge Menschen mit Frauen gleich, indem er für „women and youth“ gleichermaßen ihre besondere Rolle für Friedensprozesse anerkennt³³⁵ und ihre Beteiligung darin fordert.³³⁶

³²⁴ Vgl. UNSC, Resolution 2612 (2021), UN-Dok. S/RES/2612 (20. Dezember 2021), Ziff. 42.

³²⁵ Vgl. UNSC, Resolution 2609 (2021), UN-Dok. S/RES/2609 (15. Dezember 2021), Ziff. 30 (n); UNSC, Resolution 2625 (2022), UN-Dok. S/RES/2625 (15. März 2022), Ziff. 20 (l).

³²⁶ Vgl. UNSC, Resolution 2618 (2022), UN-Dok. S/RES/2618 (27. Januar 2022), Ziff. 16 (f).

³²⁷ Vgl. UNSC, Resolution 2282 (2016), UN-Dok. S/RES/2282 (27. April 2016), Ziff. 23.

³²⁸ Vgl. UNSC, Resolution 2457 (2019), UN-Dok. S/RES/2457 (27. Februar 2019), Ziff. 16.

³²⁹ Vgl. UNSC, Resolution 2553 (2020), UN-Dok. S/RES/2553 (3. Dezember 2020), Ziff. 6.

³³⁰ Vgl. UNSC, Resolution 2398 (2018), UN-Dok. S/RES/2398 (30. Januar 2018), Ziff. 7; UNSC, Resolution 2430 (2018), UN-Dok. S/RES/2430 (26. Juli 2018), Ziff. 9; außerdem in den Präambeln von vier weiteren Resolutionen, vgl. UNSC, Resolution 2506 (2020), UN-Dok. S/RES/2506 (30. Januar 2020), Präambel, Absatz 6; UNSC, Resolution 2537 (2020), UN-Dok. S/RES/2537 (28. Juli 2020), Präambel, Absatz 6; UNSC, Resolution 2561 (2021), UN-Dok. S/RES/2561 (29. Januar 2021), Präambel, Absatz 6; UNSC, Resolution 2587 (2021), UN-Dok. S/RES/2587 (29. Juli 2021), Präambel, Absatz 9; UNSC, Resolution 2618 (2022), UN-Dok. S/RES/2618 (27. Januar 2022), Ziff. 16 (f).

³³¹ Vgl. UNSC, Resolution 2567 (2021), UN-Dok. S/RES/2567 (12. März 2021), Ziff. 18 (i); UNSC, Resolution 2579 (2021), UN-Dok. S/RES/2579 (3. Juni 2021), Ziff. 13; UNSC, Resolution 2609 (2021), UN-Dok. S/RES/2609 (15. Dezember 2021), Ziff. 30 (n); UNSC, Resolution 2625 (2022), UN-Dok. S/RES/2625 (15. März 2022), Ziff. 20 (l).

³³² Allerdings lediglich in der Präambel, vgl. UNSC, Resolution 2542 (2020), UN-Dok. S/RES/2542 (15. September 2020), Präambel, Absatz 11.

³³³ Vgl. UNSC, Resolution 2584 (2021), UN-Dok. S/RES/2584 (29. Juni 2021), Ziff. 47; UNSC, Resolution 2640 (2022), UN-Dok. S/RES/2640 (29. Juni 2022), Ziff. 41.

³³⁴ UNSC, Resolution 2579 (2021), UN-Dok. S/RES/2579 (3. Juni 2021), Ziff. 13.

³³⁵ Vgl. UNSC, Resolution 2275 (2016), UN-Dok. S/RES/2275 (24. März 2016), Ziff. 20; UNSC, Resolution 2297 (2016), UN-Dok. S/RES/2297 (7. Juli 2016), Ziff. 42; UNSC, Resolution 2358 (2017), UN-Dok. S/RES/2358 (14. Juni 2017), Ziff. 13; UNSC, Resolution 2372 (2017), UN-Dok. S/RES/2372 (30. August 2017), Ziff. 52; UNSC, Resolution 2408 (2018), UN-Dok. S/RES/2408 (27. März 2018), Ziff. 14; UNSC, Resolution 2431 (2018), UN-Dok. S/RES/2431 (30. Juni 2018), Ziff. 53; UNSC, Resolution 2463 (2019), UN-Dok. S/RES/2463 (29. März 2019), Präambel; UNSC, Resolution 2502 (2019), UN-Dok. S/RES/2502 (19. Dezember 2019), Präambel; UNSC, Resolution 2513 (2020), UN-Dok. S/RES/2513 (10. März 2020), Ziff. 3; UNSC, Resolution 2556 (2020), UN-Dok. S/RES/2556 (18. Dezember 2020), Präambel; UNSC, Resolution 2558 (2020), UN-Dok. S/RES/2558 (21. Dezember 2020), Präambel.

³³⁶ So lauten Forderungen z. B. „[to] support the participation of women and youth in peacebuilding“ und die „full and effective participation of women and youth“ sowie die „representation and participation of women and youth at all decision-making levels“ zu erhöhen, vgl. UNSC, Resolution 2282 (2016), UN-Dok. S/RES/2282 (27. April 2016), Ziff. 30 (h); UNSC, Resolution 2552 (2020), UN-Dok. S/RES/2552 (12. November 2020), Ziff. 7; UNSC, Resolution 2404 (2018), UN-Dok. S/RES/2404 (28. Februar 2018), Präambel; UNSC, Resolution 2458 (2019), UN-Dok. S/RES/2458 (28. Februar 2019), Präambel; UNSC, Resolution 2532 (2020), UN-Dok. S/RES/2532 (1. Juli 2020), Ziff. 7; UNSC, Resolution 2461 (2019), UN-Dok. S/RES/2461 (27. März 2019), Ziff. 9; UNSC, Resolution 2358 (2017), UN-Dok. S/RES/2358 (14. Juni 2017), Ziff. 9; UNSC, Resolution 2408 (2018), UN-Dok. S/RES/2408 (27. März 2018), Ziff. 10; UNSC, Resolution 2459 (2019), UN-Dok. S/RES/2459 (15. März 2019), Ziff. 7 (a) (vi); UNSC, Resolution 2514 (2020), UN-Dok. S/RES/2514 (12. März 2020), Ziff. 8 (a) (vi);

Zweitens hebt der UN-Sicherheitsrat die Jugend im Zusammenhang mit Frauen hervor, jedoch weniger weitreichend. Er fordert beispielsweise in Resolutionen zu Libyen³³⁷, Mali,³³⁸ Jemen³³⁹ und UN-Friedenseinsätzen³⁴⁰ die „volle, gleichberechtigte und sinnvolle Partizipation von Frauen“ und im gleichen Satz lediglich die „Einbeziehung der Jugend“. Auch wird etwa die „volle, gleichberechtigte und sinnvolle Partizipation [von Frauen] als Wählerinnen und Kandida-

tinnen“ in der Zentralafrikanischen Republik gefordert, hingegen „die Partizipation der Jugend“ lediglich „ermutigt“.³⁴¹

Drittens integriert der UN-Sicherheitsrat die Jugend in das „breite Spektrum von Akteur:innen“³⁴² und „(relevanten) Stakeholder:innen“.³⁴³ Er tut dies, indem er die Partizipation mehrerer Gruppen zugleich fordert³⁴⁴ oder die Bedeutung mehrerer Gruppen gleichermaßen anerkennt³⁴⁵. Jugend wird dabei entweder als Teil

UNSC, Resolution 2414 (2018) UN-Dok. S/RES/2414 (27. April 2018), Ziff. 17; UNSC, Resolution 2440 (2018), UN-Dok. S/RES/2440 (31. Oktober 2018), Ziff. 14; UNSC, Resolution 2468 (2019), UN-Dok. S/RES/2468 (30. April 2019), Ziff. 13; UNSC, Resolution 2494 (2019), UN-Dok. S/RES/2494 (30. Oktober 2019), Ziff. 13; UNSC, Resolution 2548 (2020), UN-Dok. S/RES/2548 (30. Oktober 2020), Ziff. 13. Darüber hinaus, vgl. UNSC, Resolution 2552 (2020), UN-Dok. S/RES/2552 (12. November 2020), Ziff. 7; UNSC, Resolution 2350 (2017), UN-Dok. S/RES/2350 (13. April 2017), Präambel; UNSC, Resolution 2389 (2017), UN-Dok. S/RES/2389 (8. Dezember 2017), Ziff. 2; UNSC, Resolution 2512 (2020), UN-Dok. S/RES/2512 (28. Februar 2020), Präambel; UNSC, Resolution 2587 (2021), UN-Dok. S/RES/2587 (29. Juli 2021), Präambel sowie Ziff. 4 (f), 5; UNSC, Resolution 2594 (2021), UN-Dok. S/RES/2594 (9. September 2021), Ziff. 3; UNSC, Resolution 2602 (2021), UN-Dok. S/RES/2602 (29. Oktober 2021), Ziff. 13. Damit knüpft der UNSC an die häufige Verknüpfung von „women and children“ (oder invers) an, die er nach eigenen Recherchen in 290 Resolutionen verwendete (Stand 26. November 2021) – mehr als doppelt so häufig, wie das Wort „Jugend“ überhaupt vorkommt.

³³⁷ Vgl. UNSC, Resolution 2570 (2021), UN-Dok. S/RES/2570 (16. April 2021), Ziff. 2.

³³⁸ Vgl. UNSC, Resolution 2584, UN-Dok. S/RES/2584 (29. Juni 2021), Ziff. 30 (a) (vi).

³³⁹ Der Wortlaut hier ist ähnlich, die Unterscheidung zwischen der Beteiligung von Jugend und Frauen aber weniger stark: Es wird zwischen „full participation of women“ und „meaningful engagement of youth“ unterschieden, UNSC, Resolution 2451 (2018), UN-Dok. S/RES/2451 (21. Dezember 2018), Ziff. 4.

³⁴⁰ Vgl. UNSC, Resolution 2594 (2021), UN-Dok. S/RES/2594 (9. September 2021), Ziff. 6.

³⁴¹ S. UNSC, Resolution 2499 (2019), UN-Dok. S/RES/2499 (15. November 2019), Ziff. 10; UNSC, Resolution 2552 (2020), UN-Dok. S/RES/2552 (12. November 2020), Ziff. 9. Ähnlich auch die Forderung nach „full, equal and meaningful participation of women“, jedoch lediglich „reaffirming the importance of the participation of the youth“, vgl. UNSC, Resolution 2566 (2021), UN-Dok. S/RES/2566 (12. März 2021), Präambel.

³⁴² UNSC, Resolution 2354 (2017), UN-Dok. S/RES/2354 (24. Mai 2017), Ziff. 2 (f).

³⁴³ UNSC, Resolution 2553 (2020), UN-Dok. S/RES/2553 (3. Dezember 2020), Ziff. 23; vgl. UNSC, Resolution 2282 (2016), UN-Dok. S/RES/2282 (27. April 2016), Ziff. 18; vgl. UNSC, Resolution 2592 (2021), UN-Dok. S/RES/2592

(30. August 2021), Ziff. 6 (a) und (e); vgl. UNSC, Resolution 2600 (2021), UN-Dok. S/RES/2600 (15. Oktober 2021), Präambel.

³⁴⁴ Vgl. UNSC, Resolution 2252 (2015), UN-Dok. S/RES/2252 (15. Dezember 2015), Ziff. 2; UNSC, Resolution 2275 (2016), UN-Dok. S/RES/2275 (24. März 2016), Ziff. 4; UNSC, Resolution 2295 (2016), UN-Dok. S/RES/2295 (29. Juni 2016), Ziff. 19 (b); UNSC, Resolution 2297 (2016), UN-Dok. S/RES/2297 (7. Juli 2016), Ziff. 42; UNSC, Resolution 2301 (2016), UN-Dok. S/RES/2301 (26. Juli 2016), Ziff. 24 (a) (ii); UNSC, Resolution 2327 (2016), UN-Dok. S/RES/2327 (16. Dezember 2016), Ziff. 4; UNSC, Resolution 2354 (2017), UN-Dok. S/RES/2354 (24. Mai 2017), Ziff. 2 (f); UNSC, Resolution 2358 (2017), UN-Dok. S/RES/2358 (14. Juni 2017), Ziff. 4, 10; UNSC, Resolution 2364 (2017), UN-Dok. S/RES/2364 (29. Juni 2017), Ziff. 20 (b); UNSC, Resolution 2387 (2017), UN-Dok. S/RES/2387 (15. November 2017), Ziff. 42 (b) (iv); UNSC, Resolution 2408 (2018), UN-Dok. S/RES/2408 (27. März 2018), Ziff. 5, 11; UNSC, Resolution 2423 (2018), UN-Dok. S/RES/2423 (28. Juni 2018), Ziff. 38 (c) (iv); UNSC, Resolution 2448 (2018), UN-Dok. S/RES/2448 (13. Dezember 2018), Ziff. 39 (b) (v); UNSC, Resolution 2453 (2019), UN-Dok. S/RES/2453 (30. Januar 2019), Ziff. 5 (e); UNSC, Resolution 2499 (2019), UN-Dok. S/RES/2499 (15. November 2019), Ziff. 32 (b) (v); UNSC, Resolution 2483 (2019), UN-Dok. S/RES/2483 (25. Juli 2019), Ziff. 4 (e); UNSC, Resolution 2506 (2020), UN-Dok. S/RES/2506 (30. Januar 2020), Ziff. 5 (f); UNSC, Resolution 2531 (2020), UN-Dok. S/RES/2531 (29. Juni 2020), Ziff. 28 (a) (v); UNSC, Resolution 2537 (2020), UN-Dok. S/RES/2537 (28. Juli 2020), Ziff. 5 (g); UNSC, Resolution 2540 (2020), UN-Dok. S/RES/2540 (28. August 2020), Ziff. 5 (d); UNSC, Resolution 2552 (2020), UN-Dok. S/RES/2552 (12. November 2020), Ziff. 31 (b) (v); UNSC, Resolution 2553 (2020), UN-Dok. S/RES/2553 (3. Dezember 2020), Ziff. 14; UNSC, Resolution 2561 (2021), UN-Dok. S/RES/2561 (29. Januar 2021), Ziff. 4 (f); UNSC, Resolution 2579 (2021), UN-Dok. S/RES/2579 (3. Juni 2021), Ziff. 3 (iii) (a) und 4 (iv); UNSC, Resolution 2584, UN-Dok. S/RES/2584 (29. Juni 2021), Ziff. 2.

³⁴⁵ Vgl. UNSC, Resolution 2282 (2016), UN-Dok. S/RES/2282 (27. April 2016), Ziff. 4 (d), 18; UNSC, Resolution 2290 (2016), UN-Dok. S/RES/2290 (31. Mai 2016), Präambel; UNSC, Resolution 2395 (2017), UN-Dok. S/RES/2395 (21. Dezember 2017), Ziff. 21; UNSC, Resolution 2406 (2018), UN-Dok. S/RES/2406 (15. März 2018), Ziff. 4; UNSC, Resolution 2459 (2019), UN-Dok. S/RES/2459 (15. März 2019), Ziff. 4, 8; UNSC, Resolution 2461 (2019), UN-Dok. S/RES/2461 (27. März 2019), Ziff. 9; UNSC, Resolution 2467 (2019), UN-Dok. S/RES/2467 (23. April 2019), Ziff. 19; vgl.

der Zivilgesellschaft subsumiert³⁴⁶ oder ihr gleichgestellt³⁴⁷.

4. Jugendpartizipation als Kernthema

Wenn die Jugend seit 2015 in Resolutionen des UN-Sicherheitsrats erwähnt wird, sticht das Thema Partizipation heraus. In 82 % aller 120 Absätze, in denen er die Jugend in Resolutionen bis November 2021 thematisiert, adressiert er ihre Partizipation.³⁴⁸

Thematisch umfasst dies elf Länder und viele UN-Missionen.³⁴⁹ Diese Forderungen machen den Partizipationsaspekt nicht nur zum bedeutendsten der YPS-Agenda. Sie verdeutlichen zugleich eine Öffnung des UN-Sicherheitsrats hin zu inklusiveren Friedensprozessen allgemein. Mehr noch wirkt der UN-Sicherheitsrat damit der Altersdiskriminierung bei Friedensprozessen aktiv entgegen.

Wenig überraschend, aber deshalb nicht weniger bedeutend, ist die erste Empfehlung des UN-Generalsekretärs in seinem zweiten YPS-Bericht (2022) an den UN-Sicherheitsrat.

Demnach soll die Bedeutung von Jugendpartizipation für Frieden in Mandatsverlängerungen anerkannt werden, und Jugendbeteiligung umfassende Berücksichtigung finden.³⁵⁰

Im März 2022 formulierte der UN-Sicherheitsrat die bislang umfassendste Forderung zur Umsetzung der YPS-Agenda an UNMISS, demnach kontextspezifische Strategien zu YPS entwickelt und wirksame Jugendpartizipation in der Prävention und Lösung von Konflikten sichergestellt werden soll.³⁵¹ Dies lässt einen *spillover*-Effekt der Forderungen zur Umsetzung der YPS-Agenda in weiteren thematischen und länderspezifischen Resolutionen erwarten.

II. Rezeption durch die UN-Generalsversammlung und den UN-Generalsekretär

Neben der zunehmenden Berücksichtigung der YPS-Agenda durch den UN-Sicherheitsrat selbst nimmt auch die UN-Generalsversammlung vereinzelt auf die YPS-Agenda Bezug, indem sie verstärkte Jugendbeteiligung in Resolutionen zu Friedenskonsolidierung³⁵², zu Afghanistan und

fast identisch UNSC, Resolution 2472 (2019), UN-Dok. S/RES/2472 (31. Mai 2019), Ziff. 27; UNSC, Resolution 2520 (2020), UN-Dok. S/RES/2520 (29. Mai 2020), Ziff. 31; UNSC, Resolution 2553 (2020), UN-Dok. S/RES/2553 (3. Dezember 2020), Ziff. 23; UNSC, Resolution 2561 (2021), UN-Dok. S/RES/2561 (29. Januar 2021), Präambel; UNSC, Resolution 2568 (2021), UN-Dok. S/RES/2568 (12. März 2021), Ziff. 34.

³⁴⁶ In über 20 Resolutionen wird dafür die Formulierung „civil society, including [...] youth“ verwendet, vgl. z. B. UNSC, Resolution 2561 (2021), UN-Dok. S/RES/2561 (29. Januar 2021), Ziff. 4 (f) oder, spezifischer, die Formulierung „civil society, including [...] youth organizations and youth peacebuilders [...]“, UNSC, Resolution 2584 (2021), UN-Dok. S/RES/2584 (29. Juni 2021), Ziff. 30 (a) (v).

³⁴⁷ In diesem Fall werden „youth, women, diverse communities, faith groups, civil society and all political parties“ und weitere gleichermaßen als Gruppen betrachtet, s. z. B. UNSC, Resolution 2327 (2016), UN-Dok. S/RES/2327, Südsudan (16. Dezember 2016), Ziff. 4.

³⁴⁸ In insgesamt 98 Absätzen von Resolutionen bis Ende November 2021 befasste sich der UNSC mit der Partizipation junger Menschen, in den anderen 22 Absätzen behandelt er zu ausgewogenen Anteilen die verschiedenen inhaltlichen Säulen der YPS-Agenda Schutz, Prävention und

Reintegration und in sieben Fällen ausschließlich die Umsetzung der Agenda (Stand: 21. November 2021).

³⁴⁹ Nicht dazu gehören nach eigener Recherche z. B. Syrien/Israel, Kolumbien, Libanon, Kosovo, Indien/Pakistan, Israel/Palästina. Die Länder, bei deren Auseinandersetzung der UNSC die Jugend berücksichtigt hat, sind Jemen, Guinea-Bissau, Mali, Afghanistan, Demokratische Republik Kongo, Sudan, Südsudan, Zentralafrikanische Republik, Somalia, Libyen, Zypern und Westsahara.

³⁵⁰ Vgl. Zweiter YPS-Bericht (2022), *infra* Fn. 358, Ziff. 70 (a).

³⁵¹ Dem UN-Generalsekretär wird für die Operation von UNMISS als Auftrag mitgegeben, „[to implement the] youth, peace and security agenda under resolution 2250 (2015), to develop and implement context-specific strategies on youth, peace and security and to ensure the full, effective and meaningful participation of youth, recognizing their vital role in the prevention and resolution of conflict and peacebuilding“, UNSC, Resolution 2625 (2022), UN-Dok. S/RES/2625 (15. März 2022), Ziff. 20 (l).

³⁵² Vgl. UNGA, Resolution 75/201, Review of the United Nations peacebuilding architecture, UN-Dok. A/RES/75/201 (28. Dezember 2020), Präambel; UNGA, Resolution 70/262, Review of the United Nations peacebuilding architecture, UN-Dok. A/RES/70/262 (12. Mai 2016), Präambel, Absatz 2.

Afrika,³⁵³ zur Überprüfung politischer Missionen³⁵⁴ sowie in jugendspezifischen Resolutionen³⁵⁵ fordert. Ebenso beinhalten Forderungen nach politischer Partizipation junger Menschen in Resolutionen einen Bezug zur YPS-Agenda,³⁵⁶ wenn auch nicht explizit hergestellt.

Nachdem der UN-Generalsekretär dem UN-Sicherheitsrat 2020 seinen ersten YPS-Bericht vorlegte,³⁵⁷ verdeutlicht der im März 2022 veröffentlichte zweite YPS-Bericht die fortgeschrie-

bene und inhaltlich reichhaltige Auseinandersetzung des UN-Generalsekretärs mit der Agenda.³⁵⁸

Aber auch die allgemeine Berichtspraxis des UN-Generalsekretärs trägt zur Sichtbarkeit der YPS-Agenda bei und verdeutlicht die Auseinandersetzung mit der YPS-Agenda als Querschnittsthema im UN-System. Dies zeigt sich in Berichten im Zusammenhang mit WPS,³⁵⁹ Frieden in Afrika³⁶⁰ und der Afrikanischen Union (AU),³⁶¹ den UN-Missionen im Kosovo,³⁶²

³⁵³ Vgl. UNGA, Resolution 73/88, The situation in Afghanistan, UN-Dok. A/RES/73/88 (14. Dezember 2018), Ziff. 37; UNGA, Resolution 74/9, The situation in Afghanistan, UN-Dok. A/RES/74/9 (6. Dezember 2019), Ziff. 42; UNGA, Resolution 75/90, The situation in Afghanistan, UN-Dok. A/RES/75/90 (18. Dezember 2020), Ziff. 37; Zu Afrika vgl. UNGA, Resolution 72/311, Implementation of the recommendations contained in the report of the Secretary-General on the causes of conflict and the promotion of durable peace and sustainable development in Africa, UN-Dok. A/RES/72/311 (18. September 2018), Ziff. 33; UNGA, Resolution 74/302, Implementation of the recommendations contained in the report of the Secretary-General on the causes of conflict and the promotion of durable peace and sustainable development in Africa, UN-Dok. A/RES/74/302 (8. September 2020), Ziff. 22.

³⁵⁴ Vgl. UNGA, Resolution 73/101, Comprehensive review of special political missions, UN-Dok. A/RES/73/101 (18. Dezember 2018), Präambel; UNGA, Resolution 74/91, Comprehensive review of special political missions, UN-Dok. A/RES/74/91 (26. Dezember 2019), Präambel; UNGA, Resolution 75/100, Comprehensive review of special political missions, UN-Dok. A/RES/75/100 (18. Dezember 2020), Präambel.

³⁵⁵ Vgl. UNGA, Resolution 72/146, Policies and programmes involving youth, UN-Dok. A/RES/72/146 (17. Januar 2018), Ziff. 21; UNGA, Resolution 74/121, Policies and programmes involving youth, UN-Dok. A/RES/74/121 (10. Januar 2020), Ziff. 25.

³⁵⁶ Vgl. UNGA, Resolution 74/158, Strengthening the role of the United Nations in enhancing periodic and genuine elections and the promotion of democratization, UN-Dok. A/RES/74/158 (17. Januar 2020), Ziff. 10. Dies ist bspw. auch bei Abrüstungsfragen der Fall, vgl. UNGA, Resolution 74/64, Youth, disarmament and non-proliferation, UN-Dok. A/RES/74/64 (20. Dezember 2019); UNGA, Resolution 73/59, United Nations study on disarmament and non-proliferation education, UN-Dok. A/RES/73/59 (13. Dezember 2018), Präambel, Absatz 7.

³⁵⁷ Vgl. YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1.

³⁵⁸ Vgl. UNSC, Report of the Secretary-General, Youth and peace and security, UN-Dok. S/2022/220 (16. März 2022) [zweiter YPS-Bericht (2022)]. Der Bericht wurde bis zum 14. Juli 2022 zwar an die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats geschickt, jedoch noch nicht offiziell behandelt und über die Globale Koalition für Jugend, Frieden und Sicherheit öf-

fentlich gemacht. Er ist abrufbar unter: https://www.youth4peace.info/system/files/2022-03/S-2022-220_English.pdf [letzter Zugriff: 14. Juli 2022].

³⁵⁹ Vgl. UNSC, Report of the Secretary-General, Women and Peace and Security, UN-Dok. S/2020/946 (25. September 2020), Ziff. 103.

³⁶⁰ Vgl. UNGA/UNSC, Report of the Secretary-General, Causes of conflict and the promotion of durable peace and sustainable development in Africa, UN-Dok. A/74/301–S/2019/645 (8. September 2020), Ziff. 33; UNGA/UNSC, Report of the Secretary-General, Causes of conflict and the promotion of durable peace and sustainable development in Africa, UN-Dok. A/72/269–S/2017/780 (1. August 2017), Ziff. 6; UNGA/UNSC, Report of the Secretary-General, Causes of conflict and the promotion of durable peace and sustainable development in Africa, UN-Dok. A/71/211–S/2016/655 (26. Juli 2016), Ziff. 33.

³⁶¹ Vgl. UNSC, Report of the Secretary-General on strengthening the partnership between the United Nations and the African Union on issues of peace and security in Africa, including the work of the United Nations Office to the African Union, UN-Dok. S/2020/860 (31. August 2020), Ziff. 36, 59.

³⁶² Vgl. UNSC, Report of the Secretary-General, United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, UN-Dok. S/2021/332 (5. April 2021), Ziff. 54; UNSC, Report of the Secretary-General, United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, UN-Dok. S/2020/964 (1. Oktober 2020), Ziff. 48 f.; UNSC, Report of the Secretary-General, United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, UN-Dok. S/2019/797 (4. Oktober 2019), Ziff. 41; UNSC, Report of the Secretary-General, United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, UN-Dok. S/2019/461 (3. Juni 2019), Ziff. 37. Außerdem ist die YPS-Agenda im Budget der Mission der Vereinten Nationen zur Übergangsverwaltung des Kosovo (UNMIK) einkalkuliert, vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Budget for the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo for the period from 1 July 2021 to 30 June 2022, UN-Dok. A/75/779 (24. Februar 2021), Ziff. 12, 22, 41 (a); UNGA, Report of the Secretary-General, Budget performance of the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo for the period from 1 July 2019 to 30 June 2020, UN-Dok. A/75/813 (16. März 2021), Ziff. 19, 23, 25, 28 (a), 38; UNGA, Report of the Secretary-General, Budget for the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo for the period from 1 July 2020 to 30 June 2021, UN-Dok. A/74/692

Abyei,³⁶³ Kolumbien,³⁶⁴ und Libyen,³⁶⁵ generell politischen Missionen,³⁶⁶ dem Budget von Sondertribunalen,³⁶⁷ Transitional Justice,³⁶⁸ Jugendpolitik,³⁶⁹ der Förderung einer Friedenskultur,³⁷⁰ nachhaltigem Frieden,³⁷¹ dem Peace-

building Fund,³⁷² und der Öffentlichkeitsabteilung.³⁷³ Außerdem bezieht er sich in Berichten zu Abrüstung,³⁷⁴ Extremismusprävention,³⁷⁵ Terrorismusbekämpfung³⁷⁶ sowie seinen Jahresberichten³⁷⁷ auf die YPS-Agenda.

(12. Februar 2020), Ziff. 23 f.; UNGA, Report of the Secretary-General, Budget for the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo for the period from 1 July 2019 to 30 June 2020, UN-Dok. A/73/733 (6. Februar 2019), Ziff. 14, 69 (d); UNGA, Report of the Secretary-General, Budget for the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo for the period from 1 July 2018 to 30 June 2019, UN-Dok. A/74/578 (9. Dezember 2019), Ziff. 18, 22, 24, 26 (d), 34; UNGA, Report of the Secretary-General, Budget performance of the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo for the period from 1 July 2017 to 30 June 2018, UN-Dok. A/73/613 (3. Dezember 2018), Ziff. 22, 24, 26.

³⁶³ Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Budget for the United Nations Interim Security Force for Abyei for the period from 1 July 2021 to 30 June 2022, UN-Dok. A/75/737 (8. Februar 2021), Ziff. 15; UNGA, Report of the Secretary-General, Budget for the United Nations Interim Security Force for Abyei for the period from 1 July 2020 to 30 June 2021, UN-Dok. A/74/723 (28. Februar 2020), Ziff. 15.

³⁶⁴ Vgl. UNSC, Report of the Secretary-General, United Nations Verification Mission in Colombia, UN-Dok. S/2020/943 (25. September 2020), Ziff. 78; UNSC, Report of the Secretary-General, United Nations Verification Mission in Colombia, UN-Dok. S/2019/530 (27. Juni 2019), Ziff. 81.

³⁶⁵ Vgl. UNSC, Report of the Secretary-General, United Nations Support Mission in Libya, UN-Dok. S/2021/62 (19. Januar 2021), Ziff. 75–77; UNSC, Report of the Secretary-General, United Nations Support Mission in Libya, UN-Dok. S/2018/780 (24. August 2018), Ziff. 61; UNSC, Report of the Secretary-General, United Nations Support Mission in Libya, UN-Dok. S/2021/62 (19. Januar 2021), Ziff. 89.

³⁶⁶ Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Overall policy matters pertaining to special political missions, UN-Dok. A/75/312 (13. August 2020), Ziff. 49–52; UNGA, Report of the Secretary-General, Overall policy matters pertaining to special political missions, UN-Dok. A/74/338 (29. August 2019), Ziff. 52–57; UNGA, Report of the Secretary-General, Overall policy matters pertaining to special political missions, UN-Dok. A/73/337 (23. August 2018), Ziff. 59.

³⁶⁷ Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Proposed budget for the International Residual Mechanism for Criminal Tribunals for 2020, UN-Dok. A/74/355 (18. September 2019), Ziff. 3.

³⁶⁸ Vgl. UNGA, Note by the Secretary-General, Promotion of truth, justice, reparation and guarantees of non-recurrence, UN-Dok. A/73/336 (23. August 2018), Ziff. 21–38, 67.

³⁶⁹ Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Policies and programmes involving youth, UN-Dok. A/74/175 (16. Juli 2019), Ziff. 98.

³⁷⁰ Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Promotion of a culture of peace and interreligious and intercultural dialogue, understanding and cooperation for peace, UN-Dok. A/75/233 (19. Oktober 2020), Ziff. 12 f.; UNGA, Report of the Secretary-General, Promotion of a culture of

peace and interreligious and intercultural dialogue, understanding and cooperation for peace, UN-Dok. A/74/476 (3. Oktober 2019), Ziff. 19, Box 2; UNGA, Report of the Secretary-General, Promotion of a culture of peace and interreligious and intercultural dialogue, understanding and cooperation, UN-Dok. A/73/391 (24. September 2018), Ziff. 25; UNGA, Report of the Secretary-General, Promotion of a culture of peace and interreligious and intercultural dialogue, understanding for peace, UN-Dok. A/72/488 (19. September 2017), Ziff. 52; UNGA, Report of the Secretary-General, Promotion of a culture of peace and interreligious and intercultural dialogue, understanding and cooperation for peace, UN-Dok. A/71/407 (26. September 2016), Ziff. 20.

³⁷¹ Vgl. UNGA/UNSC, Report of the Secretary-General, Peacebuilding and Sustaining Peace, UN-Dok. A/72/707–S/2018/43 (18. Januar 2018), Ziff. 28, 63; UNGA/UNSC, Report of the Secretary-General, Peacebuilding and Sustaining Peace, UN-Dok. A/73/890–S/2019/448 (30. Mai 2019), Ziff. 46; UNGA/UNSC, Report of the Secretary-General, Peacebuilding and Sustaining Peace, UN-Dok. A/74/976–S/2020/773 (30. Juli 2020), Ziff. 6.

³⁷² Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, The Peacebuilding Fund, UN-Dok. A/74/688 (10. Februar 2020), Ziff. 8, 20; UNGA, Report of the Secretary-General, The Peacebuilding Fund, UN-Dok. A/73/829 (9. April 2019), Ziff. 3 f.; UNGA, Report of the Secretary-General, The Peacebuilding Fund, UN-Dok. A/71/792 (14. Februar 2017), Ziff. 8, 13.

³⁷³ Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Activities of the Department of Public Information: outreach and knowledge services, UN-Dok. A/AC.198/2016/4 (11. Februar 2016), Ziff. 19.

³⁷⁴ Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Disarmament and non-proliferation education, UN-Dok. A/73/119 (2. Juli 2018), Ziff. 10.

³⁷⁵ Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, A world against violence and violent extremism, UN-Dok. A/72/621 (1. Dezember 2017), Ziff. 50.

³⁷⁶ Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Options on ways to assess the impact and progress made in the implementation of the United Nations Global Counter-Terrorism Strategy by the United Nations system, UN-Dok. A/73/866 (8. Mai 2019), Ziff. 28; UNGA, Report of the Secretary-General, Activities of the United Nations system in implementing the United Nations Global Counter-Terrorism Strategy, UN-Dok. A/72/840 (20. April 2018), Ziff. 11 (i).

³⁷⁷ Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General on the work of the Organization, Official Records, Seventy-fourth Session, Supplement No. 1, UN-Dok. A/74/1, (19. Juli 2019), Ziff. 73, Box; UNGA, Report of the Secretary-General on the work of the Organization, Official Records, Seventy-third Session, Supplement No. 1, UN-Dok. A/73/1 (23. Juli 2018), Ziff. 75; UNGA, Report of the Secretary-General on the work of the Organization, Official Records, Seventy-second Session, Supplement No. 1, UN-Dok. A/72/1 (28. Juli 2016), Ziff. 61.

Der UN-Generalsekretär nennt die zunehmenden Bemühungen für Jugendpartizipation in Friedensprozessen auch als Begründung für seinen Vorschlag, ein Büro der Vereinten Nationen für Jugendfragen einzurichten.³⁷⁸ Entsprechend wird die YPS-Agenda durch die UN-Generallversammlung und den UN-Generalsekretär nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern durch ihre Berücksichtigung in Entscheidungen und Berichten institutionell verankert.

III. Auswirkungen der YPS-Agenda auf die Friedenskonsolidierung

Zur konkreten Umsetzung der YPS-Agenda tragen verschiedene Akteur:innen bei. Das UN-

Peacebuilding Support Office (PBSO) ist Co-Vorsitzender der Globalen Koalition für Jugend, Frieden und Sicherheit³⁷⁹ und hat in diesem Zuge etwa 2016 die *Practice Note on Young People's Participation in Peacebuilding*³⁸⁰ und 2021 ein YPS-Handbuch³⁸¹ herausgebracht. Auch die Arbeit der UN-Abteilung für politische Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung (DPPA) wurde durch die YPS-Agenda beeinflusst.³⁸² Im Folgenden wird näher auf die Auswirkungen der YPS-Agenda auf die PBC, den Peacebuilding Fund (PBF) und UN-Missionen eingegangen.

Als eine der direkten Adressat:innen der YPS-Sicherheitsratsresolutionen wird die Peacebuilding Commission ihrer Verantwortung zur Umsetzung der Agenda bedingt gerecht.³⁸³ Seit 2016 behandelte sie die Agenda zunächst weniger ausführlich in ihren Sitzungen,³⁸⁴ seit 2020

³⁷⁸ Im Zuge des 75-jährigen Jubiläums der UN legte der UN-Generalsekretär den *Our Common Agenda*-Bericht mit umfassenden Aktions- und Reformvorschlägen für die Organisation vor. Darin schlägt er die Einbettung eines *UN Youth Office* im Sekretariat vor, vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, *Our Common Agenda*, UN-Dok. A/75/982 (5. August 2021), Ziff. 47.

³⁷⁹ Die ursprüngliche Untergruppe des UN IANYD zu Jugendpartizipation in der Friedenskonsolidierung wurde nach Annahme der Resolution 2250 (2015) in die Global Coalition on Youth, Peace and Security umbenannt. Ihr sitzen das Peacebuilding Support Office, United Network of Young Peacebuilders und Search for Common Ground gemeinsam vor, vgl. Global Coalition on Youth, Peace and Security, Flyer (2019), abrufbar unter: https://www.youth4peace.info/system/files/2019-07/GCYPs_flyer_finaldraft02.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].

³⁸⁰ Die Practice Note „intends to complement [the guiding principles on young peoples' participation in peacebuilding (2014)], conceived to be overarching and applicable to a wide range of actors, to provide concrete guidance based on evidence and practice from the field. It will also support the implementation of Security Council Resolution 2250“, vgl. IANYD/UNOY, *Young People's Participation in Peacebuilding: A Practice Note*, 2016, abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/practice_note_youth_peacebuilding_-_january_2016.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].

³⁸¹ Das Handbook wurde gemeinsam von UNFPA, UNDP, PBSO/DPPA und dem schwedischen Außenministerium herausgegeben, s. United Nations/Folke Bernadotte Academy, *Youth, Peace and Security, A Programming Handbook*, New York, 2021, abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/yps_programming_handbook.pdf [letzter Zugriff: 17. Mai 2021].

³⁸² Hierunter fällt u. a. die Unterstützung von YPS-Projekten, z. B. in der Mongolei, vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, *Mongolia's international security and nuclear-weapon-free status*, UN-Dok. A/75/204, (21. Juli 2020), Ziff. 15. Außerdem knüpft das DPPA Partnerschaften zur Weiterentwicklung der YPS-Agenda, bspw. mit der Berghof Foundation zur Einbeziehung junger Menschen in Friedensprozesse und Verfassungsgebung, s. Berghof Foundation/UN DPPA, *Constitutions and Peace Processes: A Primer* (2020), abrufbar unter: <https://berghof-foundation.org/library/constitutions-and-peace-processes-a-primer> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].

³⁸³ Der UNSC und die UNGA hoben 2016 in ihrer gemeinsamen Resolution zur Überprüfung der Sicherheitsarchitektur hervor, dass die PBC zur Erfüllung ihrer Hauptverantwortung sogar die Funktion habe, auch durch die Einbeziehung von Jugendorganisationen Empfehlungen für Friedensprozesse zu erarbeiten, vgl. UNSC, Resolution 2282 (2016), UN-Dok. S/RES/2282 (27. April 2016), Ziff. 4 (d).

³⁸⁴ In 2016 behandelte die PBC YPS als „cross-cutting issue“ in seiner Arbeit, vgl. UNGA/UNSC, Report of the Peacebuilding Commission on its tenth session, UN-Dok. A/71/768-S/2017/76 (27. Januar 2017), Ziff. 14. In Ziff. 49 (d) stellte sie darüber hinaus eine gezielte thematische Auseinandersetzung mit YPS in Aussicht. Sie empfahl, „focal points, championing thematic issues and initiatives“ zu nominieren, auch für „the role of youth in peacebuilding“, *ebd.*, Annex, Part A, Ziff. 3 (III). In 2017 wurde Jugend ebenso als „thematic issue“ behandelt, vgl. UNGA/UNSC, Report of the Peacebuilding Commission on its eleventh session, UN-Dok. A/72/721-S/2018/83 (31. Januar 2018), Ziff. 28. Der Vorsitzende der PBC macht im April 2018 eine Stellungnahme zur Rolle junger Menschen für Friedenskonsolidierung im UNSC, vgl. UNGA/UNSC, Report of the Peacebuilding Commission on its twelfth session, UN-Dok. A/73/724-S/2019/88 (29. Januar 2019), Ziff. 35. Im

findet jährlich eine verstärkte Auseinandersetzung in einer YPS-spezifischen Sitzung statt;³⁸⁵ im Februar 2021 verabschiedete sie einen *Strategic Action Plan on Youth and Peacebuilding*,³⁸⁶ der die Verbindlichkeit der PBC bei der Umsetzung der YPS-Agenda stärkt.

Der Peacebuilding Fund des UN-Generalsekretärs lancierte 2016 als „erste UN-Finanzierungsquelle für YPS“ die *Youth Promotion Initiative* (YPI),³⁸⁷ welche die *Gender Promotion*

Initiative komplementiert.³⁸⁸ Die YPI investierte bis Ende 2020 zur Umsetzung der Agenda insgesamt 79,4 Millionen US-Dollar in 64 Projekte in 18 Ländern,³⁸⁹ 2021 waren es zusätzlich fast 26 Millionen US-Dollar.³⁹⁰ Bis 2024 sollen 25 % aller Mittel des Fonds in „women and youth empowerment“ investiert werden.³⁹¹ Der PBF veröffentlichte außerdem 2019 einen Leitfaden für Projekte zu Jugend und Friedenskonsolidierung.³⁹²

Jahr 2019 wurde Jugend zunehmend häufig auch in länder-spezifischer Berichterstattung berücksichtigt, vgl. UNGA/UNSC, Report of the Peacebuilding Commission on its thirteenth session, UN-Dok. A/74/668-S/2020/80, (29. Januar 2020), Ziff. 26 sowie 6, 9, 16, 20–22, 29; vgl. YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1, Ziff. 57.

³⁸⁵ Im Februar 2020 kündigte die PBC stärkeren Einsatz für YPS an und forderte eine bessere Finanzierung der Agenda, vgl. UNGA/UNSC, Report of the Peacebuilding Commission on its fourteenth session, UN-Dok. A/75/747-S/2021/139 (12. Januar 2021), Ziff. 26; vgl. UN Peacebuilding Commission, Ambassadorial-Level Meeting on Youth, Peace and Security Chair's Summary (11. Februar 2020), abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/chairs_summary_yps-_20200220.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021]. Seitdem befasst sich die PBC regelmäßig mit der YPS-Agenda in einer jährlichen, themenspezifischen Sitzung, vgl. UN Peacebuilding Commission, Ambassadorial-Level Meeting on Youth, Peace and Security, Chair's Summary (24. Februar 2021), abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/210226_chairs_summary_on_yps_-_final.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021]; UN Peacebuilding Commission, Ambassadorial-Level Meeting on Youth, Peace and Security, Chair's Summary (10. März 2022), abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/220510_chair_summary_pbc_meeting_on_yps_final.pdf [letzter Zugriff: 12. Juli 2022].

³⁸⁶ Der Aktionsplan umfasst fünf Fokusbereiche, sieben Indikatoren und verspricht einen jährlichen Bericht und ein jährliches Treffen zur Rolle junger Menschen in der Friedenskonsolidierung, UN Peacebuilding Commission, *Strategic Action Plan on youth and peacebuilding* (2020), abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/pbc_strategic_action_plan_on_youth_and_peacebuilding_agreed.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021]; vgl. UN Peacebuilding Commission, Press Statement on Youth, Peace and Security (1. März 2021), abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/pbc_press_statement_on_youth_peace_and_security_-_approved.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].

³⁸⁷ UNGA, Report of the Secretary-General on the work of the Organization, Official Records, Seventy-second Session,

Supplement No. 1, UN-Dok. A/72/1 (28. Juli 2016), Ziff. 61; vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, The Peacebuilding Fund, UN-Dok. A/71/792 (14. Februar 2017), Ziff. 8. ³⁸⁸ Über beide Initiativen wird häufig als „Gender and Youth Promotion Initiative“ (GYPI) gemeinsam berichtet, vgl. z. B. UNGA, Report of the Secretary-General, Peacebuilding Fund, UN-Dok. A/75/735 (12. Februar 2021), Ziff. 8. S. auch UN Peacebuilding Fund, Gender and Youth Promotion Initiative, Website, abrufbar unter: <https://www.un.org/peacebuilding/content/gypi> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].

³⁸⁹ Diese setzen sich zusammen aus 57,3 Millionen US-Dollar bis Ende 2019 und 22,1 Millionen US-Dollar in 2020 für den Zeitraum bis Ende 2019, vgl. YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1, Ziff. 75. Im Jahr 2019 investierte die YPI insgesamt 20,4 Millionen US-Dollar, vgl. *ebd.*, Ziff. 68; UNGA, Report of the Secretary-General, The Peacebuilding Fund, UN-Dok. A/74/688 (10. Februar 2020), Ziff. 8. Zuvor waren es in 2016 nur 2,8 und in 2017 ca. 11,4 Millionen US-Dollar, vgl. UN Peacebuilding Fund, YPI Projects 2016 and 2017, abrufbar unter: https://un-pbf-gypi-2018.cdn.prismic.io/un-pbf-gypi-2018%2F62ae3545-425c-4b32-a02c-3f0dab6e045f_yipi+overview+2011-2018+for+website+%28english%29.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021]; vgl. UN Peacebuilding Fund, Gender and Youth Promotion Initiative, Call for Proposals and Guidance Note 2021, S. 2, abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/gypi_call_for_proposal_and_guidance_note_2021_-_english_.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].

³⁹⁰ Vgl. United Nations Secretary-General, Press Release, Secretary-General, at Conference on Youth-Inclusive Peace Process-es, Says Young People Need Seat at Negotiating Table, Protection against Forces Aiming to Silence Them, UN-Dok. SG/SM/21110 (20. Januar 2022), abrufbar unter: <https://www.un.org/press/en/2022/sgsm21110.doc.htm> [letzter Zugriff: 27. Januar 2022].

³⁹¹ UN Peacebuilding Fund, 2020–2024 Strategy, S. 5, abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/pbf_strategy_2020-2024_final.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].

³⁹² Der Leitfaden wurde 2020 aktualisiert, vgl. UN Peacebuilding Fund, Guidance Note: Youth & Peacebuilding, abrufbar unter: https://un-pbf-gypi-2020.cdn.prismic.io/un-pbf-gypi-2020/66b58ab7-881d-4351-9d90-392c2a04f13e_PBF+Guidance+Note+on+YOUTH+%26+PEACEBUILDING_final.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].

Die UN-Missionen³⁹³ zeigen teilweise Offenheit für die YPS-Agenda, sind allerdings insbesondere in Friedensmissionen weit von einer breiten Umsetzung entfernt: Bis Dezember 2019 haben nur 3 von 13 Peacekeeping-Missionen, aber immerhin 14 von 22 politischen Missionen *Youth Focal Points* geschaffen – in Somalia sogar einen Vollzeit-Jugendreferentenstelle.³⁹⁴ Neben Somalia³⁹⁵ finden dezidierte YPS-Aktivitäten im Kosovo,³⁹⁶ in Libyen³⁹⁷ und in Irak³⁹⁸ statt. Bei etwa der Hälfte der Länderbesuche des UN-Sicherheitsrats haben Interaktionen mit jungen Menschen stattgefunden.³⁹⁹

³⁹³ Für den Zweck dieser Arbeit werden alle UN-Missionen in diesem Kapitel zur Friedenskonsolidierung diskutiert, unabhängig davon, ob sie generisch politische, friedensschaffende, friedenssichernde oder andere Funktionen erfüllen.

³⁹⁴ Vgl. YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1, Ziff. 65.

³⁹⁵ Für den Zeitraum 2017–2020 wurde „Youth Engagement and Empowerment“ als eine von drei „cross-cutting issue[s]“ für die Arbeit der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Somalia (UNSOM) festgelegt und in der Strategie ausführlich behandelt, vgl. UN Strategic Framework Somalia 2017–2020, S. 11, abrufbar unter: https://somalia.un.org/sites/default/files/2019-09/UN%20Strategic%20Framework%20%282017-2020%29%20Somalia_2.pdf [letzter Zugriff 14. Mai 2022]. Im September 2020 unterstützte UNSOM etwa eine thematische Veranstaltung, vgl. UNSOM, Shaping Peace Together: Somali Youth as Change-Makers (23. September 2020), abrufbar unter: <https://unsom.unmissions.org/shaping-peace-together-somali-youth-change-makers> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021]. In einer Stellenausschreibung von UNSOM in 2017 beinhalteten die Verantwortlichkeiten auch die Kontaktpflege mit und Beratung zur Einbeziehung junger Menschen, vgl. UNSOM, Re-Advertisement, Policial Affairs Officer (2017), abrufbar unter: https://unsom.unmissions.org/sites/default/files/political_affairs_officer-va_no-c_1_3.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021]. Im Jahr 2016 hat UNSOM mit 250 Jugendvertreter:innen bei einer Veranstaltung Empfehlungen zur Umsetzung der Resolution 2250 (2015) erarbeitet, vgl. UNSC, Report of the Secretary-General on Somalia, UN-Dok. S/2016/430 (9. Mai 2016), Ziff. 49.

³⁹⁶ Die UNMIK setzt einen eigenen „Associate Youth Programme Management Officer“ ein, der für die umfassende Integration der YPS-Agenda in alle Aspekte der Arbeit und die Stärkung von Jugendstrukturen verantwortlich ist. UNMIK hat bereits 2018 eine „Mission-wide framework strategy on youth, peace and security“ verabschiedet, vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Budget for the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo for the period from 1 July 2020 to 30 June 2021, UN-Dok. A/74/692 (12. Februar 2020), Ziff. 23 f. In einer Partnerschaft mit dem UN-Kinderhilfswerk (UNICEF) wurden sechs

Die Aktivitäten des Peacebuilding Support Office, der Peacebuilding Commission, des Peacebuilding Funds und verschiedener UN-Missionen verdeutlichen, dass die YPS-Agenda keineswegs eine abstrakte Hülle theoretischer Forderungen ist, sondern konkret Ansatzpunkte zur Umsetzung innerhalb des Systems der UN-Friedenskonsolidierung findet.

multiethnische Jugendinitiativen unterstützt und zum fünfjährigen Jubiläum von Resolution 2250 (2015) wurden verschiedene Online-Aktivitäten organisiert, vgl. UNSC, Report of the Secretary-General, United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, UN-Dok. S/2021/332 (5. April 2021), Ziff. 54; UNSC, Report of the Secretary-General, United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, UN-Dok. S/2019/797 (4. Oktober 2019), Ziff. 41. Dieses vielfältige Engagement ist auch in Anbetracht der Kritik am mangelnden Einsatz der internationalen Gemeinschaft vor Annahme der YPS-Resolutionen für mehr effektive Jugendpartizipation im Kosovo über den Zweck von Stabilisierung hinaus bemerkenswert, vgl. Feltes, Security and Human Rights 2013, S. 195 ff.

³⁹⁷ Die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (UNSMIL) fördert bspw. durch Online-Aktivitäten die Partizipation junger Menschen im „Libyan Political Dialogue Forum“. UNFPA hat einen „Youth against COVID-19 Fund“ zur Unterstützung von Jugendorganisationen aufgesetzt und UNDP führt ein „Youth Leadership Programme“ in der Region durch, vgl. UNSC, Report of the Secretary-General, United Nations Support Mission in Libya, UN-Dok. S/2021/62 (19. Januar 2021), Ziff. 75–77. Im Jahr 2018 führten UNFPA und die UNESCO gemeinsam Interviews mit libyschen Jugendlichen durch, die in die weitere Arbeit der UN zu YPS einfließen sollen, vgl. UNSC, Report of the Secretary-General, United Nations Support Mission in Libya, UN-Dok. S/2018/780 (24. August 2018), Ziff. 61. UNSMIL unterstützt auch die Entwicklung einer nationalen Jugendstrategie, vgl. UNSC, Report of the Secretary-General, United Nations Support Mission in Libya, UN-Dok. S/2017/283 (4. April 2017), Ziff. 63.

³⁹⁸ Die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen im Irak (UNAMI) organisierte 2019 Workshops, bei denen Jugendvertreter:innen Empfehlungen an Politiker:innen aussprechen konnten, und adressierte am Menschenrechtstag „Youth standing up for human rights“ junge Friedensaktivist:innen. Darüber hinaus wurde eine „coalition on youth and peace and security“ ins Leben gerufen. UNFPA führt zudem umfassende Projekte zur Extremismusprävention durch, vgl. UNSC, Report of the Secretary-General, Implementation of resolution 2470, UN-Dok. S/2020/140 (21. Februar 2020), Ziff. 50, 64, 78 f.

³⁹⁹ Vgl. YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1, Ziff. 55.

IV. Auswirkungen auf das UN-System und regionale Impulse

Die YPS-Agenda entfaltet darüber hinaus Wirkung innerhalb des UN-Systems. So etwa auf die Arbeit des UN-Menschenrechtsrats,⁴⁰⁰ der in zwei thematischen Foren zur Jugend die YPS-Agenda unterstrich,⁴⁰¹ die Altersdefinition des UN-Sicherheitsrats übernahm,⁴⁰² und beim Staatenberichtsverfahren Jordanien im Zusammenhang mit YPS für seine Fortschritte bei der Beteiligung der Zivilgesellschaft lobte.⁴⁰³ Ebenso fand die YPS-Agenda Eingang in die Berichte des OHCHR, z. B. in den Bericht von 2018 zu Jugend und Menschenrechten.⁴⁰⁴ Des Weiteren werden Projekte des PBF häufig in Zusammenarbeit mit der UNESCO, UNFPA, UNDP und

weiteren durchgeführt.⁴⁰⁵ UN-Habitat unterstützt die Implementierung der YPS-Agenda,⁴⁰⁶ UNDP hat zur Unterstützung von Jugendinitiativen und Vernetzung zu YPS die Plattform www.youth4peace.info entwickelt.⁴⁰⁷

Außerdem wurden im Rahmen der globalen Strategie zur Terrorismusbekämpfung zahlreiche Präventionsprojekte durchgeführt.⁴⁰⁸ Beispielsweise hat das Büro der Vereinten Nationen für Terrorismusbekämpfung (UNOCT) basierend auf Resolution 2250 (2015) ein „Youth Engagement and Empowerment Programme“ zur Gewaltprävention ins Leben gerufen.⁴⁰⁹ UNOCT arbeitet zu diesem Zweck auch mit anderen UN-Organisationen zusammen, unter anderem mit der UNESCO an einem Projekt zur Extremismusprävention für Jugendliche im Mittelmeerraum.⁴¹⁰ Damit sind beide Entitäten einer Empfehlung des UN-Sicherheitsrats

⁴⁰⁰ Dass Mitgliedstaaten dazu aufgerufen sind, die Verwirklichung aller Menschenrechte junger Menschen in ihrem Universal Periodic Review zu berücksichtigen, steht nicht unbedingt in direktem Zusammenhang mit der YPS-Agenda, führt aber potenziell auch zu verstärkter Auseinandersetzung des UN-Menschenrechtsrats mit dem Recht auf politische Partizipation junger Menschen, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Resolution 35/14, UN-Dok. A/HRC/RES/35/14 (18. Juli 2017), Ziff. 4; UN-Menschenrechtsrat, Resolution 41/13, Youth and Human Rights, UN-Dok. A/HRC/RES/41/13 (19. Juli 2019), Ziff. 10.

⁴⁰¹ Vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the Special Rapporteur on minority issues on recommendations made by the Forum on Minority Issues at its tenth session on the theme „Minority youth: towards inclusive and diverse societies“, UN-Dok. A/HRC/37/73 (30. Januar 2018), Ziff. 83; UN-Menschenrechtsrat, Report of the Co-Chairs, First session of the Forum on Human Rights, Democracy and the Rule of Law, UN-Dok. A/HRC/34/46 (31. Januar 2017), Ziff. 57.

⁴⁰² Vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the Advisory Committee on its sixteenth session, UN-Dok. A/HRC/AC/16/2 (29. März 2016), Annex IV, Ziff. 16; UN-Menschenrechtsrat, Report of the Advisory Committee on its seventeenth session UN-Dok. A/HRC/AC/17/2 (7. September 2016), Annex IV, Ziff. 9.

⁴⁰³ Dieses Lob wurde durch das UN-Länderteam in Jordanien ausgesprochen, vgl. UN-Menschenrechtsrat, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Compilation on Jordan, UN-Dok. A/HRC/WG.6/31/JOR/2 (24. August 2018), Ziff. 32.

⁴⁰⁴ Vgl. z. B. UN-Menschenrechtsrat, Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Youth and human rights, UN-Dok. A/HRC/39/33 (28. Juni 2018), Ziff. 13, 64–66.

⁴⁰⁵ Für die genauere Beschreibung solcher YPS-Projekte des PBF und die jeweiligen Implementierungspartner, s. UNGA, Report of the Secretary-General, The Peacebuilding

Fund, UN-Dok. A/74/688 (10. Februar 2020), Ziff. 20–48; UNGA, Report of the Secretary-General, The Peacebuilding Fund, UN-Dok. A/73/829 (9. April 2019), Ziff. 21–47; UNGA/UNSC, Report of the Secretary-General, Peacebuilding and Sustaining Peace, UN-Dok. A/74/976–S/2020/773 (30. Juli 2020), Ziff. 26, 55; UNGA/Wirtschafts- und Sozialrat, Report of the Secretary-General, Assistance to the Palestinian people, UN-Dok. A/74/89–E/2019/73 (14. Mai 2019), Ziff. 81.

⁴⁰⁶ Beispielsweise organisierte es 2017 YPS-Konsultationen im asiatisch-pazifischen Raum, vgl. UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Implementation of the outcomes of the United Nations Conference on Human Settlements and on Housing and Sustainable Urban Development and strengthening of the United Nations Human Settlements Programme, UN-Dok. A/73/307 (6. August 2018), Ziff. 68.

⁴⁰⁷ Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Youth development links to sustainable development, UN-Dok. A/72/190 (21. Juli 2017), Ziff. 79.

⁴⁰⁸ Beispielsweise wurden im Rahmen der UN Global Counter-Terrorism Strategy in 2017 insgesamt 27 Projekte zu Jugendempowerment durchgeführt, vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, A world against violence and violent extremism, UN-Dok. A/72/621 (1. Dezember 2017), Ziff. 24. Für eine Auflistung zahlreicher Projekte u. a. mit der UNESCO, IOM, UNICEF, UNFPA, UN Women und UNDP, vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Activities of the United Nations system in implementing the United Nations Global Counter-Terrorism Strategy, UN-Dok. A/72/840 (20. April 2018), S. 25–42.

⁴⁰⁹ Vgl. UN Office of Counter-Terrorism, Youth engagement and empowerment, Website, abrufbar unter: <https://www.un.org/counterterrorism/cct/youth-engagement-and-empowerment> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].

⁴¹⁰ Vgl. UNESCO/United Nations Office of Counter-Terrorism, Youth PVE: Preventing Violent Extremism (2020),

zur Zusammenarbeit gefolgt, „geeignete Bildungsmaßnahmen zu fördern, um Radikalisierung zu Gewalt und Rekrutierung durch terroristische Gruppen zu erkennen und zu verhindern“⁴¹¹. Laut einem Bericht des UN-Generalsekretärs hat das Projekt mehr als 2.500 junge Menschen in der MENA-Region mit Workshops und Seminaren erreicht.⁴¹² Auch wenn das Projekt seitens des UNOCT oder der UNESCO nicht unmittelbar der YPS-Agenda zugeordnet wird, steht es unzweifelhaft damit im Zusammenhang und dient ihrem Zweck.

Letztlich hat die YPS-Agenda auch auf das regionale UN-System Auswirkungen, insbesondere in Afrika auf die UN-Regionalbüros für Westafrika,⁴¹³ Zentralafrika,⁴¹⁴ bei der AU⁴¹⁵ und das

Regionalzentrum für Frieden und Abrüstung⁴¹⁶. Auch das Regionalzentrum für Frieden in Lateinamerika führte YPS-Projekte durch.⁴¹⁷

Dass die Umsetzung der Agenda derzeit einen starken Fokus auf Afrika legt, findet seinen Ursprung nicht nur in einem vermeintlich hohen Auftreten von Konflikten und einer jungen Bevölkerungsstruktur: Die Afrikanische Union (AU) hat durch einen *Continental Framework* für YPS günstige Bedingungen für UN-Aktivitäten geschaffen.⁴¹⁸ Andere regionale Organisationen haben die YPS-Agenda bestätigt, behandeln sie aber erst zunehmend intensiv.⁴¹⁹

UNESCO-Dok. SHS-2020/WS/1 (2020), abrufbar unter: <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000374414?poslnSet=1&queryId=74417a22-8acf-4296-b7af-5a2e757fc2e6> [letzter Zugriff: 24. November 2021].

⁴¹¹ UNSC, Resolution 2354 (2017), UN-Dok. S/RES/2354 (24. Mai 2017), Ziff. 4 (c).

⁴¹² Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Promotion of a culture of peace and interreligious and intercultural dialogue, understanding and cooperation for peace, UN-Dok. A/74/476 (3. Oktober 2019), S. 8, Box 2.

⁴¹³ Das Büro der Vereinten Nationen für Westafrika und die Sahelzone (UNOWAS) initiierte eine regionale YPS-Arbeitsgruppe, vgl. UNSC, Report of the Secretary-General on the activities of the United Nations Office for West Africa and the Sahel, UN-Dok. S/2020/1293 (24. Dezember 2020), Ziff. 71, 78 f. UNOWAS organisierte außerdem in Burkina Faso das erste Jugendforum zu Frieden und Sicherheit, vgl. UNSC, Report of the Secretary-General, Activities of the United Nations Office for West Africa and the Sahel, UN-Dok. S/2018/1175 (28. Dezember 2018), Ziff. 56. Schließlich unterstützte es ein Projekt zur Einbeziehung junger Menschen in Friedensprozessen in der Sahelregion mit Benin, Ghana, Guinea, Gambia und Togo, vgl. UNSC, Report of the Secretary-General, Activities of the United Nations Office for West Africa and the Sahel, UN-Dok. S/2019/549 (5. Juli 2019), Ziff. 52.

⁴¹⁴ Das Regionalbüro der Vereinten Nationen für Zentralafrika (UNOCA) organisierte gemeinsam mit der UNESCO ein Jugendforum zum Thema Radikalisierung, vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Overall policy matters pertaining to special political missions, UN-Dok. A/73/337 (23. August 2018), Ziff. 47.

⁴¹⁵ Das Büro der Vereinten Nationen zur Afrikanischen Union (UNOAU) führte eine Studie zu YPS durch und entwarf in Zusammenarbeit mit der AU einen *draft continental framework on YPS*, vgl. UNSC, Report of the Secretary-General on strengthening the partnership between the United Nations and the African Union on issues of peace and security in Africa, including the work of the United Nations

Office to the African Union, UN-Dok. S/2020/860 (31. August 2020), Ziff. 59.

⁴¹⁶ Das Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Afrika (UNREC) führte Workshops zur YPS-Agenda in Burkina Faso, Côte d'Ivoire und Togo mit Vertreter:innen von je 25 Jugendorganisationen durch, vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, United Nations Regional Centre for Peace, Disarmament in Africa, UN-Dok. A/74/118 (21. Juni 2019), Ziff. 29. Für weitere Ausbildungsveranstaltungen, vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Disarmament and non-proliferation education, UN-Dok. A/73/119 (2. Juli 2018), Ziff. 10.

⁴¹⁷ Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, United Nations Regional Centre for Peace, Disarmament and Development in Latin America and the Caribbean, UN-Dok. A/72/99 (20. Juni 2017), Ziff. 13; vgl. auch UNGA, Report of the Secretary-General, United Nations Regional Centre for Peace, Disarmament and Development in Latin America and the Caribbean, UN-Dok. A/74/115 (19. Juni 2019), Ziff. 35.

⁴¹⁸ Vgl. African Union, Continental Framework for Youth, Peace and Security (21. August 2020), abrufbar unter: https://au.int/sites/default/files/documents/39150-doc-continental_framework_on_youth_peace_and_security_-_english.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].

⁴¹⁹ Bspw. hat der Rat der Europäischen Union 2018 eine Schlussfolgerung über die Rolle junger Menschen für ein friedliches Europa verabschiedet, vgl. Amtsblatt der Europäischen Union, Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle junger Menschen beim Aufbau einer sicheren, von Zusammenhalt geprägten und harmonischen Gesellschaft in Europa (2018/C 195/05), Dok.-Nr. C 195/13 (7. Juni 2018). Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verabschiedete ebenfalls 2018 eine Erklärung über die Rolle junger Menschen für Frieden, vgl. OSZE, Ministerial Council, Declaration on the Role of Youth in Contributing to Peace and Security Efforts, Dok.-Nr. MC.DOC/3/18 (8. Dezember 2018). Neuere Entwicklungen innerhalb der EU, etwa der *Action Plan on Youth in External Action* (2022) wurden in dieser Arbeit nicht berücksichtigt.

V. Beispiel UNESCO

Die UNESCO hat mit ihren vielfältigen Aktivitäten im Bereich der Jugend bereits vor der YPS-Agenda einen besonderen Fokus gelegt. Diesen verdeutlichte schon 1999 die erste UNESCO-Jugendstrategie als Reaktion auf den 1995 durch die UNESCO-Generalkonferenz verliehenen Status der Jugend als „prioritäre Zielgruppe“.⁴²⁰ Der UNESCO-Exekutivrat verlautbarte in seiner Empfehlung zu einer Jugendstrategie seine Interpretation der Präambel der UNESCO, deren oberstes Ziel der „Frieden im Geiste *junger* Menschen“ sei.⁴²¹ Gefolgt von der Annahme der Jugendstrategie 2014–2021 noch lange vor den YPS-Resolutionen,⁴²² spielt das Thema Jugend für die UNESCO auch weiterhin eine zentrale Rolle. So hat sie die Jugend etwa als eine von zwei Prioritätsgruppen in ihre mittelfristige Strategie für den Zeitraum 2022–2029 aufgenommen.⁴²³ Dass weder in der Strategie noch im Programm für 2022–2025 ein expliziter Bezug zur YPS-Agenda hergestellt wird,⁴²⁴ wirft die hier nicht weiter behandelten Fragen auf, ob einerseits überhaupt eine Notwendigkeit dafür besteht und was andererseits Gründe dafür sind.

Das Beispiel der UNESCO und insbesondere ihre Aktivitäten im Bereich Extremismus- und

Terrorismusprävention verdeutlichen, dass die YPS-Agenda nicht systematisch im UN-System verankert ist: Die UNESCO bewies und beweist mit etwa 200 Projekten zur Terrorismusprävention seit 2015 ein vielseitiges Engagement zur Umsetzung der UN-Strategie zur Terrorismusprävention.⁴²⁵ Jedoch greift es zu kurz, diese Projekte lediglich auf den Zweck der Terrorismusprävention zu reduzieren, da sich deren Inhalte tatsächlich um Bildung, Youth Empowerment, Kommunikation und Information, (intergenerationellen und interkulturellen) Dialog, Friedenskultur, Religion und Kulturgüterschutz drehen.⁴²⁶ Obwohl diese Projekte damit einen erkennbaren Beitrag zur YPS-Agenda leisten, werden bisher derartige Aktivitäten nicht explizit mit der YPS-Agenda verknüpft. Die Organisation veröffentlichte 2017 ein Handbuch zur Extremismusprävention durch Bildung,⁴²⁷ in dem YPS keine Referenz erhält, obschon ein Bezug hätte einfach hergestellt werden können.

Während es inhaltlich das Narrativ von jungen Menschen als Bedrohung bedient, ist die partnerschaftliche Ausarbeitung eines jugendgeführten Handbuchs zur Extremismusprävention des Mahatma Gandhi Institute of Education for Peace and Development der UNESCO exemplarisch für die gelungene Zusammenarbeit von Institutionen mit jungen Menschen

⁴²⁰ Vgl. UNESCO Jugendstrategie (1999), *supra* Fn. 291, S. 2.

⁴²¹ UNESCO, Exekutivrat, Evaluation of UNESCO's Youth Activities 1994–1997 and Proposals for a new UNESCO Strategy on Youth, UNESCO-Dok. 156 EX/45 (1. April 1999), Ziff. 23 [eigene Übersetzung] (Hervorhebung durch Autor).

⁴²² Vgl. UNESCO Jugendstrategie 2014–2021, *supra* Fn. 31.

⁴²³ Vgl. UNESCO, Generalkonferenz, Medium-Term Strategy for 2022–2029, UNESCO-Dok. 41 C/4 (2022), S. 16 f., Ziff. 26.

⁴²⁴ Vgl. *ebd.*; UNESCO, Generalkonferenz, Approved programme and budget for 2022–2025: first biennium 2022–2023, UNESCO-Dok. 41 C/5 (2022), u. a. S. 52, Ziff. 01032.

⁴²⁵ Vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Activities of the United Nations system in implementing the United Nations Global Counter-Terrorism Strategy, UN-Dok. A/74/677 (7. Februar 2020), Annex II, Ziff. 8. Für eine ausführlichere Auflistung der Projekte der UNESCO bis 2018, vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Activities of the United Nations system in implementing the United Nations Global Counter-Terrorism Strategy, UN-Dok. A/72/840 (20. April 2018), S. 25–42. Für eine Analyse der

Aktivitäten der UNESCO zur Terrorismusprävention als Beitrag zur Terrorismusbekämpfung in Form von Ressourcen, Kampagnen, Projekten und Netzwerken, s. *Schorlemer*, in: Cuno/Weiss, Cultural Heritage and Mass Atrocities, S. 456 f.

⁴²⁶ So der UN-Generalsekretär in seinem Bericht zur UN-Strategie zur Terrorismusbekämpfung von 2020, vgl. UNGA, Report of the Secretary-General, Activities of the United Nations system in implementing the United Nations Global Counter-Terrorism Strategy, UN-Dok. A/74/677 (7. Februar 2020), Annex II. Für Projekte in diesen Bereichen, vgl. die Auflistung des UN-Generalsekretärs in seinem Bericht zur Strategie zur Terrorismusbekämpfung von 2018, UNGA, Report of the Secretary-General, Activities of the United Nations system in implementing the United Nations Global Counter-Terrorism Strategy, UN-Dok. A/72/840 (20. April 2018), S. 27–42, Projekte 12, 13, sowie 22–111.

⁴²⁷ Vgl. UNESCO, Preventing Violent Extremism through Education: A guide for policy-makers (2017), abrufbar unter: <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000247764?1=full&queryId=4fbd8f2f-73e0-4c12-97dd-cf495880a1d8> [letzter Zugriff: 24. November 2021].

hervorzuheben.⁴²⁸ Das neue Programm der UNESCO für 2022–2025 (41 C/5) behandelt nuancierter als zuvor den Aspekt der Bildung zur Extremismusprävention, in dem nicht junge Menschen selbst als Subjekte der Gewalt stilisiert werden, sondern deren Resilienz gegenüber gewaltsamer Rhetorik gestärkt werden soll.⁴²⁹ Die umfassende Revision der Empfehlung zur Bildung für internationale Verständigung, Kooperation und Frieden (1974),⁴³⁰ die weitreichende Konsultationen – unter anderem mit jungen Menschen – vorsieht, verdeutlicht die Ambition der UNESCO, dem Thema Friedensbildung einen neuen Anstrich zu verleihen.⁴³¹

Somit vollzieht sich auch für die UNESCO eine Entwicklung, mit der die Organisation ein positives Narrativ von jungen Menschen prägt. Ohne dafür die YPS-Agenda als Auslöserin und Treiberin zu verstehen, arbeitet die UNESCO direkt zur positiven Rolle junger Menschen, bspw. im Rahmen der Global Citizenship Education und im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung. Das Beispiel der UNESCO verdeutlicht, dass eine UN-Organisation viele Aktivitäten im Bereich Jugend, Frieden und Sicherheit umsetzt, sich dabei allerdings nicht explizit auf die YPS-Agenda beruft. Ein Deutungsversuch ist, dass sich die Organisation aufgrund ihres Man-

dats bewusst einem sicherheitspolitischen Fokus entzieht oder dem Thema Jugend schlicht-unabhängig von der UN-Sicherheitsratsagenda große Bedeutung beimisst. So beruft sich die UNESCO auch bei ihrer umfassenden Arbeit für Frauenförderung nicht unmittelbar erkennbar auf die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit. Jedenfalls kann die vielseitige Arbeit der UNESCO zu Jugend als eine unabhängige Bestätigung der Relevanz der YPS-Agenda verstanden werden.

Dass die UNESCO durchaus Potenzial in der Annäherung an die YPS-Agenda erkennt, verdeutlicht zum einen die Vertretung der Organisation in der Globalen Koalition für Jugend, Frieden und Sicherheit. In deren Rahmen fand im Dezember 2021 etwa ein „Knowledge Café“ zur UNESCO-Initiative *Youth as Researchers* statt.⁴³² Zum anderen engagiert sich das UNESCO-Büro in Jamaika umfassend im Bereich YPS: Es rief eine Unterstützungsgruppe für YPS in der Karibik ins Leben, die der Koordinierung der Umsetzung von YPS-Maßnahmen der UNESCO in der Region und einem informellen Austausch junger Menschen dient,⁴³³ zuvor führte es Jugendkonsultationen zu YPS durch.⁴³⁴

Folglich bleibt zu erwarten, dass die UNESCO in Zukunft noch stärker ihren anteiligen Jugendfokus auch in Bezug zur YPS-Agenda setzen wird.

⁴²⁸ Vgl. UNESCO, Mahatma Gandhi Institute of Education for Peace and Development, *Youth-led Guide on Prevention of Violent Extremism through Education* (2017), abrufbar unter:

<https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000260547?posInSet=6&queryId=02539d42-84d1-46c8-b75f-a3b8dba3d171> [letzter Zugriff: 24. November 2021].

⁴²⁹ So heißt es, dass „the education component of UNESCO’s intersectoral programme on the prevention of violent extremism will aim to build the resilience of youth to violent and divisive rhetoric“, UNESCO, Generalkonferenz, *Approved programme and budget for 2022–2025: first biennium 2022–2023*, UNESCO-Dok. 41 C/5 (2022), S. 52, Ziff. 01032 (Hervorhebung durch den Autor).

⁴³⁰ UNESCO, *Recommendation concerning Education for International Understanding, Co-operation and Peace and Education relating to Human Rights and Fundamental Freedoms*, Records of the General Conference, 18th session, Paris, 17 October to 23 November 1974, v. 1: Resolutions, UNESCO-Dok. 18/C Resolutions (19. November 1974), Rn. 38, S. 147–154.

⁴³¹ Für die Beschreibung des Überarbeitungsprozesses, s. UNESCO, *Revision of the 1974 Recommendation concerning education for international understanding, co-operation and peace*, Website, abrufbar unter: <https://www.unesco.org/en/education/1974recommendation> [letzter Zugriff: 14. Juli 2022].

⁴³² Vgl. SparkBlue, *Global Coalition on Youth, Peace and Security, Knowledge Café on UNESCO’s Youth as Researchers on COVID-19 Initiative* (10. Januar 2022), abrufbar unter: <https://www.sparkblue.org/GCYPS-Cafe-YAR> [letzter Zugriff: 14. Juli 2022].

⁴³³ Vgl. UNESCO Cluster Office for the Caribbean, *Youth, Peace and Security Support Group* (2022), abrufbar unter: https://en.unesco.org/sites/default/files/unesco_concept_note_youth_peace_security_-support_group_002_0.pdf [letzter Zugriff: 14. Juli 2022].

⁴³⁴ Vgl. UNESCO Cluster Office for the Caribbean, *Consultation on Youth, Peace and Security* (2021), abrufbar unter: https://en.unesco.org/sites/default/files/unesco_caribbean_-concept_note_youth_peace_security.pdf [letzter Zugriff: 14. Juli 2022].

Dies kann etwa die Wissensgenerierung und Forschung zu YPS, die Befähigung zu zivilgesellschaftlichem Engagement, den Zugang zu Informationen und der Kampf gegen Hassrede oder der Prägung einer positiven Wahrnehmung der Rolle junger Menschen in der Gesellschaft sein.

VI. Zwischenfazit

Die YPS-Agenda beeinflusst die UN-Praxis auf verschiedenen Ebenen. Der UN-Sicherheitsrat hat durch ein UN-internes Mainstreaming die Jugend als Akteur:in berücksichtigt, auch wenn er die Agenda selbst und junge Menschen bisher selten exklusiv thematisiert. Im Vordergrund seiner Forderungen in diesem Zusammenhang steht die Jugendpartizipation in Friedensprozessen.

Die UN-Generalversammlung greift die YPS-Agenda in thematischen Resolutionen auf und trägt dadurch, wie auch die Berichtspraxis des UN-Generalsekretärs, zur Sichtbarkeit und Umsetzung der Agenda bei. Insbesondere die PBC setzt sich zunehmend mit YPS auseinander und die Youth Promotion Initiative des PBF leistet eine wichtige Finanzierung für die Umsetzung. In UN-Missionen und im regionalen UN-System

werden Aspekte der Agenda nur vereinzelt umgesetzt.

Für bessere Fortschritte fehlt es bisher neben geringer Datenlage⁴³⁵ zur Rolle junger Menschen für Frieden insbesondere an politischem „buy-in“ durch UN-Mitgliedstaaten: Der UN-Generalsekretär berichtete 2020 von nationalen YPS-Aktivitäten in nur wenigen Ländern.⁴³⁶ Hingegen bescheinigte er in seinem zweiten YPS-Bericht 2022 inkrementelle Schritte der Mitgliedstaaten bei der nationalen Institutionalisierung der Agenda,⁴³⁷ von denen die Nationalen Aktionspläne Finnlands⁴³⁸ und Nigerias⁴³⁹ herausstechen.

E. Schlussteil

Zum 75. Jubiläum der Vereinten Nationen erklärten ihre Mitgliedstaaten: „Youth is the missing piece for peace.“⁴⁴⁰ Die YPS-Agenda legt die Grundlage für die Einbeziehung der Jugend in die UN-Sicherheitsagenda und damit für inklusive, jugendgerechte Friedensprozesse. Ausgangspunkt dafür ist die Anerkennung junger Menschen und ihrem Wirken als „positive Kraft für die Gestaltung friedlicher und gerechter Gesellschaften“.⁴⁴¹ Die Agenda fordert umfassend

⁴³⁵ Lediglich vereinzelte Quellen können bisher als Grundlage dienen, bspw. das Policy Paper „We are here“, vgl. *Altiok/Grizelj, We are here: An integrated approach to youth-inclusive peace processes*, 2019. Für eine regionale Studie zu Kolumbien, Nepal und DR Kongo, vgl. *Global Partnership for Children and Youth in Peacebuilding, Evaluation of Child and Youth Participation in Peacebuilding* (2015), abrufbar unter: https://www.sfcg.org/wp-content/uploads/2014/11/2015July_Eval-of-ChildYouth-Peacebuilding-Colombia-Nepal-DRC.pdf [letzter Zugriff: 15. Mai 2021]. Die Datenlage für die positive Rolle von Kindern in Konflikten ist ebenso gering, vgl. *Stoffels, PeaceLab Blog*, 13.04.2021. Im Zusammenhang mit der WPS-Agenda hat die Datenerhebung eine erhebliche Rolle für Erkenntnisse über die positiven Effekte der Einbeziehung von Frauen in Friedensprozesse beigetragen, vgl. *UN Women, A Global Study on the Implementation of United Nations Security Council resolution 1325* (2015), S. 41 ff., abrufbar unter: https://wps.unwomen.org/pdf/en/Global-Study_EN_Web.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].

⁴³⁶ Kolumbien, Finnland, Gambia, Nigeria und die Philippinen entwickeln demnach „national road maps“ für YPS, Kamerun, Jordanien, Sri Lanka haben Nationale Koalitionen gegründet und weitere Länder streben dies an, vgl.

YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1, Ziff. 61 f. Finnland und Nigeria haben mittlerweile Nationale Aktionspläne verabschiedet.

⁴³⁷ Vgl. zweiter YPS-Bericht (2022), *supra* Fn. 358, Ziff. 49 f.

⁴³⁸ Für den finnischen Aktionsplan, s. *Finland's Ministry for Foreign Affairs, Youth, Peace and Security, National Action Plan 2021–2024* (20. August 2021), abrufbar unter: https://julkaisut.valtioneuvosto.fi/bitstream/handle/10024/163334/UM_2021_05.pdf?sequence=1&isAllowed=y [letzter Zugriff: 14. Februar 2022].

⁴³⁹ Für den nigerianischen Aktionsplan, s. *Nigeria's Federal Ministry of Youth and Sports Development, Nigerian National Action Plan on Youth, Peace and Security* (September 2021), abrufbar unter: <https://bbforpeace.org/yplslibrary/wp-content/uploads/2021/11/YPS-NAP-RS.pdf> [letzter Zugriff: 14. Februar 2022].

⁴⁴⁰ UNGA, Resolution 75/1, Declaration on the commemoration of the seventy-fifth anniversary of the United Nations, Resolution adopted by the General Assembly on 21 September 2020, UN-Dok. A/RES/75/1 (28. September 2020), Ziff. 17.

⁴⁴¹ YPS-Bericht (2020), *supra* Fn. 1, Ziff. 7 [eigene Übersetzung].

und auf unterschiedliche Weise mehr Jugendpartizipation in Friedensprozessen und darüber hinaus, auch wenn der UN-Sicherheitsrat den menschenrechtlichen Anspruch darauf in den drei YPS-Resolutionen nicht hervorhebt. Der Schutzanspruch junger Menschen hingegen erhält zuvor ungekannte Aufmerksamkeit. Während die YPS-Agenda selbst kein Lückenfüller für ein Rechtsinstrument zum Schutz und zur Teilhabe junger Menschen darstellt, dient sie als Katalysator für fortlaufende Bemühungen in diese Richtung. So forderte etwa der UN-Menschenrechtsrat zur Berücksichtigung der Verwirklichung des Rechts auf politische Partizipation junger Menschen beim Staatenberichtsverfahren auf⁴⁴² und das Samarkand Human Rights Forum diskutierte zum Internationalen Jugendtag 2020 den Entwurf einer Jugendrechtskonvention.⁴⁴³ Bildungs-, Beschäftigungs- und Teilhabemöglichkeiten werden durch die YPS-Agenda als wichtige Voraussetzungen inklusiver Gesellschaften charakterisiert.

Seit der Annahme von Resolution 2250 (2015) werden Forderungen nach besserer Partizipation junger Menschen in Friedensprozessen lauter, strukturierter und nicht zuletzt stärker legitimiert. Der UN-Sicherheitsrat gab damit in nur kurzer Zeit den Ausschlag für einen stärkeren Fokus auf junge Menschen in der UN-Sicherheitsagenda, der wiederum eine Vielzahl an Initiativen von internationalen Organisationen sowie staatlichen und nichtstaatlichen Akteur:innen rund um die bessere Partizipation junger Menschen in Friedensprozessen bewirkte.

Insgesamt steht die YPS-Agenda im Kontext einer weltweiten Dynamik zunehmender Jugendpartizipation und setzt im UN-System ein Mainstreaming von Jugendfragen ein: Von Jugendbeiräten des UNHCR⁴⁴⁴ und selbst des UN-Generalsekretärs⁴⁴⁵ über die Jugendgesandte der AU,⁴⁴⁶ die Jugendkonferenzen der UNESCO,⁴⁴⁷ der Weltbankgruppe,⁴⁴⁸ der Internationalen Fernmeldeunion (ITU)⁴⁴⁹ und der

⁴⁴² Vgl. UN-Menschenrechtsrat, Resolution 35/14, Youth and Human Rights, UN-Dok. A/HRC/RES/35/14 (18. Juli 2017), Ziff. 4; UN-Menschenrechtsrat, Resolution 41/13, Youth and Human Rights, UN-Dok. A/HRC/RES/41/13 (19. Juli 2019), Ziff. 10.

⁴⁴³ Das Samarkand Youth Forum wurde gemeinsam von der OSZE, dem UN-Länderbüro in Usbekistan, der Friedrich-Ebert-Stiftung und weiteren Organisationen veranstaltet, vgl. OSZE, News, The rights of young people focus of the Samarkand Human Rights Forum (13. August 2020), abrufbar unter: <https://www.osce.org/secretariat/459994>. Für den Entwurf der *International Convention on the Rights of the Youth*, s. Samarkand Forum, Draft of Convention, International Convention on the Rights of the Youth, abrufbar unter: <https://www.asianforum.uz/en/menu/draft-of-convention>. Die Idee hierfür wurde erstmals durch den usbekischen Staatspräsidenten 2017 im Rahmen der UNGA geäußert.

⁴⁴⁴ Der UNHCR berief 2017 einen globalen Jugendbeirat zur Beratung in Jugendfragen, vgl. UNHCR, Global Youth Advisory Council, Annual Report 2020, S. 1, abrufbar unter: <http://www.womensrefugeecommission.org/wp-content/uploads/2021/04/GYAC-2020-Annual-Report.pdf> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].

⁴⁴⁵ Der UN-Generalsekretär berief 2020 einen Jugendbeirat für Klimafragen, vgl. United Nations Secretary General, Press Release, Secretary-General Launches Youth Advisory Group, Calling for Swift Action to Tackle Climate Change, Shape COVID-19 Recovery, Confront Injustice, UN-Dok. SG/SM/20190 (28. Juli 2020), abrufbar unter: <https://www.un.org/press/en/2020/sgsm20190.doc.htm> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021]. Der Jugendbeirat umfasst

sieben junge Menschen und berät vierteljährlich den UN-Generalsekretär, vgl. UN, The Youth Advisory Group on Climate Change, Website, abrufbar unter:

<https://www.un.org/en/climatechange/youth-in-action/youth-advisory-group> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].

⁴⁴⁶ Die AU ernannte 2018 erstmals eine Jugendgesandte mitsamt einem Jugendbeirat, vgl. African Union, Communiqué on the appointment of an African Union Youth Envoy, 02.11.2018, abrufbar unter: <https://au.int/en/pressreleases/20181102/communique-appointment-african-union-youth-envoy> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].

⁴⁴⁷ Die UNESCO richtete 2021 bereits das 12. Jugendforum im Zusammenhang mit ihrer 42. Generalkonferenz aus. Für das Konzept, s. UNESCO, Exekutivrat, UNESCO's engagement with youth and its Forum, UNESCO-Dok. 212 EX/10 (10. September 2021). Für die nach ausführlicher Diskussion angenommenen Änderungen und den finalen Beschluss, s. UNESCO, Exekutivrat, Decisions Adopted by the Executive Board at its 212th Session, Decision 10, UNESCO-Dok. 212 EX/SR.6 (20. November 2021), S. 18. Das Programm des Online-Events ist abrufbar unter: https://en.unesco.org/sites/default/files/12uyf_agenda19112021.pdf [letzter Zugriff: 15. Dezember 2021].

⁴⁴⁸ Die Weltbankgruppe richtete 2021 einen Jugendgipfel aus, s. World Bank, World Bank Group Youth Summit 2021: Resilient Recovery for People and Planet, abrufbar unter: <https://www.worldbank.org/en/events/2021/01/28/world-bank-youth-summit-2021-resilient-recovery-for-people-and-planet> [letzter Zugriff: 15. Dezember 2021].

⁴⁴⁹ Im Juni 2022 organisierte die ITU den *Generation Connect Global Youth Summit 2022*. Für den Call to Action,

COP26⁴⁵⁰ bis zur Zusammenarbeit der WHO mit jungen Menschen zur Pandemiebekämpfung,⁴⁵¹ um nur ein paar Beispiele zu nennen. Konsequenter wäre die Staatengemeinschaft, wenn sie ihr gesteigertes Bewusstsein über die Vorzüge partizipativer Weltpolitik in ein institutionalisiertes Format übersetzte, das bestehende informelle Beteiligungsformate zu strukturierter Jugendpartizipation weiterentwickelt.⁴⁵²

Und tatsächlich markiert der Beschluss der UN-Generalversammlung zur Einrichtung eines *UN Youth Office* im UN-Sekretariat im September 2022 einen Meilenstein für die institutionalisierte Interessensvertretung, Koordination und Rechenschaftslegung in Jugendfragen – im Bereich Frieden und Sicherheit wie darüber hinaus.⁴⁵³

Eine vielversprechende Weiterentwicklung der YPS-Agenda außerhalb des UN-Sicherheitsrats stellen die zwei zentralen Ergebnisse der *Global High-Level Conference on Youth-Inclusive Peace Processes* im Januar 2022 dar: Ein Leitfaden für

die nationale Umsetzung der YPS-Agenda für Beamte (*YPS Guide for Public Officials*)⁴⁵⁴ und die Veröffentlichung eines strategischen Aktionsplanes für die kommenden fünf Jahre (*Five Year Strategic Action Plan for Youth-Inclusive Peace Processes*)⁴⁵⁵ tragen signifikant zur Operationalisierung der YPS-Agenda bei. Diese Ergebnisse beeindrucken nicht nur als vielversprechendes Beispiel für eine neue Dynamik bei der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und regionalen Organisationen, den Vereinten Nationen sowie einzelnen Staaten.⁴⁵⁶ Die Strategie stellt auch eine Aussicht auf eine bessere Institutionalisierung der Agenda, eine breitere Wissensbasis für evidenzbasierte Entscheidungen, verbesserte Finanzierung und letztlich mehr Jugendbeteiligung bei der Umsetzung der YPS-Agenda selbst.⁴⁵⁷

Damit bleibt zu erwarten, dass die YPS-Agenda bzw. die Rolle junger Menschen in Friedensprozessen auch weiterhin an Bedeutung zunimmt und die UN-Mitgliedstaaten in ihrem Regierungshandeln stärkere Bemühungen zur Umsetzung der YPS-Agenda anstrengen werden.⁴⁵⁸

s. ITU, 2022 Generation Connect Youth Call to Action (Juni 2022), abrufbar unter: https://www.itu.int/generationconnect/wp-content/uploads/2022/06/GenerationConnectYouthCallToAction2022_E.pdf [letzter Zugriff: 14. Juli 2022].

⁴⁵⁰ United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), 26th Conference of the Parties (COP 26), The Youth Summit, Website, abrufbar unter: <https://ukcop26.org/pre-cop/the-youth-summit/> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].

⁴⁵¹ Die WHO lancierte 2021 die *Global Youth Mobilization* zur Pandemiebekämpfung in Zusammenarbeit mit jungen Menschen, durch die das Engagement junger Menschen direkt finanziell gefördert wird, s. World Health Organization, News release, WHO-backed global youth mobilization funds young people's ideas to combat impact of COVID-19 pandemic (19. April 2021), abrufbar unter: <https://www.who.int/news/item/19-04-2021-who-backed-global-youth-mobilization-funds-young-people-s-ideas-to-combat-impact-of-covid-19-pandemic> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].

⁴⁵² Zum 75. UN-Jubiläum wurde etwa der Vorschlag eines *UN Youth Council* gemacht, s. *Together First, Stepping stones for a better future*, 2020, S. 10 f., abrufbar unter https://together1st.org/storage/novapages/SteppingStones_Final.pdf [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].

⁴⁵³ Vgl. UNGA, Resolution 76/306, Establishment of the United Nations Youth Office, Resolution adopted by the General Assembly on 8 September 2022, UN-Dok. A/RES/76/306 (8. September 2022).

⁴⁵⁴ Global Coalition on Youth, Peace, and Security, Implementing the Youth, Peace and Security Agenda at Country-level: A Guide for Public Officials, Office of the UN Secretary-General's Envoy on Youth, New York 2022, abrufbar unter: <https://www.un.org/youthenvoy/wp-content/uploads/2022/01/YPS-guide-for-public-officials-1.pdf> [letzter Zugriff: 21. Januar 2022].

⁴⁵⁵ *Grizelj/Saleem*, We are in this Together: Operationalizing a Five-Year Strategic Action Plan for Youth-Inclusive Peace Processes, Global Coalition on Youth, Peace and Security (2022), abrufbar unter: <https://www.un.org/youthenvoy/wp-content/uploads/2022/01/YPS-five-year-strategic-action-plan.pdf> [letzter Zugriff: 21. Januar 2022].

⁴⁵⁶ Die Entwicklung der Strategie wurde durch eine Steuerungsgruppe aus 37 Mitgliedern geleitet, die von der AU und weiteren zwischenstaatlichen Regionalorganisationen, Search for Common Ground, Interpeace und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen bis zum DPPA, UNDP, UN Women und UNSOM reichen. Die Konferenz wurde gemeinsam mit Kolumbien, Finnland und Katar ausgerichtet, vgl. United Nations Office of the Secretary-General's Envoy on Youth, High-Level Conference on Youth-Inclusive Peace Processes, Agenda, abrufbar unter: <https://www.un.org/youthenvoy/wp-content/uploads/2022/01/Agenda-High-Level-Global-Conference-on-Youth-Inclusive-Peace-Processes-2022-Final-2.pdf> [letzter Zugriff: 27. Februar 2022].

⁴⁵⁷ Für die Kernziele der Strategie, s. *supra* Fn. 455, S. 5.

⁴⁵⁸ Diese Prognose spiegelt nicht nur die allgemeine, im zweiten YPS-Bericht des UN-Generalsekretärs festgestellte

Schließlich haben die Vereinten Nationen in den Worten des UN-Generalsekretärs mit der YPS-Agenda nicht weniger als einen neuen Fokus erhalten:

*Since 1945, the UN has developed a number of practices and tools to prevent, manage and resolve conflict. [...] With the adoption of Council resolution 2250 (2015), youth and peace and security has emerged as another essential focus of the work of the Organization.*⁴⁵⁹

Tendenz zunehmender nationaler Bemühungen wider, vgl. *supra* Fn. 437. Auch am Beispiel Deutschlands lässt sich eine Entwicklung verdeutlichen: Während die Krisenleitlinien der Bundesregierung von 2017 die UNSC-Resolution 2250 (2015) lediglich im Referenzrahmen nannten, drückte die Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie eine deutliche Unterstützung für die Umsetzung der YPS-Agenda aus. Sie betonte etwa, dass „auch junge Menschen [zukünftig] verstärkt in Krisenpräventions- und Friedensprozesse eingebunden werden“ sollen, vgl. Deutsche Bundesregierung, Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, Weiterentwicklung 2021, S. 12, 33, 341, abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/998006/1873516/7c0614aff0f2c847f51c4d8e9646e610/2021-03-10-dns-2021-finale-langfassung-barrierefrei-data.pdf?download=1> [letzter Zugriff: 26. Januar 2022];

vgl. Deutsche Bundesregierung, Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern, Leitlinien der Bundesregierung (2017), S. 32 abrufbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/283636/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/leitlinien-krisenpraevention-konfliktbewaeltigung-friedensfoerderung-dl-data.pdf> [letzter Zugriff: 26. Januar 2022]. Darin wird Resolution 2250 (2015) zwar unter Kapitel 1.3. in Referenzrahmen erwähnt, jedoch in den gesamten Leitlinien nicht erneut aufgegriffen.⁴⁵⁹ UNGA, Report of the Secretary-General, State of global peace and security in line with the central mandates contained in the Charter of the United Nations, UN-Dok. A/74/786 (6. April 2020), Ziff. 14.

Literaturverzeichnis

- Altiok, Ali/Berents, Helen/Grizelj, Irena/McEvoy-Levy, Siobhan, Youth, Peace and Security, in: Hampson, Fen Osler/Özerdem, Alpaslan/Kent, Jonathan (Hrsg.), Routledge Handbook of Peace, Security, and Development, Routledge, London/New York 2020, S. 433–447.
- Altiok, Ali/Grizelj, Irena, We are here: An integrated approach to youth-inclusive peace processes, 2019, abrufbar unter: <https://www.un.org/youthenvoy/wp-content/uploads/2019/07/Global-Policy-Paper-Youth-Participation-in-Peace-Processes.pdf> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Altiok, Ali/Simpson, Graham, A Brief Analysis of New UN Security Council Resolution 2535 on Youth, Peace and Security, 2021, abrufbar unter: <https://www.interpeace.org/resource/analysis-security-resolution/> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Angel, William, Developing Jurisprudence on the Rights of Youth: Review of Problems and Prospects: North-South, ILSA Journal of International & Comparative Law, 3 (2), 1997, S. 677–687.
- Angel, William D./Cardona Llorens, Jorge/Porcaro, Giuseppe/Weuro, Jaakko/Zecca, Giorgio, The International Law of Youth Rights, Second revised edition, Brill Nijhoff, Leiden/Boston 2015.
- Apel, Christina/Munz, Jan Martin, Jugend in den Vereinten Nationen, Vereinte Nationen, Heft 2, 2008, S. 73–78.
- Bellal, Annysa, Armed conflict in 2014, Oxford University Press, Oxford 2016.
- Berents, Helen, Thinking Intergenerationally: WPS and the Youth, Peace, and Security Agenda, IPI Global Observatory, 07.10.2020, abrufbar unter: <https://theglobalobservatory.org/2020/10/thinking-intergenerationally-wps-and-youth-peace-security-agenda/> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Berents, Helen/Mollica, Caitlin, Reciprocal institutional visibility: Youth, peace and security and ‚inclusive‘ agendas at the United Nations, Cooperation and Conflict, 2021, S. 1–19.
- Berents, Helen/Prelis, Saji, More than a Milestone: The Road to UN Security Council Resolution 2250 on Youth, Peace and Security, 2020, abrufbar unter: https://www.youth4peace.info/system/files/2020-12/The%20Story%20of%202250_FINAL%20Dec%2009%202020.pdf [letzter Zugriff: 15. Mai 2021].
- Birkenkötter, Hannah/Fritze, Heidrun/Niepelt, Ann-Christine, Jugendarbeit als Jugendpartizipation, in: Weiß, Norman/Dörr, Nikolas (Hrsg.): Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN): Geschichte, Organisation und politisches Wirken, 1952–2017, Nomos, Baden-Baden 2017, S. 155–193.
- Brandl, Ulrike, Auslegung von Resolutionen des Sicherheitsrats: Einheitliche völkerrechtliche Regelungen oder »pick and choose« aus möglichen Auslegungsregeln?, Archiv des Völkerrechts, 53 (3), 2015, S. 279–321.
- Castillo-Winckels, Nadia Sánchez, Observer Participation in International Climate Change Decision Making: A Complementary Role for Human Rights?, Colorado Natural Resources, Energy & Environmental Law Review, 31 (2), 2020, S. 351–378.
- Cuno, James/Weiss, Thomas G., Cultural Heritage and Mass Atrocities, Getty Publications, Los Angeles 2022.
- Davies, Sara E./True, Jacqui, The Oxford Handbook of Women, Peace, and Security, Oxford University Press, New York 2019.
- Felice, Celina Del/Wisler, Andria, The Unexplored Power and Potential of Youth as Peace-builders, Journal of Peace, Conflict & Development, 11 (6), 2007, S. 1–29.

- Feltes, Tilmann, Youth and Democracy: The Promotion of Youth Participation by the International Community in Kosovo, *Security and Human Rights*, 24 (2), 2013, S. 195–210.
- Ganie, Mohd Tahir, Youth Bulge and Conflict, in: Richmond, Oliver/Visoka, Gëzim (Hrsg.), *The Palgrave Encyclopedia of Peace and Conflict Studies*, Springer International Publishing, Cham 2020, S. 1–5.
- Girard, Sylvie, Youth as main victims and perpetrators of violence: are the mechanisms behind joining ‚criminal‘ gangs similar to those for joining violent extremist groups?, in: Bellal, Annyssa (Hrsg.), *Armed conflict in 2014*, Oxford University Press, Oxford 2016, S. 571–600.
- Grimm, Dieter/Kemmerer, Alexandra/Möllers, Christoph, *Rechtswege, Nomos*, Baden-Baden 2015.
- Grizelj, Irena, Engaging the Next Generation: A Field Perspective of Youth Inclusion in Myanmar’s Peace Negotiations, *International Negotiation*, 24 (1), 2019, S. 164–188.
- Grizelj, Irena/Saleem, Ali, We are in this Together: Operationalizing a Five-Year Strategic Action Plan for Youth-Inclusive Peace Processes, *Global Coalition on Youth, Peace and Security* (2022), abrufbar unter: <https://www.un.org/youthenvoy/wp-content/uploads/2022/01/YPS-five-year-strategic-action-plan.pdf> [letzter Zugriff: 21. Januar 2022].
- Hampson, Fen Osler/Özerdem, Alpaslan/Kent, Jonathan, *Routledge Handbook of Peace, Security, and Development*, Routledge, London/New York 2020.
- Hannum, Hurst, The Status of the Universal Declaration of Human Rights in National and International Law, *Georgia Journal of International & Comparative Law*, 25 (1), 1996, S. 287–397.
- Heathcote, Gina, Gendered Security, in: Heathcote, Gina (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the International Law of Global Security*, Oxford University Press, Oxford 2021, S. 85–99.
- Heathcote, Gina, *The Oxford Handbook of the International Law of Global Security*, Oxford University Press, Oxford 2021
- Hettihewa, Julian, A turn to youth in international law?, *Völkerrechtsblog*, 17.08.2020, abrufbar unter: <https://voelkerrechtsblog.org/a-turn-to-youth-in-international-law/> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Hertwig, Jana, Frauen, Frieden, Sicherheit: die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 durch die Bundesrepublik Deutschland, in: Schorlemer, Sabine von (Hrsg.), *Die Vereinten Nationen und neuere Entwicklungen der Frauenrechte*, *Dresdner Schriften zu Recht und Politik der Vereinten Nationen*, Band 3, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2007, S. 313–367.
- Ibrahim, Mohamed Hoodh, Transformative Resilience of Young People Throughout the COVID-19 Pandemic in the Maldives, *Journal of Youth, Peace & Security*, 1 (1), 2021, S. 16–21.
- Joyner, Dan, Legal Bindingness of Security Council Resolutions Generally, and Resolution 2334 on the Israeli Settlements in Particular, *EJIL: Talk!*, 09.01.2017, abrufbar unter: <https://www.ejiltalk.org/legal-bindingness-of-security-council-resolutions-generally-and-resolution-2334-on-the-israeli-settlements-in-particular/> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Kemper, Yvonne, Youth in War-to-Peace Transitions, *Berghof Report No. 10*, 2005, abrufbar unter: <https://berghof-foundation.org/library/youth-in-war-to-peace-transitions-approaches-of-international-organizations> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Khayat, Cambria C., The Climate Crisis is a Form of Violence against Young People, *Journal of Youth, Peace & Security*, 1 (1), 2021, S. 34–38.
- Kloke, Theresia M., *Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als Weltgesetzgeber – eine kritische Betrachtung aus völkerrechtlicher Sicht*, Duncker & Humblot, Berlin 2016.

- Krisch, Nico, Action with Respect to Threats to the Peace, Breaches of the Peace and Acts of Aggression, Article 41, in: Simma, Bruno/Khan, Daniel-Erasmus/Nolte, Georg/Paulus, Andreas (Hrsg.), *The Charter of the United Nations: A Commentary*, Third edition, Oxford University Press, Oxford 2012, S. 1305–1329.
- Kuhn, Antonia, Do youth delegates at the UN have an influence on public international law?, *Völkerrechtsblog*, 16.04.2020, abrufbar unter: <https://voelkerrechtsblog.org/a-turn-to-youth-in-international-law/> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Kurtenbach, Sabine, Den Status quo verändern – Jugendliche als Friedensakteure, *GIGA Focus Global*, Nr. 1, 2018, abrufbar unter: https://pure.giga-hamburg.de/ws/files/21580216/gf_global_1801.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Kwon, Soo Ah, The politics of global youth participation, *Journal of Youth Studies*, 22 (7), 2019, S. 926–940.
- Leke, Achaleke Christian, Cameroon’s Anglophone Crisis: Youth Is the Key to Peace, *PeaceLab Blog*, 26.04.2020, abrufbar unter: <https://peacelab.blog/2021/04/camerouns-anglophone-crisis-youths-are-the-key-to-peace> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Lubell, Noam, Challenges in applying human rights law to armed conflict, *International Review of the Red Cross*, 87 (860), 2005, S. 737–754.
- McDiarmid, Claire, An Age of Complexity: Children and Criminal Responsibility in Law, *Youth Justice*, 13 (2), 2013, S. 145–160.
- Messner, Susanne, Internationales Jahr der Jugend, *Vereinte Nationen*, Heft 5, 1986, S. 177–179.
- O’Reilly, Marie, Where the WPS Pillars Intersect, in: Davies, Sara E./True, Jacqui (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Women, Peace, and Security*, Oxford University Press, New York 2019, S. 193–205.
- Özerdem, Alpaslan/Podder, Sukanya, *Youth in Conflict and Peacebuilding: Mobilization, Reintegration and Reconciliation*, Palgrave Macmillan UK, London 2015.
- Paffenholz, Thania/Zartman, I. William, Inclusive Peace Negotiations – From a Neglected Topic to New Hype, *International Negotiation*, 24 (1), 2019, S. 1–6.
- Parkes, Aisling, Tokenism versus Genuine Participation: Children’s Parliaments and the Right of the Child to Be Heard under International Law *International Children’s Rights*, *Willamette Journal of International Law and Dispute Resolution*, 16 (1), 2008, S. 1–27.
- Peters, Anne, Der Mensch im Mittelpunkt des Völkerrechts, in: Grimm, Dieter/Kemmerer, Alexandra/Möllers, Christoph (Hrsg.), *Rechtsweg, Nomos*, Baden-Baden 2015, S. 64–79.
- Peters, Anne, The Security Council, Functions and Powers, Article 25, in: Simma, Bruno/Khan, Daniel-Erasmus/Nolte, Georg/Paulus, Andreas (Hrsg.), *The Charter of the United Nations: A Commentary*, Third edition, Oxford University Press, Oxford 2012, S. 787–854.
- Pruitt, Lesley, Rethinking youth bulge theory in policy and scholarship: Incorporating critical gender analysis, *International Affairs*, 96 (3), 2020, S. 711–728.
- Richmond, Oliver/Visoka, Gëzim, *The Palgrave Encyclopedia of Peace and Conflict Studies*, Springer International Publishing, Cham 2020.
- Rouhshahbaz, Shadi, Youth Agency in Peacebuilding in Post-Jasmine Revolution Tunisia, *Journal of Youth, Peace & Security*, 1 (1), 2021, S. 22–27.
- Schorlemer, Sabine von, *Die Vereinten Nationen und neuere Entwicklungen der Frauenrechte*, *Dresdner Schriften zu Recht und Politik der Vereinten Nationen*, Band 3, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2007.

- Schorlemer, Sabine von, Kindersoldaten und bewaffneter Konflikt – Nukleus eines umfassenden Schutzregimes der Vereinten Nationen, Dresdner Schriften zu Recht und Politik der Vereinten Nationen, Band 9, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2009.
- Schorlemer, Sabine von, Fighting Terrorist Attacks against World Heritage and Global Cultural Heritage Governance, in: Cuno, James/Weiss, Thomas G. (Hrsg.), Cultural Heritage and Mass Atrocities, Getty Publications, Los Angeles 2022, S. 448–464.
- Simma, Bruno/Khan, Daniel-Erasmus/Nolte, Georg/Paulus, Andreas (Hrsg.), The Charter of the United Nations: A Commentary, Third edition, Oxford University Press, Oxford 2012.
- Stoffels, Sofie Lilli, Beyond „Women and Children“ – Children’s Agency in Conflicts, PeaceLab Blog, 13.04.2021, abrufbar unter: <https://peacelab.blog/2021/04/beyond-women-and-children-childrens-agency-in-armed-conflict> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Sukarieh, Maysoun/Tannock, Stuart, The global securitisation of youth, Third World Quarterly, 39 (5), 2018, S. 854–870.
- Urdal, Henrik, The Devil in the Demographics: The Effect of Youth Bulges on Domestic Armed Conflict, 1950–2000, Social Development Papers, Nr. 14, 2004, abrufbar unter: <https://documents1.worldbank.org/curated/en/794881468762939913/pdf/29740.pdf> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Wattenberg, Lewis/Hettihewa, Julian/Schott, Felix/Dirik, Selin, Rejuvenating international law, Völkerrechtsblog, 14.04.2020, abrufbar unter: <https://voelkerrechtsblog.org/rejuvenating-international-law/> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Weber, Hannes, Age structure and political violence: a re-assessment of the „youth bulge“ hypothesis, International Interactions, 45 (1), 2019, S. 80–112.
- Weckner, Franka/Fischer, Laura, Enter the youth, a protagonist behind the scenes, Völkerrechtsblog, 16.04.2020, abrufbar unter: <https://voelkerrechtsblog.org/a-turn-to-youth-in-international-law/> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Weert, Annemarie van de/Eijkman, Quirine A. M., Subjectivity in detection of radicalisation and violent extremism: a youth worker’s perspective, Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression, 11 (31), 2019, S. 191–214.
- Weiß, Norman/Dörr, Nikolas, Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN): Geschichte, Organisation und politisches Wirken, 1952–2017, Nomos, Baden-Baden 2017.
- Williams, Margaret, Youth, Peace, and Security: A New Agenda for the Middle East and North Africa, Journal of International Affairs, 69 (2), 2016, S. 103–112.
- Yoshida, Keina, The Nature of Women, Peace and Security: Where is the Environment in WPS and where is WPS in environmental Peacebuilding?, LSE Women, Peace and Security Working Paper Series, Nr. 22, 2019, abrufbar unter: http://eprints.lse.ac.uk/103208/1/Yoshida_nature_of_women_peace_and_security_published.pdf [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].

Internetquellen

- African Union, African Youth Charter, adopted by the seventh ordinary session of the Assembly, Banjul, Gambia (2. Juli 2016), abrufbar unter: https://au.int/sites/default/files/treaties/7789-treaty-0033_-_african_youth_charter_e.pdf [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].
- African Union, Communiqué on the appointment of an African Union Youth Envoy (2. November 2018), abrufbar unter: <https://au.int/en/pressreleases/20181102/communique-appointment-african-union-youth-envoy> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].
- African Union, Continental Framework for Youth, Peace and Security (21. August 2020), abrufbar unter: https://au.int/sites/default/files/documents/39150-doc-continental_framework_on_youth_peace_and_security_-_english.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- African Union, Youth for Peace Africa Program, Meet the African Youth Ambassadors for Peace (2020), <https://www.peaceau.org/uploads/youth4peace-20may.pdf> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Amman Youth Declaration (22. August 2015), abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/amman_youth_declaration.pdf [letzter Zugriff: 4. Mai 2021].
- Amnesty International, New generation of young activists lead fight against worsening repression in Asia (30. Januar 2020), abrufbar unter: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/01/new-generation-young-activists-lead-fight-worsening-repression-asia/> [letzter Zugriff: 19. April 2021].
- Berghof Foundation/United Nations Department of Peacekeeping and Political Affairs (DPPA), Constitutions and Peace Processes: A Primer, Berlin 2020, abrufbar unter: <https://berghof-foundation.org/library/constitutions-and-peace-processes-a-primer> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Council of Europe, Advisory Council on Youth, Terms of Reference 2020–2021 (1. Januar 2020), abrufbar unter: <https://rm.coe.int/16809991e4> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].
- Deutsche Bundesregierung, Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, Weiterentwicklung 2021, abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/998006/1873516/7c0614aff0f2c847f51c4d8e9646e610/2021-03-10-dns-2021-finale-langfassung-barrierefrei-data.pdf?download=1> [letzter Zugriff: 26. Januar 2022].
- Deutsche Bundesregierung, Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, Weiterentwicklung 2021, Dialogfassung, abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/998006/1793018/73d3189a28be9f3043c7736d3e1de4df/dns2021-dialogfassung-data.pdf?download=1> [letzter Zugriff: 26. Januar 2022].
- Deutsche Bundesregierung, Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden Fördern, Leitlinien der Bundesregierung (2017), abrufbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/283636/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/leitlinien-krisenpraevention-konfliktbewaeltigung-friedensfoerderung-dl-data.pdf> [letzter Zugriff: 26. Januar 2022].
- Finland's Ministry for Foreign Affairs, Youth, Peace and Security, National Action Plan 2021–2024 (20. August 2021), abrufbar unter: https://julkaisut.valtioneuvosto.fi/bitstream/handle/10024/163334/UM_2021_05.pdf?sequence=1&isAllowed=y [letzter Zugriff: 14. Februar 2022].
- Global Coalition on Youth, Peace and Security, Flyer, abrufbar unter: https://www.youth4peace.info/system/files/2019-07/GCYPS_flyer_finaldraft02.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].

- Global Coalition on Youth, Peace, and Security, Implementing the Youth, Peace and Security Agenda at Country-level: A Guide for Public Officials, Office of the UN Secretary-General's Envoy on Youth, New York 2022, abrufbar unter: <https://www.un.org/youthenvoy/wp-content/uploads/2022/01/YPS-guide-for-public-officials-1.pdf> [letzter Zugriff: 21. Januar 2022].
- Global Forum on Youth, Peace and Security, Final Report (22. August 2015), abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/final_report_-_global_forum_on_youth_peace_security_11.11.2015.pdf [letzter Zugriff: 15. Mai 2021].
- Global Partnership for Children and Youth in Peacebuilding, Evaluation of Child and Youth Participation in Peacebuilding (2015), abrufbar unter: https://www.sfcg.org/wp-content/uploads/2014/11/2015July_Eval-of-ChildYouth-Peacebuilding-Colombia-Nepal-DRC.pdf [letzter Zugriff: 15. Mai 2021].
- International Telecommunication Union (ITU), 2022 Generation Connect Youth Call to Action (Juni 2022), abrufbar unter: https://www.itu.int/generationconnect/wp-content/uploads/2022/06/GenerationConnectYouthCallToAction2022_E.pdf [letzter Zugriff: 14. Juli 2022].
- Lisbon Declaration on Youth Policies and Programmes (12. August 1998), abrufbar unter: https://www.lisboa21.gov.pt/up/ficheiros-bin2_ficheiro_en_0896372001555936871-46.pdf [letzter Zugriff: 13. Mai 2021].
- Nigeria's Federal Ministry of Youth and Sports Development, Nigerian National Action Plan on Youth, Peace and Security (September 2021), abrufbar unter: <https://bbforpeace.org/yplibrary/wp-content/uploads/2021/11/YPS-NAP-RS.pdf> [letzter Zugriff: 14. Februar 2022].
- Organization of Iberoamerican States, Iberoamerican Convention on Rights of Youth, adopted in Badajoz, Spain (11. Oktober 2005), in Kraft getreten: 1 March 2008, abrufbar unter: <https://www.refworld.org/pdfid/4b28eefe2.pdf> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].
- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), News, The rights of young people focus of the Samarkand Human Rights Forum (13. August 2020), abrufbar unter: <https://www.osce.org/secretariat/459994> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- Together First, Stepping stones for a better future, 2020, abrufbar unter https://together1st.org/storage/novapages/SteppingStones_Final.pdf [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].
- UNESCO Cluster Office for the Carribean, Youth, Peace and Security Support Group (2022), abrufbar unter: https://en.unesco.org/sites/default/files/unesco_concept_note_youth_peace_security_support_group_002_0.pdf [letzter Zugriff: 14. Juli 2022].
- UNESCO Cluster Office for the Carribean, Consultation on Youth, Peace and Security (2021), abrufbar unter: https://en.unesco.org/sites/default/files/unesco_caribbean_-_concept_note_youth_peace_security.pdf [letzter Zugriff: 14. Juli 2022].
- UNESCO, Declaration and Integrated Framework of Action on Education for Peace, Human Rights and Democracy (1995), abrufbar unter: <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000112874> [letzter Zugriff: 4. Dezember 2021].
- UNESCO, Mahatma Gandhi Institute of Education for Peace and Development, Youth-led Guide on Prevention of Violent Extremism through Education (2017), abrufbar unter: <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000260547?posInSet=6&queryId=02539d42-84d1-46c8-b75f-a3b8dba3d171> [letzter Zugriff: 24. November 2021].

- UNESCO, Preventing Violent Extremism through Education: A guide for policy-makers (2017), abrufbar unter: <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000247764?1=null&queryId=4fbd8f2f-73e0-4c12-97dd-cf495880a1d8> [letzter Zugriff: 24. November 2021].
- UNESCO, Revision of the 1974 Recommendation concerning education for international understanding, co-operation and peace, Website, abrufbar unter: <https://www.unesco.org/en/education/1974recommendation> [letzter Zugriff: 14. Juli 2022].
- UNESCO, Strategy for UNESCO's action with and for youth (1999), abrufbar unter: <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000118914?posInSet=19&queryId=ba839f09-ad76-429c-9778-e67891e04391> [letzter Zugriff: 30.10.2021].
- UNESCO/United Nations Office of Counter-Terrorism, Youth PVE: Preventing Violent Extremism (2020), UNESCO-Dok. SHS-2020/WS/1 (2020), abrufbar unter: <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000374414?posInSet=1&queryId=74417a22-8acf-4296-b7af-5a2e757fc2e6> [letzter Zugriff: 24. November 2021].
- United Nations Assistance Mission to Somalia (UNSOM), Shaping Peace Together: Somali Youth Change Makers (23. September 2020), abrufbar unter: <https://unsom.unmissions.org/shaping-peace-together-Somali-youth-change-makers> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- United Nations Assistance Mission to Somalia (UNSOM), Re-Advertisement, Political Affairs Officer (2017), abrufbar unter: https://unsom.unmissions.org/sites/default/files/political_affairs_officer-va_no-c_1_3.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, UN IANYD, Website, abrufbar unter: <https://www.un.org/development/desa/youth/what-we-do/un-inter-agency-network-on-youth-development/ianyid-members.html> [letzter Zugriff: 24. April 2021].
- United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), COP 26, The Youth Summit, Website, abrufbar unter: <https://ukcop26.org/pre-cop/the-youth-summit/> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].
- United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), Global Youth Advisory Council, Annual Report 2020, S. 1, abrufbar unter: <http://www.womensrefugeecommission.org/wp-content/uploads/2021/04/GYAC-2020-Annual-Report.pdf> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].
- United Nations Inter-Agency Network on Youth Development (IANYD), Guiding Principles on Young Peoples' Participation in Peacebuilding (2014), abrufbar unter: https://www.youth4peace.info/system/files/2016-10/Guiding%20Principles%20on%20Young%20People's%20Participation%20in%20Peacebuilding_1.pdf [letzter Zugriff: 13. Mai 2021].
- United Nations Inter-Agency Network on Youth Development (IANYD)/United Network of Young Peacebuilders (UNOY), Young People's Participation in Peacebuilding: A Practice Note (2016), abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/practice_note_youth_peacebuilding_-_january_2016.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- United Nations, Office of Counter-Terrorism, Youth engagement and empowerment, Website, abrufbar unter: <https://www.un.org/counterterrorism/cct/youth-engagement-and-empowerment> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- United Nations, Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR), Expert meeting on the human rights of youth, Executive summary and outcomes (18. September 2013), abrufbar unter: <https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Youth/ExecutiveSummary.pdf> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].

- United Nations, Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR), Nigeria: Bachelet condemns army killings, calls for „root and branch“ reform of the security forces (21. Oktober 2020), abrufbar unter: <https://www.ohchr.org/SP/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26405&LangID=E> [letzter Zugriff: 19. April 2021].
- United Nations, Office of the Secretary-General’s Envoy on Youth, Joint Statement on Recent Violent Escalations During Youth-led Protests around the World (30. Oktober 2020), abrufbar unter: <https://www.un.org/youthenvoy/2020/10/joint-statement-on-recent-violent-escalations-during-youth-led-protests-around-the-world/> [letzter Zugriff: 19. April 2021].
- United Nations, Office of the Secretary-General’s Envoy on Youth, High-Level Conference on Youth-Inclusive Peace Processes, Agenda, abrufbar unter: <https://www.un.org/youthenvoy/wp-content/uploads/2022/01/Agenda-High-Level-Global-Conference-on-Youth-Inclusive-Peace-Processes-2022-Final-2.pdf> [letzter Zugriff: 27. Februar 2022].
- United Nations, Peacebuilding Commission, Ambassadorial-Level Meeting on Youth, Peace and Security Chair’s Summary (11. Februar 2020), abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/chairs_summary_yps-_20200220.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- United Nations, Peacebuilding Commission, Ambassadorial-Level Meeting on Youth, Peace and Security, Chair’s Summary (24. Februar 2021), abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/210226_chairs_summary_on_yps_-_final.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- United Nations Peacebuilding Commission, Ambassadorial-Level Meeting on Youth, Peace and Security, Chair’s Summary (10. März 2022), abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/220510_chair_summary_pbc_meeting_on_yps_final.pdf [letzter Zugriff: 12. Juli 2022].
- United Nations, Peacebuilding Commission, Press Statement on Youth, Peace and Security (1. März 2021), abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/pbc_press_statement_on_youth_peace_and_security_-_approved.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- United Nations, Peacebuilding Commission, Strategic Action Plan on youth and peacebuilding (2020), abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/pbc_strategic_action_plan_on_youth_and_peacebuilding.agreed.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- United Nations, Peacebuilding Fund, Gender and Youth Promotion initiative, Call for Proposals and Guidance Note 2021, abrufbar unter: https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/gypi_call_for_proposal_and_guidance_note_2021_english_.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- United Nations, Peacebuilding Fund, Gender and Youth Promotion Initiative, Website, abrufbar unter: <https://www.un.org/peacebuilding/content/gypi> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- United Nations, Peacebuilding Fund, Guidance Note: Youth & Peacebuilding, abrufbar unter: https://up-pbf-gypi-2020.cdn.prismic.io/up-pbf-gypi-2020/66b58ab7-881d-4351-9d90-392c2a04f13e_PBF+Guidance+Note+on+YOUTH+%26+PEACEBUILDING_final.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- United Nations, Peacebuilding Fund, YPI Projects 2016 and 2017, abrufbar unter: https://un-pbf-gypi-2018.cdn.prismic.io/un-pbf-gypi-2018%2F62ae3545-425c-4b32-a02c-3f0dab6e045f_ypi+overview+2011-2018+for+website+%28english%29.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].

- United Nations, Peacebuilding Fund, 2020–2024 Strategy, abrufbar unter:
https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/pbf_strategy_2020-2024_final.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- United Nations, Press Release, Adopting Resolution 2250 (2015), Security Council Urges Member States to Engage Youth in Promoting Peace, Countering Extremism, UN-Dok. PI/2146 (9. Dezember 2015), abrufbar unter: <https://www.un.org/press/en/2015/pi2146.doc.htm> [letzter Zugriff: 15. Mai 2021].
- United Nations, Press Release, World Conference of Ministers of Youth concludes, UN-Dok. SOC/4478 (12. August 1998), abrufbar unter:
<https://www.un.org/press/en/1998/19980812.soc4472.html> [letzter Zugriff: 13. Mai 2021].
- United Nations Secretary General, Press Release, Secretary-General Launches Youth Advisory Group, Calling for Swift Action to Tackle Climate Change, Shape COVID-19 Recovery, Confront Injustice, UN-Dok. SG/SM/20190 (28. Juli 2020), abrufbar unter:
<https://www.un.org/press/en/2020/sgsm20190.doc.htm> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].
- United Nations Secretary-General, Press Release, Secretary-General, at Conference on Youth-Inclusive Peace Processes, Says Young People Need Seat at Negotiating Table, Protection against Forces Aiming to Silence Them, UN-Dok. SG/SM/21110 (20. Januar 2022), abrufbar unter: <https://www.un.org/press/en/2022/sgsm21110.doc.htm> [letzter Zugriff: 27. Januar 2022].
- United Nations, Strategic Framework Somalia 2017–2020, abrufbar unter:
https://somalia.un.org/sites/default/files/2019-09/UN%20Strategic%20Framework%20%282017-2020%29%20Somalia_2.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- United Nations, The Youth Advisory Group on Climate Change, Website, abrufbar unter:
<https://www.un.org/en/climatechange/youth-in-action/youth-advisory-group> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].
- United Nations/Folke Bernadotte Academy, Youth, Peace and Security, A Programming Handbook, New York, 2021, abrufbar unter:
https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/yps_programming_handbook.pdf [letzter Zugriff: 17. Mai 2021].
- United Network of Young Peacebuilders (UNOY), Agreed Language on Youth, Peace and Security (2014), abrufbar unter: <http://www.unoy.org/wp-content/uploads/2015/03/Agreed-UN-Language-on-Youth-Participation-in-Peacebuilding-2-FLAT.pdf> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- UN Women, A Global Study on the Implementation of United Nations Security Council resolution 1325 (2015), S. 41 ff., abrufbar unter:
https://wps.unwomen.org/pdf/en/GlobalStudy_EN_Web.pdf [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- UN Women, Report of the Expert Group Meeting, Women’s Meaningful Participation in Negotiating Peace and the Implementation of Peace Agreements (17. Mai 2018), S. 11, abrufbar unter:
<https://www.unwomen.org/sites/default/files/Headquarters/Attachments/Sections/Library/Publications/2018/EGM-Womens-meaningful-participation-in-negotiating-peace-en.pdf> [letzter Zugriff: 15. Mai 2021].
- UN Women, Young Women in Peace and Security: At the Intersection of the YPS and WPS Agendas (2018), abrufbar unter:
<https://www.unwomen.org/sites/default/files/Headquarters/Attachments/Sections/Library/Publications/2018/Research-paper-Young-women-in-peace-and-security-en.pdf> [letzter Zugriff: 21. Januar 2021].

- Samarkand Forum, Draft of Convention, International Convention on the Rights of the Youth, abrufbar unter: <https://www.asianforum.uz/en/menu/draft-of-convention> [letzter Zugriff: 14. Mai 2021].
- SparkBlue, Global Coalition on Youth, Peace and Security, Knowledge Café on UNESCO's Youth as Researchers on COVID-19 Initiative (10. Januar 2022), abrufbar unter: <https://www.sparkblue.org/GCYPS-Cafe-YAR> [letzter Zugriff: 14. Juli 2022].
- World Bank, World Bank Group Youth Summit 2021: Resilient Recovery for People and Planet, abrufbar unter: <https://www.worldbank.org/en/events/2021/01/28/world-bank-youth-summit-2021-resilient-recovery-for-people-and-planet> [letzter Zugriff: 15. Dezember 2021].
- World Health Organization (WHO), News release, WHO-backed global youth mobilization funds young people's ideas to combat impact of COVID-19 pandemic (19. April 2021), abrufbar unter: <https://www.who.int/news/item/19-04-2021-who-backed-global-youth-mobilization-funds-young-people-s-ideas-to-combat-impact-of-covid-19-pandemic> [letzter Zugriff: 16. Mai 2021].
- World Organization of the Scout Movement (WOSM), World Scout Conference Resolutions 1920–2017, Resolution 2011–16, S. 161, abrufbar unter: https://www.scout.org/sites/default/files/library_files/1920-2017%20WSCConf%20Resolutions%20and%20Index%20EN.pdf [letzter Zugriff: 10. Mai 2021].

Dokumentenverzeichnis

- Deutscher Bundestag, Wissenschaftlicher Dienst, Zur Frage der Rechtsverbindlichkeit von VN-Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung, Az. WD 2 – 3000 – 097/20 (17. November 2020).
- Europäische Union, Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle junger Menschen beim Aufbau einer sicheren, von Zusammenhalt geprägten und harmonischen Gesellschaft in Europa (2018/C 195/05), Dok.-Nr. C 195/13 (7. Juni 2018).
- Internationaler Gerichtshof (IGH), Legal Consequences for States of the Continued Presence of South Africa in Namibia (South West Africa) Notwithstanding Security Council Resolution 276 (1970), Advisory Opinion, I.C.J. Reports 1971, 16.
- Internationale Arbeitsorganisation (ILO), Recommendation No. 205 (2017), Employment and Decent Work for Peace and Resilience Recommendation (16. Juni 2017).
- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Ministerial Council, Declaration on the Role of Youth in Contributing to Peace and Security Efforts, Dok.-Nr. MC.DOC/3/18 (8. Dezember 2018).
- UNESCO, Address by Irina Bokova, Director-General of UNESCO on the occasion of the opening of the Global Forum on Youth, Peace and Security, UNESCO-Dok. DG/2015/141 (21. August 2015).
- UNESCO, Exekutivrat, Decisions Adopted by the Executive Board at its 212th Session, Decision 10, UNESCO-Dok. 212 EX/SR.6 (20. November 2021).
- UNESCO, Exekutivrat, Evaluation of UNESCO's Youth Activities 1994–1997 and Proposals for a new UNESCO Strategy on Youth, UNESCO-Dok. 156 EX/45 (1. April 1999).
- UNESCO, Exekutivrat, UNESCO's engagement with youth and its Forum UNESCO-Dok. 212 EX/10 (10. September 2021).
- UNESCO, Exekutivrat, UNESCO SHS Strategy on African Youth (2009–2013), UNESCO-Dok. 184 EX/INF.11 (7. April 2010).
- UNESCO, Generalkonferenz, Conclusions of the Youth Forum „Youth engaging with UNESCO“, UNESCO-Dok. 39 C/19 (31. Oktober 2017).
- UNESCO, Generalkonferenz, Medium-Term Strategy for 2022-2029, UNESCO-Dok. 41 C/4 (2022).
- UNESCO, Generalkonferenz, Approved programme and budget for 2022-2025: first biennium 2022-2023, UNESCO-Dok. 41 C/5 (2022).
- UNESCO, Generalkonferenz, Medium-Term Strategy 2008–2013, UNESCO-Dok. 37 C/4 (2014).
- UNESCO, Generalkonferenz, Operational Strategy on Youth (2014–2021), UNESCO-Dok. 37 C/INF.19 (8. November 2013).
- UNESCO, National Commissions for UNESCO, Annual Report 2019, UNESCO-Dok. PAX-2020/WS/2 (2020).
- UNESCO, Recommendation concerning Education for International Understanding, Co-operation and Peace and Education relating to Human Rights and Fundamental Freedoms, Records of the General Conference, 18th session, Paris, 17 October to 23 November 1974, v. 1: Resolutions, UNESCO-Dok. 18/C Resolutions (19. November 1974), Rn. 38, S. 147–154.
- UN-Generalversammlung, Note by the Secretary-General, Promotion of truth, justice, reparation and guarantees of non-recurrence, UN-Dok. A/73/336 (23. August 2018).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Activities of the Department of Public Information: outreach and knowledge services, UN-Dok. A/AC.198/2016/4 (11. Februar 2016).

- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Activities of the United Nations system in implementing the United Nations Global Counter-Terrorism Strategy, UN-Dok. A/72/840 (20. April 2018).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Activities of the United Nations system in implementing the United Nations Global Counter-Terrorism Strategy, UN-Dok. A/74/677 (7. Februar 2020).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, A world against violence and violent extremism, UN-Dok. A/72/621 (1. Dezember 2017).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Budget performance of the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo for the period from 1 July 2017 to 30 June 2018, UN-Dok. A/73/613 (3. Dezember 2018).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Budget for the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo for the period from 1 July 2019 to 30 June 2020, UN-Dok. A/73/733 (6. Februar 2019).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Budget for the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo for the period from 1 July 2018 to 30 June 2019, UN-Dok. A/74/578 (9. Dezember 2019).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Budget for the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo for the period from 1 July 2020 to 30 June 2021, UN-Dok. A/74/692 (12. Februar 2020).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Budget for the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo for the period from 1 July 2021 to 30 June 2022, UN-Dok. A/75/779 (24. Februar 2021).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Budget for the United Nations Interim Security Force for Abyei for the period from 1 July 2020 to 30 June 2021, UN-Dok. A/74/723 (28. Februar 2020).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Budget for the United Nations Interim Security Force for Abyei for the period from 1 July 2021 to 30 June 2022, UN-Dok. A/75/737 (8. Februar 2021).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Budget performance of the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo for the period from 1 July 2019 to 30 June 2020, UN-Dok. A/75/813 (16. März 2021).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Causes of conflict and the promotion of durable peace and sustainable development in Africa, UN-Dok. A/71/211 (26. Juli 2016).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Disarmament and non-proliferation education, UN-Dok. A/73/119 (2. Juli 2018).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Implementation of the outcomes of the United Nations Conference on Human Settlements and on Housing and Sustainable Urban Development and strengthening of the United Nations Human Settlements Programme, UN-Dok. A/73/307 (6. August 2018).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Mongolia's international security and nuclear-weapon-free status, UN-Dok. A/75/204, (21. Juli 2020).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General on the work of the Organization, Official Records, Seventy-second Session, Supplement No. 1, UN-Dok. A/72/1 (28. Juli 2016).
- UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General on the work of the Organization, Official Records, Seventy-third Session, Supplement No. 1, UN-Dok. A/73/1 (23. Juli 2018).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General on the work of the Organization, Official Records, Seventy-fourth Session, Supplement No. 1, UN-Dok. A/74/1, (19. Juli 2019).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Options on ways to assess the impact and progress made in the implementation of the United Nations Global Counter-Terrorism Strategy by the United Nations system, UN-Dok. A/73/866 (8. Mai 2019).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Our Common Agenda, UN-Dok. A/75/982 (5. August 2021).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Overall policy matters pertaining to special political missions, UN-Dok. A/73/337 (23. August 2018).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Overall policy matters pertaining to special political missions, UN-Dok. A/74/338 (29. August 2019).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Overall policy matters pertaining to special political missions, UN-Dok. A/75/312 (13. August 2020).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Plan of Action to Prevent Violent Extremism, UN-Dok. A/70/674 (24. Dezember 2015).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Policies and programmes involving youth, UN-Dok. A/74/175 (16. Juli 2019).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Promotion of a culture of peace and interreligious and intercultural dialogue, understanding and cooperation for peace, UN-Dok. A/71/407 (26. September 2016).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Promotion of a culture of peace and interreligious and intercultural dialogue, understanding and cooperation for peace, UN-Dok. A/72/488 (19. September 2017).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Promotion of a culture of peace and interreligious and intercultural dialogue, understanding and cooperation for peace, UN-Dok. A/73/391 (24. September 2018).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Promotion of a culture of peace and interreligious and intercultural dialogue, understanding and cooperation for peace, UN-Dok. A/74/476 (3. Oktober 2019).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Promotion of a culture of peace and interreligious and intercultural dialogue, understanding and cooperation for peace, UN-Dok. A/75/233 (19. Oktober 2020).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Proposed budget for the International Residual Mechanism for Criminal Tribunals for 2020, UN-Dok. A/74/355 (18. September 2019).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, State of global peace and security in line with the central mandates contained in the Charter of the United Nations, UN-Dok. A/74/786 (6. April 2020).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Strengthening the role of the United Nations in enhancing the effectiveness of the principle of periodic and genuine elections and the promotion of democratization, UN-Dok. A/74/285 (6. August 2019).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, The Peacebuilding Fund, UN-Dok. A/71/792 (14. Februar 2017).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, The Peacebuilding Fund, UN-Dok. A/73/829 (9. April 2019).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, The Peacebuilding Fund, UN-Dok. A/74/688 (10. Februar 2020).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Peacebuilding Fund, UN-Dok. A/75/735 (12. Februar 2021)

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, United Nations Regional Centre for Peace, Disarmament and Development in Latin America and the Caribbean, UN-Dok. A/72/99 (20. Juni 2017).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, United Nations Regional Centre for Peace, Disarmament and Development in Latin America and the Caribbean, UN-Dok. A/74/115 (19. Juni 2019).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, United Nations Regional Centre for Peace, Disarmament in Africa, UN-Dok. A/74/118 (21. Juni 2019).

UN-Generalversammlung, Report of the Secretary-General, Youth development links to sustainable development, UN-Dok. A/72/190 (21. Juli 2017).

UN-Generalversammlung, Resolution 217 A (III), Universal Declaration of Human Rights (10. Dezember 1948).

UN-Generalversammlung, Resolution 1572 (XV), Measures designed to promote among youth the ideals of peace, mutual respect and understanding between peoples, UN-Dok. A/RES/1572(XV) (18. Dezember 1960).

UN-Generalversammlung, Resolution 1842 (XVII), Measures designed to promote among youth the ideals of peace, mutual respect and understanding between peoples, UN-Dok. A/RES/1842(XVII) (19. Dezember 1961).

UN-Generalversammlung, Resolution 1965 (XVIII), Measures designed to promote among youth the ideals of peace, mutual respect and understanding between peoples, UN-Dok. A/RES/1965(XVIII) (13. Dezember 1962).

UN-Generalversammlung, Resolution 2037 (XX), Declaration on the Promotion among Youth of the Ideals of Peace, Mutual Respect and Understanding between Peoples, UN-Dok. A/RES/2037(XX) (7. Dezember 1965).

UN-Generalversammlung, Resolution 34/151, International Youth Year: Participation, Development, Peace, UN-Dok. A/RES/34/151 (17. Dezember 1979).

UN-Generalversammlung, Resolution 36/17, Channels of communication between the United Nations and youth and youth organizations, UN-Dok. A/Res/36/17 (9. November 1981).

UN-Generalversammlung, Resolution 50/81, World Programme of Action for Youth to the Year 2000 and Beyond, UN-Dok. A/RES/50/81 (13. März 1996) [Jugend-Weltaktionsprogramm].

UN-Generalversammlung, Resolution 53/144, Declaration on the Right and Responsibility of Individuals, Groups and Organs of Society to Promote and Protect Universally Recognized Human Rights and Fundamental Freedoms, UN-Dok. A/RES/53/144 (8. März 1999).

UN-Generalversammlung, Resolution 53/243, Declaration and Programme of Action on a Culture of Peace, UN-Dok. A/RES/53/243 (6. Oktober 1999).

UN-Generalversammlung, Resolution 57/190, Rights of the child, UN-Dok. A/RES/57/190 (19. Februar 2003).

UN-Generalversammlung, Resolution 60/288, The United Nations Global Counter-Terrorism Strategy, UN-Dok. S/RES/60/288 (20. September 2006).

UN-Generalversammlung, Resolution 61/146, Rights of the Child, UN-Dok A/RES/61/146 (23. Januar 2007).

UN-Generalversammlung, Resolution 62/126, Policies and programmes involving youth, UN-Dok. A/RES/62/126 (5. Februar 2008).

UN-Generalversammlung, Resolution 62/141, Rights of the child, UN-Dok. A/RES/62/141 (22. Februar 2008).

UN-Generalversammlung, Resolution 63/193, Preparations for the Twelfth United Nations Congress on Crime Prevention and Criminal Justice, UN-Dok. A/RES/63/193 (24. Februar 2009).

UN-Generalversammlung, Resolution 63/241, Rights of the child, UN-Dok. A/RES/63/241 (13. März 2009).

UN-Generalversammlung, Resolution 64/134, Proclamation of 2010 as the International Year of Youth: Dialogue and Mutual Understanding, UN-Dok. A/RES/64/134 (1. Februar 2010).

UN-Generalversammlung, Resolution 65/312, Outcome document of the High-level Meeting of the General Assembly on Youth: Dialogue and Mutual Understanding, UN-Dok. A/RES/65/312 (25. August 2011).

UN-Generalversammlung, Resolution 66/121, Policies and programmes involving youth, UN-Dok. A/RES/66/121 (2 February 2012).

UN-Generalversammlung, Resolution 68/130, Policies and programmes involving youth, UN-Dok. A/RES/68/130 (17. Januar 2014).

UN-Generalversammlung, Resolution 69/147, Intensification of efforts to eliminate all forms of violence against women and girls, UN-Dok. A/RES/69/147 (5. Februar 2015).

UN-Generalversammlung, Resolution 69/197, Strengthening the United Nations crime prevention and criminal justice programme, in particular its technical cooperation capacity, UN-Dok. A/RES/69/197 (2. Februar 2015).

UN-Generalversammlung, Resolution 70/262, Review of the United Nations peacebuilding architecture, UN-Dok. A/RES/70/262 (12. Mai 2016).

UN-Generalversammlung, Resolution 71/195, Combating intolerance, negative stereotyping, stigmatization, discrimination, incitement to violence and violence against persons, based on religion or belief, UN-Dok. A/RES/71/195 (23. Januar 2017).

UN-Generalversammlung, Resolution 72/146, Policies and programmes involving youth, UN-Dok. A/RES/72/146 (17. Januar 2018).

UN-Generalversammlung, Resolution 72/176, Combating intolerance, negative stereotyping, stigmatization, discrimination, incitement to violence and violence against persons, based on religion or belief, UN-Dok. A/RES/72/176 (29. Januar 2018).

UN-Generalversammlung, Resolution 72/311, Implementation of the recommendations contained in the report of the Secretary-General on the causes of conflict and the promotion of durable peace and sustainable development in Africa, UN-Dok. A/RES/72/311 (18. September 2018).

UN-Generalversammlung, Resolution 73/59, United Nations Study on Disarmament and non-proliferation education, UN-Dok. A/RES/73/59 (13. Dezember 2018).

UN-Generalversammlung, Resolution 73/88, The situation in Afghanistan, UN-Dok. A/RES/73/88 (14. December 2018).

UN-Generalversammlung, Resolution 73/101, Comprehensive review of special political missions, UN-Dok. A/RES/73/101 (18. Dezember 2018).

UN-Generalversammlung, Resolution 73/164, Combating intolerance, negative stereotyping, stigmatization, discrimination, incitement to violence and violence against persons, based on religion or belief, UN-Dok. A/RES/73/164 (16. Januar 2019).

UN-Generalversammlung, Resolution 74/9, The situation in Afghanistan, UN-Dok. A/RES/74/9 (6. Dezember 2019).

UN-Generalversammlung, Resolution 74/64, Youth, disarmament and non-proliferation, UN-Dok. A/RES/74/64 (20. Dezember 2019).

UN-Generalversammlung, Resolution 74/91, Comprehensive review of special political missions, UN-Dok. A/RES/74/91 (26. Dezember 2019).

UN-Generalversammlung, Resolution 74/121, Policies and programmes involving youth, UN-Dok. A/RES/74/121 (10. Januar 2020).

UN-Generalversammlung, Resolution 74/158, Strengthening the role of the United Nations in enhancing periodic and genuine elections and the promotion of democratization, UN-Dok. A/RES/74/158 (17. Januar 2020).

UN-Generalversammlung, Resolution 74/164, Combating intolerance, negative stereotyping, stigmatization, discrimination, incitement to violence and violence against persons, based on religion or belief, UN-Dok. A/RES/74/164 (23. Januar 2020).

UN-Generalversammlung, Resolution 74/302, Implementation of the recommendations contained in the report of the Secretary-General on the causes of conflict and the promotion of durable peace and sustainable development in Africa, UN-Dok. A/RES/74/302 (8. September 2020).

UN-Generalversammlung, Resolution 75/1, Declaration on the commemoration of the seventy-fifth anniversary of the United Nations, Resolution adopted by the General Assembly on 21 September 2020, UN-Dok. A/RES/75/1 (28. September 2020).

UN-Generalversammlung, Resolution 75/90, The situation in Afghanistan, UN-Dok. A/RES/75/90 (18. Dezember 2020).

UN-Generalversammlung, Resolution 75/100, Comprehensive review of special political missions, UN-Dok. A/RES/75/100 (18. Dezember 2020).

UN-Generalversammlung, Resolution 75/187, Combating intolerance, negative stereotyping, stigmatization, discrimination, incitement to violence and violence against persons, based on religion or belief, UN-Dok. A/RES/75/187 (28. Dezember 2020).

UN-Generalversammlung, Resolution 75/201, Review of the United Nations peacebuilding architecture, UN-Dok. A/RES/75/201 (28. Dezember 2020).

UN-Generalversammlung, Resolution 76/306, Establishment of the United Nations Youth Office, Resolution adopted by the General Assembly on 8 September 2022, UN-Dok. A/RES/76/306 (8. September 2022).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, Report of the Advisory Group of Experts on the Review of the Peacebuilding Architecture, Challenge of sustaining peace, UN-Dok. A/69/968-S/2015/490 (30. Juni 2015).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, Report of the High-level Independent Panel on Peace Operations on uniting our strengths for peace: politics, partnerships and people, UN-Dok. A/70/95-S/2015/446 (17. Juni 2015).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Peacebuilding in the aftermath of conflict, UN-Dok. A/67/499-S/2012/746 (8. Oktober 2012).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, Report of the Peacebuilding Commission on its ninth session, UN-Dok. A/70/714-S/2016/115 (4. Februar 2016).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, Report of the Peacebuilding Commission on its tenth session, UN-Dok. A/71/768-S/2017/76 (27. Januar 2017).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, Report of the Peacebuilding Commission on its eleventh session, UN-Dok. A/72/721-S/2018/83 (31. Januar 2018).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, Report of the Peacebuilding Commission on its twelfth session, UN-Dok. A/73/724-S/2019/88 (29. Januar 2019).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, Report of the Peacebuilding Commission on its fourteenth session, UN-Dok. A/75/747-S/2021/139 (12. Januar 2021).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Causes of conflict and the promotion of durable peace and sustainable development in Africa, UN-Dok. A/71/211-S/2016/655 (26. Juli 2016).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Causes of conflict and the promotion of durable peace and sustainable development in Africa, UN-Dok. A/72/269-S/2017/780 (1. August 2017).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Causes of conflict and the promotion of durable peace and sustainable development in Africa, UN-Dok. A/74/301-S/2019/645 (8. September 2020).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Peacebuilding and Sustaining Peace, UN-Dok. A/72/707-S/2018/43 (18. Januar 2018).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Peacebuilding and Sustaining Peace, UN-Dok. A/73/890-S/2019/448 (30. Mai 2019).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Peacebuilding and Sustaining Peace, UN-Dok. A/74/976-S/2020/773 (30. Juli 2020).

UN-Generalversammlung/Sicherheitsrat, The missing peace: independent progress study on youth and peace and security, UN-Dok. A/72/761-S/2018/86 (2. März 2018) [YPS-Studie].

UN-Generalversammlung/Wirtschafts- und Sozialrat, Report of the Secretary-General, Assistance to the Palestinian people, UN-Dok. A/74/89-E/2019/73 (14. Mai 2019).

UN-Generalversammlung/Wirtschafts- und Sozialrat, Report of the Secretary-General, World Youth Report 2005, UN-Dok. A/60/61-E/2005/7 (6. Dezember 2004).

UN-Kinderrechtsausschuss, General Comment No. 12 (2009), The right of the child to be heard, UN-Dok. CRC/C/GC/12 (29. Juli 2009).

UN-Kinderrechtsausschuss, General Comment No. 20 (2016) on the implementation of the rights of the child during adolescence, UN-Dok. CRC/C/GC/20 (6. Dezember 2016).

UN-Menschenrechtsausschuss, Communication No. 1354/2005, Sudalenko v. Belarus, Views of the Human Rights Committee under article 5, paragraph 4, of the Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights, UN-Dok. CCPR/C/100/D/1354/2005 (1. November 2010).

UN-Menschenrechtsausschuss, Communication No. 2668/2015, Sanila-Aikio v. Finland, Decision adopted by the Committee under article 5 (4) of the Optional Protocol, UN-Dok. CCPR/C/119/D/2668/2015 (16. Oktober 2018).

UN-Menschenrechtsausschuss, Communication No. 2668/2015, Sanila-Aikio v. Finland, Views adopted by the Committee under article 5 (4) of the Optional Protocol, UN-Dok. CCPR/C/124/D/2668/2015 (20. März 2019).

UN-Menschenrechtsausschuss, General Comment No. 25, adopted by the Human Rights Committee under Article 40, Paragraph 4, of the International Covenant on Civil and Political Rights, UN-Dok. CCPR/C-21/Rev.1/Add.7 (27. August 1996).

- UN-Menschenrechtskommission, Resolution 1982/36, Report of the Thirty-eighth Session, Economic and Social Council, Official Records 1982, Supplement No. 2, UN-Dok. E/CN.4/1982/30 (11. März 1982).
- UN-Menschenrechtskommission, Resolution 1987/44, Report of the Forty-third Session, Economic and Social Council, Official Records 1987, Supplement No. 5, UN-Dok. E/CN.4/1987/60 (10. März 1987).
- UN-Menschenrechtskommission, Resolution 1989/58, Report of the Forty-fifth Session, Economic and Social Council, Official Records 1989, Supplement No. 2, UN-Dok. E/CN.4/1989/58 (8. März 1989).
- UN-Menschenrechtskommission, Resolution 1991/74, Report of the Forty-seventh Session, Economic and Social Council, Official Records 1991, Supplement No. 2, UN-Dok. E/CN.4/1991/91 (6. März 1991).
- UN-Menschenrechtskommission, Resolution 1993/84, Report of the Forty-ninth Session, Economic and Social Council, Official Records 1993, Supplement No. 3, UN-Dok. E/CN.4/1993/122 (10. März 1993).
- UN-Menschenrechtsrat, Report of the Advisory Committee on its sixteenth session, UN-Dok. A/HRC/AC/16/2 (29. März 2016).
- UN-Menschenrechtsrat, Report of the Advisory Committee on its seventeenth session, UN-Dok. A/HRC/AC/17/2 (7. September 2016).
- UN-Menschenrechtsrat, Report of the Co-Chairs, First session of the Forum on Human Rights, Democracy and the Rule of Law, UN-Dok. A/HRC/34/46 (31. Januar 2017).
- UN-Menschenrechtsrat, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Compilation on Jordan, UN-Dok. A/HRC/WG.6/31/JOR/2 (24. August 2018).
- UN-Menschenrechtsrat, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Draft Guidelines for States on the effective implementation of the right to participate in public affairs, UN-Dok. A/HRC/39/28 (20. Juli 2018) [Leitlinienentwurf zur Umsetzung des Rechts auf politische Partizipation (2018)].
- UN-Menschenrechtsrat, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Factors that impede equal political participation and steps to overcome those challenges, UN-Dok. A/HRC/27/29 (30. Juni 2014).
- UN-Menschenrechtsrat, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Promotion, protection and implementation of the right to participate in public affairs in the context of the existing human rights law: best practices, experiences, challenges and ways to overcome them, UN-Dok. A/HRC/30/26 (23. Juli 2015).
- UN-Menschenrechtsrat, Report of the Secretary-General, Cooperation with the United Nations, its representatives and mechanisms in the field of human rights, UN-Dok. A/HRC/42/30 (9. September 2019).
- UN-Menschenrechtsrat, Report of the Special Rapporteur on minority issues on recommendations made by the Forum on Minority Issues at its tenth session on the theme „Minority youth: towards inclusive and diverse societies“, UN-Dok. A/HRC/37/73 (30. Januar 2018).
- UN-Menschenrechtsrat, Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights defenders, Mission to Armenia, UN-Dok. A/HRC/16/44/Add.2 (23. Dezember 2010).
- UN-Menschenrechtsrat, Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Summary of the panel discussion on youth and human rights, UN-Dok. A/HRC/35/7 (30. März 2017).

UN-Menschenrechtsrat, Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, Youth and human rights, UN-Dok. A/HRC/39/33 (28. Juni 2018).

UN-Menschenrechtsrat, Report of the 2019 Social Forum, UN-Dok. A/HRC/43/63 (10. Januar 2020).

UN-Menschenrechtsrat, Resolution 33/22, Equal participation in political and public affairs, UN-Dok. A/HRC/RES/33/22 (6. Oktober 2016).

UN-Menschenrechtsrat, Resolution 35/14, Youth and Human Rights, UN-Dok. A/HRC/RES/35/14 (18. Juli 2017).

UN-Menschenrechtsrat, Resolution 39/11, Equal participation in political and public affairs, UN-Dok. A/HRC/RES/39/11 (5. Oktober 2018).

UN-Menschenrechtsrat, Resolution 41/13, Youth and Human Rights, UN-Dok. A/HRC/RES/41/13 (19. Juli 2019).

UN-Sicherheitsrat, Letter dated 27 March 2015 from the Permanent Representative of Jordan to the United Nations addressed to the Secretary-General, The role of youth in countering violent extremism and promoting peace, Concept paper, UN-Dok. S/2015/231 (2. April 2015).

UN-Sicherheitsrat, Provisional Rules of the Security Council, UN-Dok. S/96/Rev. 7 (21. Dezember 1982).

UN-Sicherheitsrat, Report of the Advisory Group of Experts on the Review of the Peacebuilding Architecture, Challenge of sustaining peace, UN-Dok. A/69/968-S/2015/490 (30. Juni 2015).

UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Activities of the United Nations Office for West Africa and the Sahel, UN-Dok. S/2018/1175 (28. Dezember 2018).

UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Activities of the United Nations Office for West Africa and the Sahel, UN-Dok. S/2019/549 (5. Juli 2019).

UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Implementation of resolution 2470, UN-Dok. S/2020/140 (21. Februar 2020).

UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General on developments in Guinea Bissau and on the activities of the United Nations Peacebuilding Support Office in that country, UN-Dok. S/2009/169 (31. März 2009).

UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General on Somalia, UN-Dok. S/2016/430 (9. Mai 2016).

UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General on strengthening the partnership between the United Nations and the African Union on issues of peace and security in Africa, including the work of the United Nations Office to the African Union, UN-Dok. S/2020/860 (31. August 2020).

UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General on the activities of the United Nations Office for West Africa and the Sahel, UN-Dok. S/2020/1293 (24. Dezember 2020).

UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Peacebuilding and Sustaining Peace, UN-Dok. A/74/976-S/2020/773 (30. Juli 2020).

UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General to the Security Council on the protection of civilians in armed conflict, UN-Dok. S/2004/431 (28. Mai 2004).

UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, UN-Dok. S/2019/461 (3. Juni 2019).

UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, UN-Dok. S/2019/797 (4. Oktober 2019).

UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, UN-Dok. S/2020/964 (1. Oktober 2020).

- UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, UN-Dok. S/2021/332 (5. April 2021).
- UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, United Nations Support Mission in Libya, UN-Dok. S/2017/283 (4. April 2017).
- UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, United Nations Support Mission in Libya, UN-Dok. S/2018/780 (24. August 2018).
- UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, United Nations Support Mission in Libya, UN-Dok. S/2021/62 (19. Januar 2021).
- UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, United Nations Verification Mission in Colombia, UN-Dok. S/2019/530 (27. Juni 2019).
- UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, United Nations Verification Mission in Colombia, UN-Dok. S/2020/943 (25. September 2020).
- UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Women and Peace and Security, UN-Dok. S/2020/946 (25. September 2020).
- UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Youth, Peace and Security, UN-Dok. S/2020/167 (2. März 2020) [YPS-Bericht (2020)].
- UN-Sicherheitsrat, Report of the Secretary-General, Youth and peace and security, UN-Dok. S/2022/220 (16. März 2022).
- Anmerkung: Der Bericht wurde zwar bereits an die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats geschickt, jedoch Stand 1. Dezember 2022 nicht offiziell in einer Sitzung behandelt. Er wurde über die Globale Koalition für Jugend, Frieden und Sicherheit öffentlich gemacht, abrufbar unter: https://www.youth4peace.info/system/files/2022-03/S-2022-220_English.pdf [letzter Zugriff: 14. Juli 2022].*
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 1325 (2000), UN-Dok. S/RES/1325 (31. Oktober 2000).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 1528 (2004), UN-Dok. S/RES/1528 (27. Februar 2004).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 1620 (2005), UN-Dok. S/RES/1620 (31. August 2005).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 1624 (2005), UN-Dok. S/RES/1624 (14. September 2005).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 1704 (2006), UN-Dok. S/RES/1704 (25. August 2006).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 1886 (2009), UN-Dok. S/RES/1886 (15. September 2009).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 1902 (2009), UN-Dok. S/RES/1902 (17. Dezember 2009).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 1941 (2010), UN-Dok. S/RES/1941 (29. September 2010).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 1997 (2011), UN-Dok. S/RES/1997 (8. Juli 2011).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 2005 (2011), UN-Dok. S/RES/2005 (14. September 2011).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 2040 (2012), UN-Dok. S/RES/2040 (12. März 2012).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 2051 (2012), UN-Dok. S/RES/2051 (12. Juni 2012).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 2057 (2012), UN-Dok. S/RES/2057 (5. Juli 2012).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 2065 (2012), UN-Dok. S/RES/2065 (12. September 2012).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 2061 (2012), UN-Dok. S/RES/2061 (25. Juli 2012).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 2090 (2013), UN-Dok. S/RES/2090 (13. Februar 2013).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 2095 (2013), UN-Dok. S/RES/2095 (14. März 2013).
- UN-Sicherheitsrat, Resolution 2097 (2013), UN-Dok. S/RES/2097 (26. März 2013).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2109 (2013), UN-Dok. S/RES/2109 (11. Juli 2013).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2110 (2013), UN-Dok. S/RES/2110 (24. Juli 2013).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2122 (2013), UN-Dok. S/RES/2122 (18. Oktober 2013).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2137 (2014), UN-Dok. S/RES/2137 (13. Februar 2014).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2140 (2014), UN-Dok. S/RES/2140 (16. Februar 2014).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2144 (2014), UN-Dok. S/RES/2144 (14. März 2014).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2155 (2014), UN-Dok. S/RES/2155 (27. Mai 2014).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2169 (2014), UN-Dok. S/RES/2169 (30. Juli 2014).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2178 (2014), UN-Dok. S/RES/2178 (24. September 2014).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2182 (2014), UN-Dok. S/RES/2182 (24. Oktober 2014).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2187 (2014), UN-Dok. S/RES/2187 (25. November 2014).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2223 (2015), UN-Dok. S/RES/2223 (28. Mai 2015).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2227 (2015), UN-Dok. S/RES/2227 (29. Juni 2015).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2232 (2015), UN-Dok. S/RES/2232 (28. Juli 2015).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2233 (2015), UN-Dok. S/RES/2233 (29. Juli 2015).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2241 (2015), UN-Dok. S/RES/2241 (9. Oktober 2015).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2243 (2015), UN-Dok. S/RES/2243 (14. Oktober 2015).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2250 (2015), UN-Dok. S/RES/2250 (9. Dezember 2015).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2252 (2015), UN-Dok. S/RES/2252 (15. Dezember 2015).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2275 (2016), UN-Dok. S/RES/2275 (24. März 2016).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2282 (2016), UN-Dok. S/RES/2282 (27. April 2016).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2290 (2016), UN-Dok. S/RES/2290 (31. Mai 2016).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2295 (2016), UN-Dok. S/RES/2295 (29. Juni 2016).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2297 (2016), UN-Dok. S/RES/2297 (7. Juli 2016).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2301 (2016), UN-Dok. S/RES/2301 (26. Juli 2016).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2327 (2016), UN-Dok. S/RES/2327 (16. Dezember 2016).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2349 (2017), UN-Dok. S/RES/2349 (31. März 2017).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2350 (2017), UN-Dok. S/RES/2350 (13. April 2017).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2354 (2017), UN-Dok. S/RES/2354 (24. Mai 2017).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2358 (2017), UN-Dok. S/RES/2358 (14. Juni 2017).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2364 (2017), UN-Dok. S/RES/2364 (29. Juni 2017).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2372 (2017), UN-Dok. S/RES/2372 (30. August 2017).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2387 (2017), UN-Dok. S/RES/2387 (15. November 2017).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2389 (2017), UN-Dok. S/RES/2389 (8. Dezember 2017).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2395 (2017), UN-Dok. S/RES/2395 (21. Dezember 2017).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2398 (2018), UN-Dok. S/RES/2398 (30. Januar 2018).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2404 (2018), UN-Dok. S/RES/2404 (28. Februar 2018).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2406 (2018), UN-Dok. S/RES/2406 (15. März 2018).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2408 (2018), UN-Dok. S/RES/2408 (27. März 2018).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2414 (2018), UN-Dok. S/RES/2414 (27. April 2018).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2419 (2018), UN-Dok. S/RES/2419 (6. Juni 2018).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2423 (2018), UN-Dok. S/RES/2423 (28. Juni 2018).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2430 (2018), UN-Dok. S/RES/2430 (26. Juli 2018).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2431 (2018), UN-Dok. S/RES/2431 (30. Juli 2018).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2440 (2018), UN-Dok. S/RES/2440 (31. Oktober 2018).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2448 (2018), UN-Dok. S/RES/2448 (13. Dezember 2018).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2451 (2018), UN-Dok. S/RES/2451 (21. Dezember 2018).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2453 (2019), UN-Dok. S/RES/2453 (30. Januar 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2457 (2019), UN-Dok. S/RES/2457 (27. Februar 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2458 (2019), UN-Dok. S/RES/2458 (28. Februar 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2459 (2019), UN-Dok. S/RES/2459 (15. März 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2461 (2019), UN-Dok. S/RES/2461 (27. März 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2463 (2019), UN-Dok. S/RES/2463 (29. März 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2467 (2019), UN-Dok. S/RES/2467 (23. April 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2468 (2019), UN-Dok. S/RES/2468 (30. April 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2469 (2019), UN-Dok. S/RES/2469 (14. Mai 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2472 (2019), UN-Dok. S/RES/2472 (31. Mai 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2480 (2019), UN-Dok. S/RES/2480 (28. Juni 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2482 (2019), UN-Dok. S/RES/2482 (19. Juli 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2483 (2019), UN-Dok. S/RES/2483 (25. Juli 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2485 (2019), UN-Dok. S/RES/2385 (29. August 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2493 (2019), UN-Dok. S/RES/2493 (29. Oktober 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2494 (2019), UN-Dok. S/RES/2494 (30. Oktober 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2499 (2019), UN-Dok. S/RES/2499 (15. November 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2502 (2019), UN-Dok. S/RES/2502 (19. Dezember 2019).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2506 (2020), UN-Dok. S/RES/2506 (30. Januar 2020).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2512 (2020), UN-Dok. S/RES/2512 (28. Februar 2020).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2513 (2020), UN-Dok. S/RES/2513 (10. März 2020).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2514 (2020), UN-Dok. S/RES/2514 (12. März 2020).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2520 (2020), UN-Dok. S/RES/2520 (29. Mai 2020).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2531 (2020), UN-Dok. S/RES/2531 (29. Juni 2020).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2532 (2020), UN-Dok. S/RES/2532 (1. Juli 2020).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2535 (2020), UN-Dok. S/RES/2535 (14. Juli 2020).
UN-Sicherheitsrat, Resolution 2537 (2020), UN-Dok. S/RES/2537 (28. Juli 2020).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2540 (2020), UN-Dok. S/RES/2540 (28. August 2020).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2542 (2020), UN-Dok. S/RES/2542 (15. September 2020).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2548 (2020), UN-Dok. S/RES/2548 (30. Oktober 2020).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2552 (2020), UN-Dok. S/RES/2552 (12. November 2020).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2553 (2020), UN-Dok. S/RES/2553 (3. Dezember 2020).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2556 (2020), UN-Dok. S/RES/2556 (18. Dezember 2020).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2558 (2020), UN-Dok. S/RES/2558 (21. Dezember 2020).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2561 (2021), UN-Dok. S/RES/2561 (29. Januar 2021).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2566 (2021), UN-Dok. S/RES/2566 (12. März 2021).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2567 (2021), UN-Dok. S/RES/2567 (12. März 2021).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2568 (2021), UN-Dok. S/RES/2568 (12. März 2021).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2570 (2021), UN-Dok. S/RES/2570 (16 April 2021).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2579 (2021), UN-Dok. S/RES/2579 (3. Juni 2021).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2584 (2021), UN-Dok. S/RES/2584 (29. Juni 2021).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2587 (2021), UN-Dok. S/RES/2587 (29. Juli 2021).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2592 (2021), UN-Dok. S/RES/2592 (30. August 2021).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2594 (2021), UN-Dok. S/RES/2594 (9. September 2021).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2600 (2021), UN-Dok. S/RES/2600 (15. Oktober 2021).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2602 (2021), UN-Dok. S/RES/2602 (29. Oktober 2021).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2609 (2021), UN-Dok. S/RES/2609 (15. Dezember 2021).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2612 (2021), UN-Dok. S/RES/2612 (20. Dezember 2021).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2618 (2022), UN-Dok. S/RES/2618 (27. Januar 2022).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2625 (2022), UN-Dok. S/RES/2625 (15. März 2022).

UN-Sicherheitsrat, Resolution 2640 (2022), UN-Dok. S/RES/2640 (29. Juni 2022).

UN-Sicherheitsrat, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2019/15 (12. Dezember 2019).

UN-Sicherheitsrat, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/1 (12. Januar 2021).

UN-Sicherheitsrat, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/2 (29. Januar 2021).

ÖUN-Sicherheitsrat, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/3 (3. Februar 2021).

UN-Sicherheitsrat, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/5 (10. März 2021).

UN-Sicherheitsrat, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/7 (24. März 2021).

UN-Sicherheitsrat, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/9 (19. April 2021).

- UN-Sicherheitsrat, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/10 (19. Mai 2021).
- UN-Sicherheitsrat, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/12 (15. Juli 2021).
- UN-Sicherheitsrat, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/14 (2. August 2021).
- UN-Sicherheitsrat, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/20 (27. Oktober 2021).
- UN-Sicherheitsrat, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/21 (28. Oktober 2021).
- UN-Sicherheitsrat, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/22 (9. November 2021).
- UN-Sicherheitsrat, Statement by the President of the Security Council, UN-Dok. S/PRST/2021/24 (24. November 2021).
- UN-Sicherheitsrat, 7573rd meeting, Maintenance of international peace and security, UN-Dok. S/PV.7573 (9. Dezember 2015).
- UN-Sozialentwicklungskommission, Policies and Programmes involving youth, UN-Dok. E/CN.5/2019/L.3 (15. Februar 2019).
- United Nations Treaty Collection, International Covenant on Civil and Political Rights (16. Dezember 1966), UNTS Vol. 999, S. 171.
- United Nations Treaty Collection, American Convention on Human Rights (27. August 1979), UNTS Vol. 1144, S. 123.
- United Nations Treaty Collection, Convention on the Rights of the Child (20. November 1989), UNTS Vol. 1577, S. 3.

Kontakt

TU Dresden
01062 Dresden
tu-dresden.de

Impressum

UNESCO-Lehrstuhl für Internationale
Beziehungen

[https://tu-dresden.de/gsw/phil/irget/
unesco-portal](https://tu-dresden.de/gsw/phil/irget/unesco-portal)

Mehr Informationen über folgenden
Link: [https://tu-dresden.de/gsw/phil/
irget/unesco-portal/forschung](https://tu-dresden.de/gsw/phil/irget/unesco-portal/forschung)